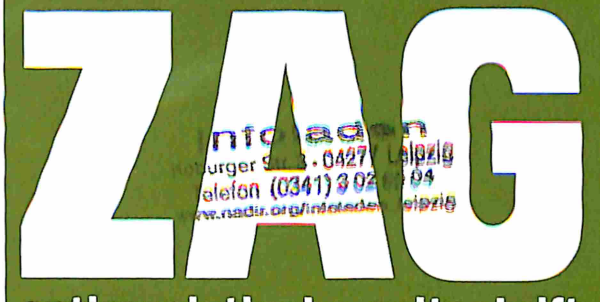


2. Quartal 2002 Nr. 41

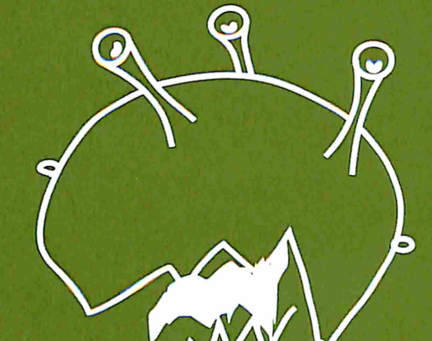
ZAG

antirassistische zeitschrift

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

3 EUR

Leider ist uns beim Preis ein Druckfehler unterlaufen!
€ 3,50
Eure Zagistas



Monster AG

global | kapital | fatal

Postvertriebsstück A 12057 F - Gebühr bezahlt 04

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin



Seit der ZAG 39
werden wir unterstützt
durch die
Stiftung Umverteilen!
Berlin, AG Afrika

Die ZAG hat stets Interesse an MitarbeiterInnen und Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts…" beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.zag-berlin.de
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Markus Stilo
Layout
M.L.S.
Titel
M.L.S.
Druck
EinDruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 15. 9. 2002
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.04.01

INHALT

Und nun das Wetter...

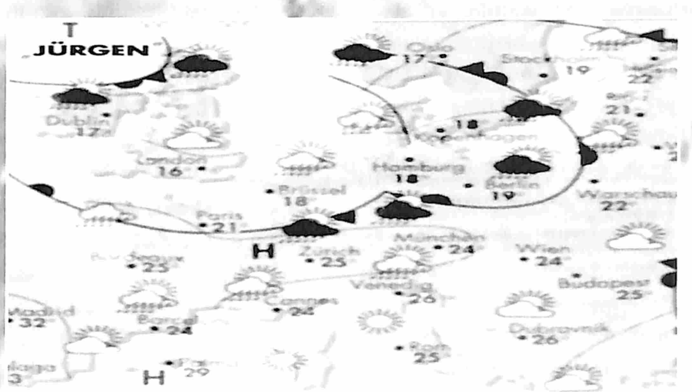
Die rassistische Großwetterlage in Europa wird durch zunehmende Störungen und auffrischende Winde von rechts geprägt. Nach ersten Anzeichen in Österreich, das mit dem Tiefdruckgebiet „Jörg" für erste gravierende Eintrübungen sorgte, entwickelten sich in kurzer Folge weitere Wetterumschwünge in Italien mit Tief „Silvio" und auch Frankreichs Traditionstief „Jean-Marie" wurde recht unerwartet wetterbestimmend. Diese anfangs vor allem auf die südliche Hälfte Europas beschränkten Entwicklungen erreichten mit ersten Störungen in Dänemark nun auch in größerem Maße die nördliche Hälfte.

Der zur Zeit größte Tiefausläufer namens „Pim", sammelte sich in den bisher eher als Schönwetterlage bekannten Niederlanden. Der Versuch mit gewaltigen Gegenmaßnahmen ein weiteres Anwachsen dieser Entwicklung zu stoppen, bewirkte zumindest kurzfristig das Gegenteil, so dass die Niederlande – vermutlich nur vorübergehend – im Zentrum dieser Entwicklung stehen.

Bemerkenswert sind hier die breiten Sogwirkungen bis in bisher als gemäßigt geltende Zonen durch das im Nachhinein in weiten Landesteilen unkritische Bewerten des zur ewigen Ruhe gelangten Tiefauslösers.

Doch auch im Zentrum unseres Beobachtungsgebietes zeichnet sich eine Verschlechterung der Regionalwetterlage ab. Mit Tief „Jürgen" traten starke Turbulenzen im liberalen Regionalbereich auf, die massive Auswirkungen auf's Kerngebiet haben. Ähnliche Vor- und Begleittiefs zeigten sich vor allem auch im antiimperialistischen Kleingebiet.

zum Sport: Nach einem überragenden medialen Auftaktspiel gelang den hochmotivierten Verhandlungskünstlern des IG-Metall, die vielbeachtete saisonale Ausnahmeleistung der Ballkünstler des FC Bayer Leverkusen zu wiederholen und sich in allen wichtigen Entscheidungen einen zweiten Platz zu sichern. So konnte erfolgreich kein Durchbruch bei den Gehältern erzielt werden und die Ausdehnung der pekuniären Spielregeln auf's gesamte Verbandsgebiet auf später verschoben werden.
Auch das zweite mit Spannung erwartete Spitzenspiel auf dem Berliner Center Court zwischen den Mannschaften von „Avenger" Bush und seinen Gegnern zeichnete sich wider Erwarten durch geringes Engagement und teilweise eher lethargischen Spielabschnitten aus. Kurze engagiertere Einzelaktionen vor allem der gegneri



schen Mannschaft versuchten gegen Ende der Partie die Bushschen Truppen doch noch in Bedrängnis und damit etwas Farbe ins Spiel zu bringen, konnten jedoch nicht mehr wirkungsvoll in den recht eintönigen Gesamtverlauf eingreifen. So blieb eine laue Bilanz ohne wirkliche Höhepunkte.

Das war's vom Tage
Lesen Sie uns wieder

Ihre zag-Redaktion

Töten

Das Urteil gegen

Als am 1. Mai 1999 drei Beamte der österreichischen Fremdenpolizei damit begannen, eine Abschiebung durchzuführen, starteten sie eine zwar nicht alltägliche aber doch durchaus übliche Amtshandlung. Da bei der Abschiebung von Marcus Omofuma mit Widerstand zu rechnen war, wurden drei Beamte zur Begleitung des Schubhäftlings nach Nigeria eingeteilt. Sie sollten die Gelegenheit nutzen, Marcus Omofuma abzuschieben, bevor er in seinem laufenden Asylverfahren, das in zweiter Instanz abgewiesen wurde, einen weiteren Schritt einleitet. Ein durchaus übliches Vorgehen.
Die Fremdenpolizisten brachten Marcus Omofuma mit einem Bus zum Flughafen Wien-Schwechat. Alles sei ruhig verlaufen, bis sie das Rollfeld erreichten. Dort hätte der Gefangene plötzlich begonnen, um sich zu schlagen, um sich selbst zu verletzen und so die Abschiebung abzubrechen. Sogar einen Fluchtversuch hätte er begangen. Gemeinsam mit am Flughafen zur Unterstützung von Abschiebungen anwesenden Kranichen (Flughafenpolizei) gelang es, den sich gegen die Abschiebung Wehrenden zu fesseln und zu knebeln. Irgendwann – ein paar Tage später – wurde dann davon gesprochen, Marcus Omofuma hätte gebissen. Die Kronenzeitung, die auflagenstärkste Tageszeitung in Österreich mit einer Reichweite von ca. 40 Prozent, titelte: „So tobte der Schubhäftling“ und wurde dafür vom Presserat verurteilt. Doch die Vorverurteilung des Getöteten war längst geschehen.
Der sich nicht mehr bewegen könnende Gefangene wurde dann von zwei Kranichen in das bereits mit PassagierInnen besetzte Flugzeug getragen und auf seinem Sitz gesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt habe keine strafbare Handlung vorgelegen, darüber waren sich Staatsanwalt, Richter und Verteidigung einig.
Selbst konnte Omofuma zu diesem Zeitpunkt aufgrund der ihm „zu seinem Schutz“ – wie vor Gericht zynisch formuliert wurde – angelegten Fesselungen nicht mehr gehen. Die vor Gericht erschienenen PassagierInnen waren sich jedenfalls darüber einig, dass von Marcus Omofuma keine Gefahr ausging, vielmehr erkannten sie, dass es sich um einen Menschen handelte, der sich in einer Notlage befand, der Angst hatte. Eine Person, die um ihr Leben kämpfte.
Die begleitenden Beamten waren sich demgegenüber einig, dass das Verhalten des ihnen Anvertrauten sie dazu rechtfertigte, das mitgebrachte Set einzusetzen. Dieses bestand laut Aussagen vor Gericht aus Leukoplast, Klebebändern und Klettverschlussbändern, die bei Abschiebungen von Beamten zu Beamten weitergegeben wurden und nicht zur offiziellen Ausrüstung gehörten, sondern privat angekauft wurden.

„Verkleben“

Als erwiesen sieht das Gericht jedenfalls an, dass Marcus Omofuma folgende Behandlung erfuhr: Verklebung des Mundes, vertikale Fixierung des Unterkiefers, Fixierung des Kopfes an die Kopfstütze, Verklebung der Brust vom Ellbogen bis zur Schulter an die Rückenlehne, kurzzeitiges Anbinden mit Klettband im Brustbereich und – wenn er stöhnte – weitere 2 oder 3 Schläge mit Paketklebeband, wodurch ihm jede Möglichkeit, sich zu bewegen oder zu artikulieren, genommen wurde. Marcus Omofuma saß und hatte die Hände zwischen den Schenkeln. Darüber wurde der Beckengurt fest angezogen, was den Druck verstärkte, und was auch die Zwerchfellatmung, die oft als Reserve bei Atemproblemen hilft, unmöglich machte. Die „Fixierung“ wurde so fest angebracht, dass die Lunge einer Kompression unterlag. Aufgrund dessen erfolgte ein langsamer Erstickungstod über mindestens eine halbe bis zu einer Stunde.

Dass die Beamten Marcus Omofuma „verklebten“, wie das Festzerren mit

ohne Konsequenzen?

drei Fremdenpolizisten klingt wie ein Freibrief

Klebeband am Sitz und die Knebelung benannt werden, war nicht das Problem an sich. Sie wurden vor allem dafür schuldig gesprochen, dass sie die mehreren Schichten Klebeband, die sie über den Mund des Anzuschiebenden angebracht hatten, nicht (rechtzeitig) abgenommen hatten, bevor Marcus Omofuma erstickte.

Das Urteil des Schöffensenates am Landesgericht Korneuburg unter Vorsitz von Richter Fiala lautet (noch nicht rechtskräftig): Schuldig nach Paragraf 81 StGB (Strafgesetzbuch) der „fahrlässigen Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen". Das Strafmaß (Strafrahmen drei Jahre) fiel mit acht Monaten bedingt auf drei Jahre plus Ersatz der Kosten aus dem Verfahren relativ mild aus. Die Begründungen dafür: der Lebenswandel der Angeklagten, deren bisherige Unbescholtenheit, ihr Beitrag zur Wahrheitsfindung, die lange Verfahrensdauer, der Umstand, dass die Angeklagten nicht alleinschuldig seien sondern auch „Leute, die dahinterstehen" und eine gewisse Mitschuld Marcus Omofumas.

Während das Verhalten der Polizisten als fahrlässig bezeichnet wurde, sollte kein Zweifel aufkommen, dass der Getötete selbst mitschuld ist an seinem Tod. Die Aussagen von PassantInnen während antirassistischer Protestaktionen vor dem Landesgericht Korneuburg wie „Er war ja selber schuld" oder „hätte er nicht so getobt" etc. wurden somit vom Gericht bestätigt. Marcus Omofuma war zwar kein Drogendealer, doch sein Widerstand gegen die Staatsgewalt hätte auf jeden Fall zu einer Verurteilung geführt. Auch wenn der Widerstand Omofumas als Todeskampf bezeichnet werden kann – eine Deportation nicht über sich ergehen lassen und sich widerrechtlich hier (in Österreich, Anm.) aufzuhalten – das rechtfertigt viel.

Was tun?

Eine Zeugin sagte: „Irgendwann hat man das Gefühl, man muss aufstehen und etwas unternehmen." Mehrmals waren PassagierInnen während des Fluges an die Crew sowie an die begleitenden Beamten herangetreten, um diese mit der Behandlung Marcus Omofumas zu konfrontieren. Für diese waren jedoch nach eigenen Angaben an den vergangenen Prozesstagen „Problemabschiebungen", bei denen es häufig zu Fesselungen und Knebelungen kam, gängige Praxis. Deshalb verwundern die Antworten nicht: „Wir tun nur unseren Auftrag" (von den Fremdenpolizisten) oder: „Wir können nichts tun" (von der Crew). Ein Passagier aus Bulgarien hätte die Beamten sogar gewarnt, dass sie aufpassen sollen, dass ihnen der Mann nicht erstickt. Eine Aussage, die für das Urteil keine Rolle spielte. Handelten die Beamten dem Urteil zufolge doch ohne Vorsatz.

Die Schuld ergebe sich daraus, dass „wenn ich jemanden so herrichte und für diese Person verantwortlich bin" (Richter Fiala), „damit zu rechnen sei, dass was passiert und eine erhöhte Verpflichtung bestehe, dafür zu sorgen, dass kein Schaden eintrete". Die Beamten hätten zumindest Sorge tragen müssen, mit ihrem Gefangenen zu kommunizieren. Jedenfalls starteten sie zu keinem Zeitpunkt den Versuch, die „Verklebungen" abzunehmen.

Kein Fehler im System

Knebelungen (Verklebungen) und Fesselungen standen zumindest bis Mai 1999 in Österreich auf der Tagesordnung. Und dies, obwohl es ein rechtskräftiges Urteil des UVS aus dem Jahr 1996 gibt, in dem das Verkleben der Atemwege ausdrücklich verboten wird. Heute stellt sich die Frage: Wie wird jetzt vorgegangen? Welche Maßnahmen werden angewandt; insbesondere bei so genannten „Problemabschiebungen", die in Österreich mit Charterflugzeugen des Internationalen Flugrettungsdienstes Austria (IFRA) durchgeführt werden? Dort gibt es keine ZeugInnen. Der sogenannte Menschenrechtsbeirat, der kurz nach dem Tod Marcus Omo-

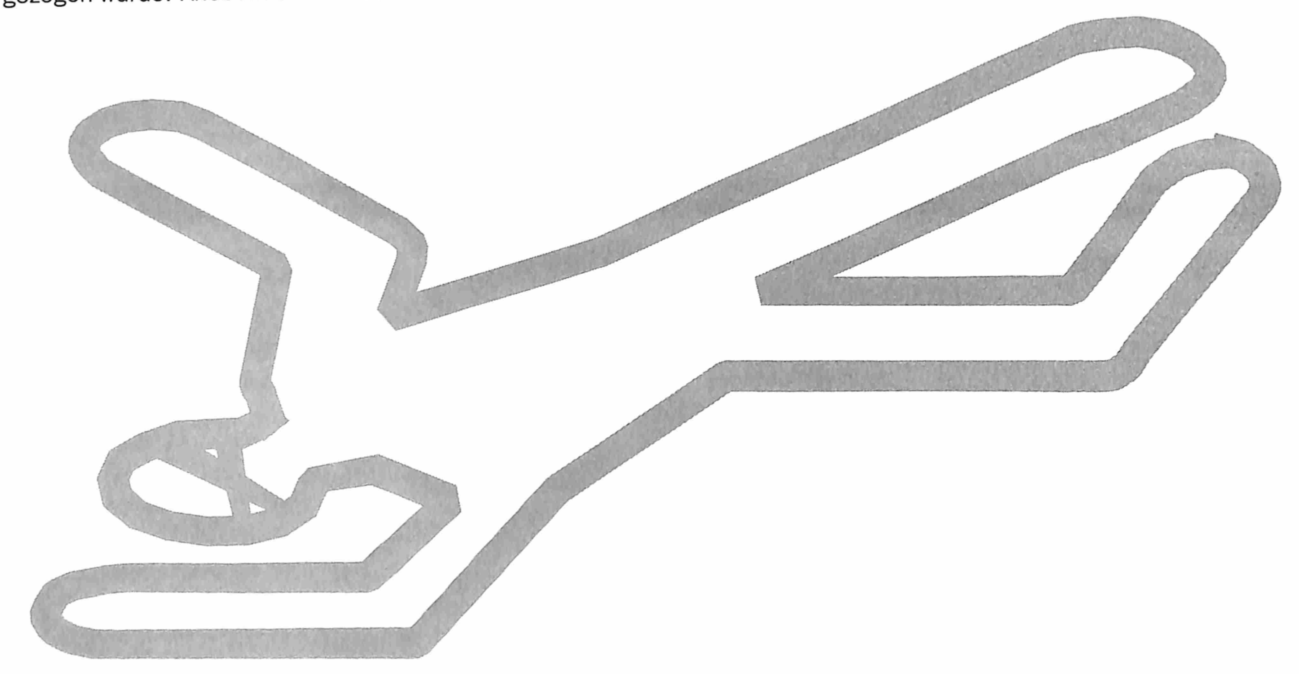
fumas zur Behebung von „Missständen“ bei der Exekutive gegründet wurde, wird in den Abschiebevorgang involviert. So verwundert es auch nicht, dass der Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates kürzlich in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Innenminister Strasser (ÖVP) und dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Erik Buxbaum, die Meinung vertrat, dass das Thema Misshandlungen heutzutage keine Rolle mehr spiele: „Wir haben nichts vorgefunden“. Der Menschenrechtsbeirat überprüft jedoch bloß die Durchführung auf „Menschenrechtskonformität“, die Praxis selbst wird nicht in Frage gestellt, denn sonst müsste er zum Schluss kommen, dass Abschiebehaft und Deportationen im Lichte der Menschenrechte unhaltbar sind.

Auch das Gericht empfand, dass das System selbst nicht für schuldig erklärt werden könne. Dies und die Feststellung in der Urteilsbegründung, dass die Amtshandlung im großen und ganzen für rechtens erklärt wurde, zeigen deutlich, dass eine tatsächliche Änderung der Abschiebepraxis vom Gericht nicht in Erwägung gezogen wurde. Knebeln und Fesseln von abzuschiebende Personen wird ebenso toleriert wie der Umstand, dass Leute gegen ihren Willen deportiert werden.

Dem muss klar entgegengehalten werden: Abschiebungen unter Zwang können niemals menschenrechtskonform verlaufen, sondern stellen stets einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Menschenrechte dar. Nur um eine Person außer Landes zu schaffen, wird die persönliche Freiheit geraubt, wird massiv körperlich bedroht, wird gequält und auch getötet. Das (noch nicht rechtskräftige) Urteil im Prozess gegen die drei Fremdenpolizisten, die Marcus Omofuma am 1. Mai 1999 im Zuge einer zwangsweisen Abschiebung töteten, kann auf jeden Fall wie ein Freispruch gesehen werden.

Ein Prozessbesobachter

Die Plattform für eine Welt ohne Rassismus, die sich kurz nach dem Tod Marcus Omofumas konstituierte, veranstaltete zahlreiche Protestaktionen begleitend zum Prozess gegen die drei Fremdenpolizisten. Des weiteren wurde der Prozess beobachtet. Tägliche Prozessberichte, Analysen, Hintergrundberichte usw. finden sich im Internet unter http://no-racism.net/racismkills





Das hatten wir doch schon mal?!

Am 4. Juni findet im Bezirksgericht Fünfhaus in Wien der Prozess gegen den Polizisten statt, der am 19. Mai 2000 Imre B. im Zuge einer vermeintlichen Drogenrazzia erschoss. Die bisherige Vorgehensweise von Polizei und Justiz ist von Widersprüchen gekennzeichnet, darüber hinaus war der mutmaßliche Täter Mitglied der Polizeitruppe SEK (Sondereinsatzgruppe Kriminaldienst), die es mittlerweile nicht mehr gibt. Nachfolgeorganisation der SEK ist die sogenannte ZK (Zentrale Kommandierung).

Fast wäre es zu einer Einstellung des Verfahrens gekommen, bevor das Justizministerium schließlich grünes Licht gab und sich die Staatsanwaltschaft auf eine Anklage wegen „fahrlässiger Tötung" (Strafrahmen 1 Jahr) einigte.

Der Anwalt der beiden Kinder von Imre B., Thomas Prader, will erreichen, dass Österreich Unterhalt für sie zahlen muss.

Es sieht so aus, als würde dem verantwortlichen Polizisten die Verantwortung für sein Handeln abgenommen werden. Die Vorschriften seien beispielsweise nicht genügend, er hätte mangels Ausbildung nicht anders handeln können, die Schuldumkehr soll wieder vollzogen werden. Die politisch Verantwortlichen weisen jede Verantwortung von sich. Offensichtlich soll ein Scheinurteil wie das gegen die drei Fremdenpolizisten im Todesfall Omofuma wiederholt werden.

weitere Informationen:
http://no-racism.net

Immigration in Frankreich: zwischen kolonialer Unterdrückung und Widerstand

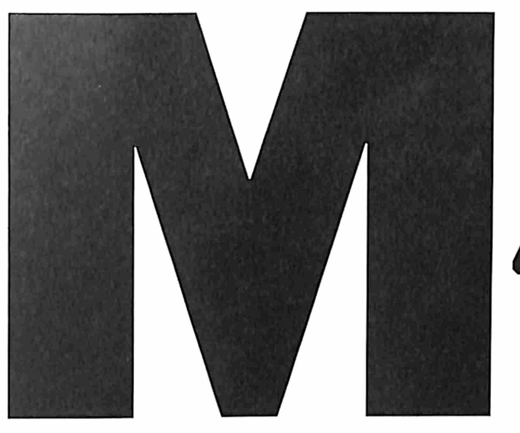
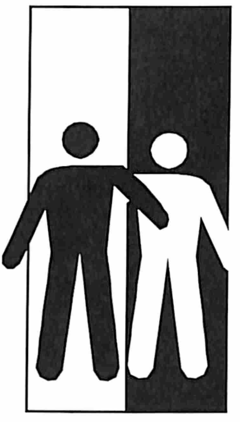
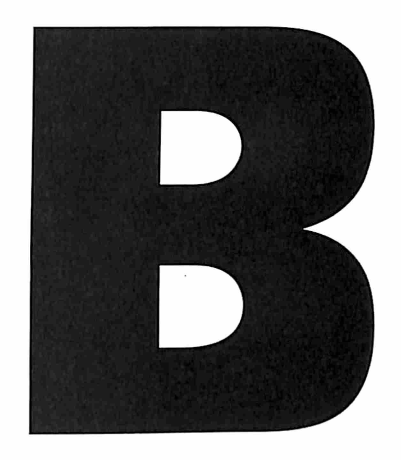
Im Sommer 2002 wird in Strassburg ein internationales „no border" Camp stattfinden. Anti-RassistInnen und Anti-KapitalistInnen, sowie selbstorganisierte MigrantInnen und Flüchtlinge aus ganz Europa werden aufeinander treffen. Da das Camp in Strassburg stattfindet und sich mehrere französische Zusammenhänge an der Initiative beteiligen, wird der politischen Situation in Frankreich besonders Aufmerksamkeit gegeben werden.
Der folgende Artikel versucht die Hintergründe der Immigration in Frankreich und deren soziale Kämpfe kurz zu beleuchten.

Wie bei anderen Kolonialmächten, ist die Kolonialherrschaft der „Grande Nation" über die Länder Nord- und Westafrikas, so wie in Zentralamerika und im Pazifik, durch Sklaverei und Ressourcenplünderung gekennzeichnet, die dazu beigetragen haben, den Wohlstand in Europa aufzubauen. In der Nachkriegszeit gab es mehrere Immigrationswellen in die europäischen Metropolenländer. Die MigrantInnen, die nach Frankreich auswandern, kommen zum grössten Teil aus dem Maghreb. Ihre billige Arbeitskraft verkaufen sie oft in den Fabriken, auf dem Bau, bei der Ernte auf den grossen Gemüse- und Obstplantagen Südfrankreichs oder in der Prostitution.
Die Kolonien erkämpften sich ihre Unabhängigkeit, doch die koloniale Beziehung zu diesen Ländern und den MigrantInnen blieb bestehen. Die koloniale Unterdrückung und die rassistische Diskriminierung zieht sich bis heute quer durch die französische Gesellschaft und ihre Geschichte.

Die MigrantInnen liessen sich in sog. „Bidonvilles" (Slums) nieder oder wurden in Transitsiedlungen (cités de transit) untergebracht. Diese sind „Pappkartonbauten, die für 6 Monate gedacht waren, in denen aber verschiedene Leute heute bereits über 30 Jahre drin wohnen" (O-Ton).
Die französische Arbeiterklasse der Nachkriegszeit war gut organisiert und konnte so ihre Anliegen durch Streiks o.ä. durchsetzen. Die Migranten-ArbeiterInnen aber, die oft aus einer ländlichen Gegend kamen, wo ihnen im Laufe der kolonialen Zeit die Lebensgrundlagen zerstört worden waren, waren nicht vergleichbar organisiert – sie machten also weniger Probleme und erledigten die Arbeit für niedrigere Löhne.

Doch die MigrantInnen, insbesondere die Maghrebin, versuchten immer wieder, sich zu organisieren. Am 17. Oktober 1961, kurz vor der Unabhängigkeit Algeriens, kam es zu einer massiven gewaltfreien Demonstration in Paris, bei der viele MigrantInnen sowohl den Unabhängigkeitskampf in Algerien unterstützten, als auch gegen die rassistische Diskriminierung und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen demonstrierten.
Über 10.000 Algerier wurden an diesem Tag verhaftet und in Stadien und staatlichen Gebäuden zusammengebracht. Vier Tage lang wurden sie erkennungsdienstlich behandelt und systematisch geschlagen. Es kam zu Hinrichtungen, viele starben an ihren Verletzungen, die Leichen wurden zum Teil in die Seine geschmissen. Offiziell war die Rede von 2 Toten, doch die Algerier reden von mindestens 200 Toten. Frankreich hat dieses schwere Menschenrechtsverbrechen nie anerkannt. Erst 40 Jahre später, im Oktober 2001, tauchte es nur spärlich in der öffentlichen Debatte auf und eine Gedenktafel wurde an einer Brücke der Seine angebracht. Zwar wurden die Pappkartons und das Blech der Bidonvilles durch Beton ersetzt und viele der Migranten leben heute in 20-stöckigen Zweckbauten am Stadtrand (die sogenannten „cités des banlieues"), doch die Verhältnisse haben sich nicht grundsätzlich geändert.

Das Bildungssystem ist ein beispielhaftes Instrument der Diskriminierung. Die Schulen der Banlieues arbeiten Hand in Hand mit der Polizei. Eine Aufsichtskraft berichtet, dass

Mouvement de l'Immigration et des Banlieues

die Bullen oft am Ausgang der Schulen stehen und mindestens zweimal pro Woche jemand auf die Wache mitnehmen. Die Fehlzeiten werden den Behörden gemeldet. Wenn ein Schüler zu oft blau macht, wird die Familie bestraft, indem ihr das Kindergeld gestrichen wird.
Desweiteren werden viele Jugendliche zur Schule gar nicht erst zugelassen. Wieder andere werden von einem Schuljahr in das andere „weitergelassen", ohne dass sich viel um sie gekümmert wird. Der Grossteil wird nur in berufliche Ausbildungen orientiert. Mit 15 oder 16 müssen sie auf dem Arbeitsmarkt bestehen, nicht selten können viele von ihnen kaum französisch sprechen, lesen oder schreiben. Die MigrantInnen reden hier oft von „chômage programmé" (vorprogrammierter Arbeitslosigkeit) oder „sozialer Dressur".

Der Kampf der Migranten für Würde und ihre Rechte hat die Geschichte Frankreichs für immer geprägt

Was die Justiz betrifft, so herrscht in Frankreich die „double peine"(Doppelstrafe). Diese beinhaltet, dass MigrantInnen, sowie deren Kinder, vor Gericht anders behandelt werden als Franzosen. Für eine Straftat werden sie oft härter bestraft als andere, um dann anschliessend auch noch abgeschoben zu werden. Die Straftaten sind oft kleine Delikte, die Zeichen von Armut sind – Zeichen, dass sie an einem Wohlstand teilhaben wollen, der ihnen verweigert wird (also klauen, dealen mit Haschisch, beim Schwarzfahren erwischt werden etc). Eine Aktivistin aus Strassburg meinte: „Es klingt absurd, aber wenn der DPNV in den Banlieues besser ausgebaut wäre und es Nachtbusse geben würde, dann würden nicht so viele Autos geklaut werden".
Circa 75 % der „double peine" – Migranten werden nach Algerien abgeschoben. Viele von ihnen sind gar nicht dort aufgewachsen, sie haben ihre Familie, Kinder und Freunde in Frankreich. Selbstverständlich kommen sie lieber als „sans papier" illegalisiert nach Frankreich zurück.

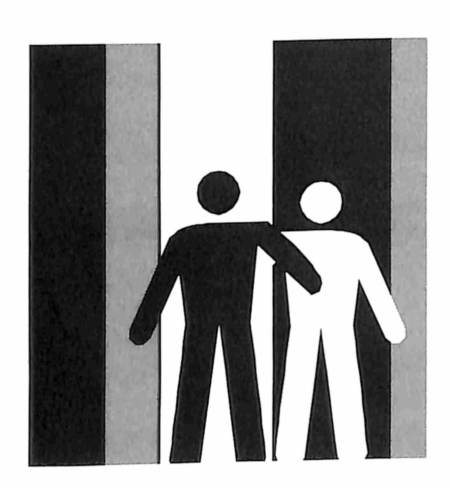
Im Sommer 2001 wurden in verschiedenen Städten Frankreichs für Banlieues und bestimmte Stadtteile Sondergesetze durchgesetzt. So durften beispielsweise Jugendliche unter 14 Jahre ab einer bestimmten Uhrzeit abends nicht mehr auf der Strasse sein. Die Polizei war befugt, sie festzunehmen und die Eltern mussten sie von der Polizeiwache abholen, oft mit Drohungen wie Kindergeldstreichung o.ä. verbunden. Regelmässig kommt es in diesem Zusammenhang zu polizeilichen Übergriffen und Misshandlungen. Offiziell gibt es keine Todesstrafe in Frankreich, doch in den Strassen werden Jugendliche erschossen und die Polizei bleibt ungestraft. Ausschreitungen und brennende Autos in den Banlieues sind eine Ausdrucksform der Anliegen der Migranten. Der Kampf der Migranten für Würde und ihre Rechte hat die Geschichte Frankreichs für immer geprägt, auch wenn dieses oft ignoriert wird.

Widerstand

Die Bewegung der Migranten der 70er Jahre betrifft hauptsächlich die Migranten der ersten Generation. Im September 1972 gab es bereits eine „sans papiers" Bewegung, die durch Hungerstreiks 35.000 Regularisierungen gewinnen konnte. 1973 kam es zu einem Generalstreik gegen rassistische Verbrechen, 1976 zu einer breiten Verweigerung, Mieten zu zahlen. Diese Kämpfe werden mit heftiger Repression und Abschiebungen seitens des Staates beantwortet.

Anfang der 80er Jahre wird die Regierung von Giscard d'Estaing im Zuge einer ökonomischen Krise von den Sozialisten mit Mitterand abgelöst. Diese Zeit entspricht der Geburt einer Bewegung der jugendlichen Migrantenkinder (2. Generation), die sich den gleichen Diskriminierungen wie ihre Eltern ausgesetzt sehen. Vom 15. Oktober bis zum 3. Dezember 1983 nehmen viele von Ihnen am historischen „Marche pour l'Egalité" teil, der mit 100.000 Leuten in Paris ankommt. In der darauffolgenden Zeit

gab es mehrere grosse Mobilisierungen und gesellschaftliche Debatten. Kurz nach dem Marsch steht eine Auseinandersetzung in der Autofabrik TALBOT im Mittelpunkt. Die zahlreichen MigrantInnen-Angestellten werden von den französischen „Patrons" mit Entlassung bedroht. Da die üblichen Gewerkschaften CFDT und CGT die Sache ignorieren, schliessen sich die ArbeiterInnen mit jugendlichen Migranten zusammen.
Die Bewegung aber wird durch geschickte Politik des Staates integriert. „SOS Racisme" und andere staatliche geförderte Organisationen



tauchen plötzlich auf, verwirren die Bewegung und geben der Dynamik der Selbstorganisation einen Schlag. Doch die alltägliche Unterdrückung, die Abschiebungen und die Morde an Jugendliche setzen sich fort, immer wieder kommt es zu Ausschreitungen und Mobilisierungen, wie beispielsweise in Gutenberg.
In Nanterre, werden 130 Familien aus den Bidonvilles in eine Transitsiedlung bei Gutenberg „provisorisch" untergebracht. Die Jugendlichen sind marginalisiert, die Gesellschaft CETRAFA verwaltet die Unterkunft in einem kolonialen Stil: Polizeidruck, Einschüchterung und Erpressung. Die Leute werden nicht einmal als Mieter anerkannt. Viele Jugendliche werden aus der Schulen ausgeschlossen oder in zweitrangige Ausbildungen gesteckt. An einem Oktoberabend 1982, wird der 19 jährige Student Abdeni Guemiah von einem französischen Nachbarn erschossen. Es reicht!
Die Jugendlichen aus der cité lassen ihrer Wut freien Lauf und zerstören die Büros der CETRAFA. Die Eltern schliessen sich an und weigern sich, die Mieten zu zahlen. Die selbstorganisierten Migranten fordern eine Umsiedlung in anständige Wohnungen und die Bestrafung von Abdenis Mörder. 1985 werden alle Familien umgesiedelt und der Mörder bekommt 12 Jahre Haft. Gutenberg gilt gerne als Referenzpunkt für die Selbstorganisation und Autonomie des Kampfes.

Anfang der 90er entsteht eine neue Generation von Aktivisten. Sie sind im Beton der Banlieues aufgewachsen, und haben von der Immigration nur von ihren Eltern erfahren und sogar die vergangenen Kämpfe sind ihnen fremd. Sie organisieren sich, um sich gegen die double peine zu wehren. Das autonome „Comité National contre la Double Peine" wird schnell zu einem der wichtigen politischen Akteure.
Zu Aktionen gehören u.a. Demos, Bürobesetzungen oder die Rettung vor Abschiebung bedrohter Leute aus den Flughäfen. Mehrere kleine Organisationen beginnen, sich zusammen zu schliessen und der „Mouvement de l'immigration et des banlieues" (MIB) wird gegründet.
Der MIB dient als Struktur und Sprachrohr der Migranten. Der Staat versucht den MIB mit Repression einzuschüchtern; seine Büros wurden vor 3 Jahren von der Polizei gestürmt, die Computer, ihre Akten über double peine und Abschiebungen zerstört und seinen Aktivisten werden Prozesse angehängt.

Da jetzt kein Wohlstand mehr verteilt werden kann, wird überall an der Schraube der sozialen Kontrolle gedreht

Seit dem 11. September ist die Spannung gestiegen. Der Diskurs des „Kampfes gegen den Terrorismus" richtet sich auch an die MigrantInnen und BanlieuesbewohnerInnen. „Das muslimische Problem" wird in allen Zeitungen thematisiert. „Innere Sicherheit" war Wahlkampfthema Nummer eins.
Der MIB beteiligt sich an der Organisation des kommenden no border camps in Strassburg. Für ihn stellt es eine Gelegenheit dar, andere soziale Kämpfe und Bewegungen aus Europa kennen zu lernen und ihre Anliegen in einem anderen Kontext zu artikulieren.
Mit dem voranschreitenden Abbau der Wohlfahrtstaaten in Europa, den Kriegen weltweit und ökonomischen Krisen wie in Argentinien werden die Zeichen von Krise in der Regierbarkeit der Staaten immer sichtbarer. Da jetzt kein Wohlstand mehr verteilt werden kann, wird überall an der Schraube der sozialen Kontrolle gedreht. Nachdem der Mythos vom „Ende der Geschichte" durch die sogenannten Anti-Globalisierungs-Proteste weltweit angekratzt wurde, ist der Diskurs des „Kampfes gegen den Terrorismus" ein billiger Versuch, die Menschheit in eine pensée unique, ein Einheitsdenken zu versetzen, welches die Welt wie bei Walt Disney in Gut und Böse einteilt. Die

Staaten stempeln überall Menschen als Terroristen ab, um Repression gegen sie zu rechtfertigen. Armut, Immigration und die politische Aktivität von Menschen, die die herrschenden Verhältnisse in Frage stellen, wird kriminalisiert. Eine konkrete Äusserung davon ist das Schengener Informationssystem in Strassburg (SIS), welches Megadateien enthalten soll mit den Namen aller nicht gebürtiger EU Menschen, die sich in Europa aufhalten und allen auffälligen politischen AktivistInnen.

Doch der Diskurs des „Kampfes gegen den Terrorismus" ist nur eine hauchdünne Fassade, die es anzukratzen gilt. Die Begegnung und Konvergenz verschiedener politischer und sozialer Strömungen, die es sichtbar machen, dass es um Unterdrückungsverhältnisse geht, wird dazu beitragen, eine neue Kraft zu entwickeln. Das Camp in Strassburg wird im Gegensatz zu den vorhersehbaren Gegengipfel-Mobilisierungen einen guten Rahmen für Austausch und Aktion anbieten. Also Zelte packen und auf nach Strassburg!

Get involved!

Mouvement de l'immigration
et des banlieues
http://mibmib.free.fr
email: mibmib@free.fr

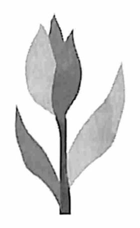
Festival permanent contre
les lois racistes (Strasburg)
festival-permanent@voila.fr

Europäisches no border
camp Strasburg 2002
http://www.noborder-strasbourg.fr.st
(under construcution)

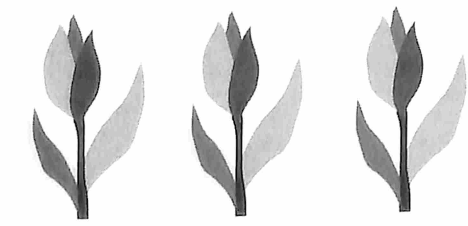
European No Border Netzwerk
http://www.noborder.org

Koordinationsplenum Freiburg
noborder@umprowe-freiburg.de
infotel: 0761-5559397

Liberaler Rassismus



Über ein Drittel der Bevölkerung stimmten bei den Rotterdamer Kommunalwahlen im März 2002 für den rechten Populisten Pim Fortuyn. Zwei Monate später wurde Fortuyn umgebracht. Nur 10 Tage später gewann seine Partei, die Lijst Pim Fortuyn (LPF), 26 von 150 Sitzen im holländischen Parlament. Damit wurde die LPF, erst drei Monate vorher gegründet, zur zweitstärksten Partei der Niederlande.



Fortuyns großer Sieg beruht darauf, dass Meinungsführer, Sozialwissenschaftler sowie konservative, liberale, christdemokratische und sozialdemokratische Politiker 10 Jahre lang gegen Immigranten zu Felde gezogen sind. Der konservative Parteiführer Bolkestein beispielsweise verbrachte die Neunziger Jahre damit, auf Immigranten und Flüchtlingen einzuschlagen: Sie seien Kriminelle und nützten das Sozialhilfesystem aus. Schließlich wurde Bolkestein als EU-Kommissar nach Brüssel befördert.

Gefühle rassischer Überlegenheit aus der Kolonialzeit tauchten schnell wieder auf. Holländer und Holländerinnen fingen an, Migranten und Flüchtlinge in erster Linie als ein Problem wahrzunehmen. Die Konsequenz war, dass ohne viel Protest zahlreiche gegen die Immigration gerichtete Gesetze verabschiedet wurden. Eine Steuernummer wurde 1992 eingeführt, der Ausweiszwang 1995 und die „Koppelingswet" 1998, ein Gesetz, durch das alle Regierungsdatenbanken verknüpft werden, um Flüchtlinge und Immigranten ohne Papiere von allen Sozialleistungen auszuschließen.

Das neue Einwanderungsgesetz von 2001 macht es Flüchtlingen fast unmöglich, Asyl in den Niederlanden zu erhalten. Gleichzeitig wurden Grenzkontrollen ausgeweitet, Razzien am Arbeitsplatz verstärkt und zusätzliche Gefängnisse für Flüchtlinge und Immigranten ohne Papiere gebaut.

Die extreme Rechte war aufgrund von internen Auseinandersetzungen nicht in der Lage, die rassistische Stimmung auszunutzen und für eine ernstzunehmende Partei zu mobilisieren. Ohnehin wäre die extreme Rechte nicht in der Lage gewesen, viele Menschen in Bewegung zu versetzen: Erstens wird sie immer noch mit der Besetzung durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht und zweitens griff ja bereits der anständige Mainstream, die Mitte der Gesellschaft, rigoros Ausländer an.

Im Frühjahr 2000 veröffentlichte der ehemalige Kommunist und jetzige Meinungsführer Paul Scheffer seinen berühmten Artikel zum „multikulturellen Drama": Immigranten und Flüchtlinge integrierten sich nicht genügend in die holländische Gesellschaft. Die meisten anderen Meinungsführer aus dem Mainstream stimmen zu: Die Niederländer seien bisher zu tolerant gegenüber Ausländern gewesen. Diese hätten „barbarische" Ideen und Gewohnheiten, welche „wir liberalen Holländer nicht gut heißen".

Alle diese Meinungsführer geben sich als große Verteidiger der Aufklärung, vertreten die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Kirche, die Rechte des Individuums usw.: Ideale die angeblich im „freien Westen" seit langem dank Leuten wie Ihnen verwirklicht seien. Diese Selbstüberhöhung geht zu Lasten aller Ausländer, die von diesen Leuten als das genaue Gegenteil von ihnen selbst, nämlich als fanatische islamische Fundamentalisten dargestellt werden. Die Meinungsführer führen einen Medienkrieg gegen „den Islam" den man nicht verlieren kann: Wer würde schon die Partei „gefährlicher" rückwärts gewandter Leute ergreifen, die nach Scheffer „die Entwicklung der holländischen Gesellschaft um ein halbes Jahrhundert zurück geworfen haben". Die meisten

in den Niederlanden





Meinungsführer sprechen sich kategorisch dagegen aus, Immigranten und Flüchtlingen zu erlauben, in die Niederlande einzureisen.

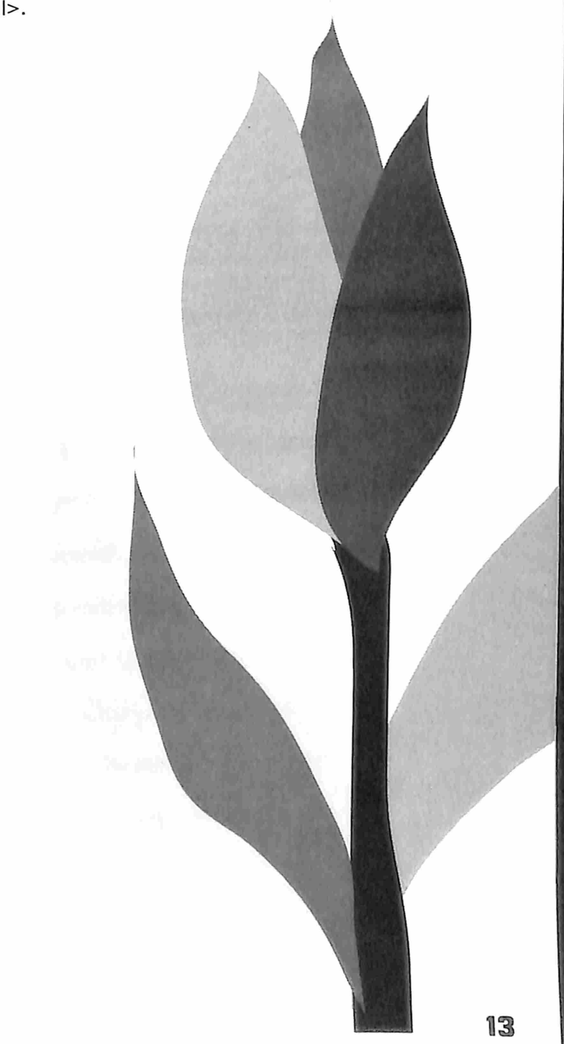
Den Meinungsführern ist es gelungen, fast die gesamte Gesellschaft zu mobilisieren, nicht nur, wie man hätte vermuten können, die traditionelle Rechte. Um ein Beispiel zu nennen: Indem sie ständig wiederholten, dass die von manchen muslimischen Frauen getragenen Kopftücher per se ein Ausdruck der Unterdrückung von Frauen seien, gelang es den Meinungsführern, einen großen Teil der Frauenbewegung auf ihre Seite zu bringen. Das gleiche gelang mit der Schwulenbewegung, als ein unbekannter Imam namens Khalil el-Moumni sagte, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Diese Bemerkung wurde zu einem riesigen Skandal aufgeblasen. Überraschenderweise löste einige Monate zuvor eine ganz ähnliche Bemerkung des christlich-fundamentalistischen Parlamentariers Van Dijke, nämlich dass Schwule nicht besser als Diebe seien, nicht soviel Ärger aus. In zunehmendem Maße macht sich die Meinung breit, dass Übel wie Fundamentalismus, Homophobie, das Patriarchat und Antisemitismus „unholländisch“ und von Ausländern eingeführt seien. Das ist völliger Nonsens, was natürlich nicht bedeuten soll, dass diese Probleme unter Immigranten und Flüchtlingen keine Rolle spielten, sie haben eben nur nichts mit der Nationalität zu tun.

Dann kam der 11. September. Es konnte nicht überraschen, dass in den Niederlanden im Vergleich zu den Nachbarländern die Reaktionen extrem gewalttätig waren: Dutzende Moscheen und Asylbewerberheime wurden angegriffen. Von allen Ausländern wurde erwartet, öffentlich Bin Laden, den Fundamentalismus oder sogar den Islam insgesamt zu verurteilen. Im gleichen Sommer hatte sich der Meinungsführer Fortuyn entschlossen, in die Politik zu gehen. Seine Position als Universitätsprofessor erlaubte es ihm, öffentlich rassistische Positionen zu vertreten, für die Neonazis für gewöhnlich verurteilt wurden. Er bezeichnete den Islam als „rückwärts gewandte“ Religion; Schwule wie er könnten sich aufgrund von militant schwulenfeindlichen Marokkanern nicht mehr sicher fühlen. Fortuyn warnte vor der „Islamisierung“ der holländischen Kultur und warb für einen „kalten Krieg gegen den Islam“, denn „Muslime seien dabei, Westeuropa zu erobern“. Ausländer sollten lernen, Holländer zu sein oder das Land verlassen. Oft bezeichnete er Ausländer als Kriminelle. Wir sollten die Freiheit haben, meinte Fortuyn, diese „Wahrheiten“ über Ausländer auszusprechen, ohne Rassisten genannt zu werden. Jede rassistische Bemerkung trug zu seiner wachsenden Popularität bei.

Neun Tage vor den Parlamentswahlen, am sechsten Mai, wurde Fortuyn umgebracht. Auf einmal wurde das rassistische Klima, das so lange aufgebaut worden war, für jeden sichtbar. Pogrome lagen in der Luft: War der Attentäter ein Ausländer oder, noch schlimmer, ein Muslim? Glücklicherweise zeigte es sich, dass er ein Weißer war; es gab keine rassistischen Angriffe. Aber zehntausende Fortuyn-Fans demonstrierten tagelang gemeinsam mit Nazi-Aktivisten. Überall sah man holländische Flaggen; Menschen schrieen, dass ihr „Erlöser“ tot sei, der Mann, der „uns aus dem Sumpf von Immigration und Kriminalität“ errettet hätte, der Mann „der keine Angst hatte, das zu sagen, was wir alle denken“. Jetzt, nach den Wahlen, bildet sich unter Einschluss der LPF eine neue Regierung, welche neue, harte Anti-Immigranten Gesetze plant: Gegen die Familienzusammenführung und gegen die letzten paar Flüchtlinge, die es derzeit noch schaffen, in das Land zu kommen.

Eric Krebbers

Eric Krebbers ist Mitglied der antirassistischen Organisation „De Fabel van de illegaal“ (Der Mythos der Illegalität) in Leiden in den Niederlanden. Webseite: <www.defabel.nl>.







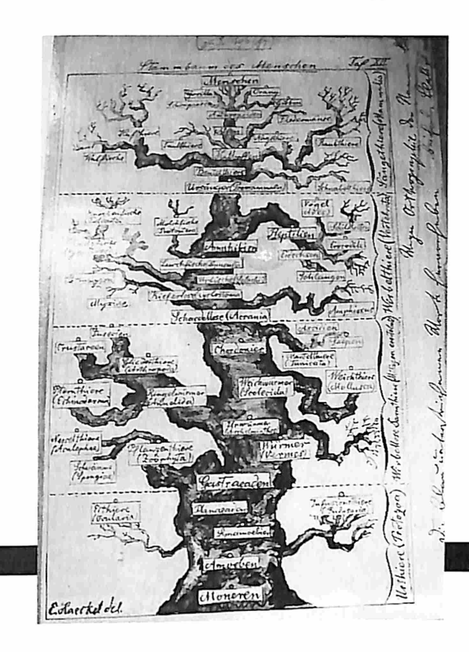
Der Rassismus-Papst

Ernst Haeckel und die Etablierung des wissenschaftlichen Rassismus in Deutschland

Das 5. antirassistische Grenzcamp findet dieses Jahr in Jena statt. Die Ortswahl im Landesinneren – erstmals nicht an einer Landesgrenze, sei es im Osten oder am Flughafen in Frankfurt/Main – wurde vor allem von Flüchtlingen und The Voice forciert, die nicht nur – wie die letzten Jahre – an den Camps als Objekte der antirassistischen Begierde teilnehmen, sondern sich aktiv in die Vorbereitung einbringen, ihre eigenen „Begierden" formulieren, handlungsmächtige Subjekte werden und die Residenzpflichtkampagne fortsetzen wollen. Ob dies gelingt, ist offen – aus Kritik an dem generellen Camp-Konzept werden dieses Jahr neben dem in Jena zwei weitere Camps stattfinden[1]. Die Ortswahl erwies sich insofern aber als günstig, als dass Jena die Wirkungsstätte von Ernst Haeckel (1834 - 1919) war, dem Begründer des Sozialdarwinismus in Deutschland, und heute noch viele Zeugnisse in der Stadt davon künden.

Eine Beschäftigung mit Haeckel mag auf den ersten Blick altbacken wirken: Der biologistisch argumentierende Rassismus eines Haeckel scheint wissenschaftlich überholt und politisch diskreditiert. Die Ehrschätzung, die ihm noch heute nicht nur in Jena entgegengebracht wird – etliche Haeckel-Museen, -Ausstellungen, -Symposien, -Preise, -Straßen und -Schulen sowie 22 nach im benannte Tierarten zeugen davon – und die schon immer vorhandene Vermischung von naturwissenschaftlichen mit kulturalistischen Argumentationsmustern zur Begründung des Rassismus mögen einen ersten Ansatzpunkt ergeben. Viel interessanter ist allerdings die Tatsache, dass Haeckel eben nicht nur der berühmte Biologe war, der den Darwinismus in Deutschland mit messianischem Eifer popularisierte, sondern aus der Evolutionstheorie eine Weltanschauung formte, die als Monismus totalitäre Gültigkeit beanspruchte und beispielhaft für die Transformierung der klerikalen und feudalen Gesellschaft hin zur kapitalistischen Moderne steht. Haeckel selbst vereint in sich die fortschrittlichen und zutiefst reaktionären Elemente, die das aufstrebende Bürgertum zum Ende des 19. Jahrhunderts ausmachten. Er wurde sowohl von Sozialisten enthusiastisch gefeiert als





auch von den Konservativen positiv rezipiert. Insofern haben weder die Biographen recht, die von Haeckel zu Hitler eine kausale Verbindung nachzuweisen versuchen, noch jene, die Haeckel beschönigend als „Kind seiner Zeit" bezeichnen, um seinen vermeintlichen wissenschaftlichen Ruhm nicht durch den ihm inhärenten Nationalismus und Rassismus befleckt zu sehen.

So richtig die Kritik von Karl Marx an Charles Darwin ist, er würde die menschlichen Begriffe von Konkurrenz, Kampf ums Dasein und um Lebensräume, erst auf die Biologie übertragen, damit sie von anderen dann in der Rückübertragung als quasi natürliche Legitimierung bestehender Gesellschaftsverhältnisse fungieren könnten, so richtig ist es gleichzeitig, dass Darwins Evolutionstheorie einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den religiösen Schöpfungsmythen darstellte – und Marx wusste diesen Fortschritt auch entsprechend zu würdigen. Genauso wie die ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus einen Fortschritt darstellten, der ohne die Naturwissenschaft nicht möglich gewesen wäre. Im Gegenzug bewirkten die wissenschaftlichen Erkenntnisse der damaligen Zeit die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und der Gesellschaft.

Haeckel selbst vereint in sich die fortschrittlichen und zutiefst reaktionären Elemente, die das aufstrebende Bürgertum zum Ende des 19. Jahrhunderts ausmachten

Darwin beschränkte sich allerdings darauf, Naturwissenschaftler zu sein: Nur zögerlich und bescheiden präsentierte er seine Evolutionstheorie, wagte anfänglich keine Aussagen über die Entstehung der Menschen und warnte ausdrücklich davor, bei der Evolution von höher- und niederwertigen Arten zu sprechen.
Im Gegensatz dazu ging Haeckel an vielen Punkten weiter. Ob die Spezifik der Haeckelschen Fortentwicklung und Verallgemeinerung der Darwinschen Theorie schon Ausdruck des deutschen Sonderweges – der sich z.B. als Idealismus, mystische Naturverklärung, Absolutheitsanspruch, Eifer und Nationalismus (alles Elemente, die sich auch bei Haeckel nachweisen lassen) in der deutschen Geistesgeschichte niederschlug – oder purer Zufall ist, kann hier leider nicht weiter untersucht werden.

Haeckel, der bis zu seiner Darwin-Lektüre ein frommer Protestant war – angewidert vom wissenschaftlichen Materialismus seiner Universitätsprofessoren und den kranken Menschen, mit denen er während seines Medizinstudiums konfrontiert wurde, und lange schwankend, ob er sich getreu seinem Arbeitsethos fleißig seiner wissenschaftlichen Karriere widmen sollte oder besser doch der Landschaftsmalerei – vollzog danach scheinbar eine 180-Grad-Wendung, beschimpfte die Kirche ob ihrer Rückschrittlichkeit und wurde von ihr angefeindet, agitierte unermüdlich für die Evolutionstheorie und sah sich selbst als unerschrockener Kämpfer gegen die alten Mächte. Genaugenommen dreht er sich jedoch spiralförmig um 360 Grad und war somit ungefähr dort wieder angelangt, von wo aus er seinen Ausgangspunkt

Nicht von einer Revolution der Wissenschaft oder der Weltanschauung kann bei Haeckel die Rede sein, höchstens von einer Modernisierung oder Transformation der alten Vorstellungen

nahm: Nicht von einer Revolution der Wissenschaft oder der Weltanschauung kann bei Haeckel die Rede sein, höchstens von einer Modernisierung oder Transformation der alten Vorstellungen. Weniger die Tatsache, dass Haeckel sich zwar 1904 auf dem Freidenker-Kongress zum Gegen-Papst küren ließ, jedoch erst 1910, neun Jahre vor seinem Tod, aus der Kirche austrat, mögen dafür als Beleg dienen. Vielmehr lesen sich seine philosophisch angehauch-



ten Manifeste, die schon damals von den Philosophen belächelt, hingegen vom normalen Publikum als handlungsanleitende Sinnstiftung in der Umbruchszeit verschlungen wurden (400.000er Auflage seiner „Welträthsel" aus dem Jahre 1899 sowie Übersetzung in mehr als 30 Sprachen), als Bedienungsanleitung für einen Kapitalismus deutscher, d.h. rückwärtsgewandter Prägung.

Er propagiert mit seiner monistischen Religion, die ein Band zwischen alter christlicher Religion und moderner Naturwissenschaft knüpfen will, die Strebsamkeit (Arbeitsethos gegen die alte Selbstgenügsamkeit), den Eigennutz (gegen den christlichen Altruismus), das Diesseits (Konsumgüter als Ausdruck für das Paradies auf Erden), gesunde Sexualität im Dienste der Fortpflanzung und Veredlung der Seele (im Gegensatz zur christlichen Enthaltsamkeit), bürgerliche Liebe (die Haeckel von der „Zellenliebe (...) von Spermazelle und Eizelle" ableitet), Sittlichkeit (im Gegensatz zu den angeblichen sexuellen Ausschweifungen des katholischen Klerus, die Haeckel getreu dem Motto „Wasser predigen, Wein saufen" als besonders verabscheuungswürdig erscheinen), die Achtung der Frau als gleichwertiges Wesen mit „eigenthümlichen Vorzügen und Mängeln" und als notwendige Ergänzung des Mannes, die heterosexuelle Kleinfamilie als Keimzelle der Gesellschaft, Körperlichkeit (Körperpflege und -ertüchtigung), Euthanasie (Vernichtung von Kranken und Behinderten), Natur- und Tierliebe (als Ausgleich zur Entfremdung von der Natur und zur Reproduktion), die Trennung von Kirche und Staat, Nationalismus (Deutschland als zu kurz gekommene Kolonialmacht), Rassismus und die Natürlichkeit sozialer Ungerechtigkeiten, die er aus der Evolutionstheorie ableitet und deren Abmilderung durch Gesundheits-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik er für schädlich für Rasse und Nation hält.

Während Haeckels Vorstellungen heute in allen Punkten (bis auf den Rassismus, auf den wir später zu sprechen kommen) umgesetzt scheinen oder zumindest eine nicht unbedeutende Diskursmächtigkeit erlangt haben, ereilte seiner monistischen Religion im engeren Sinne das Schicksal, heute in einer kleinen rechten Sekte[2] verkümmern zu müssen, die sich rühmt, im Dritten Reich verboten gewesen zu sein – ähnlich ging es auch dem Alldeutschen Verband (ADV), dem Haeckel ebenfalls angehörte, der als „Vorläufer und Wegbereiter der NS-Bewegung"[3] von den Nazis aufgelöst wurde, weil alle Punkte des Programms des ADV im Nationalsozialismus erfüllt seien. Die Nazis bedienten sich fleißig bei Haeckel, der mit seinen Büchern etliche Anschlußstellen für faschistische Ideologen bot, und es dürfte kein Zufall sein, dass die Universität Jena im Dritten Reich eine der Hochburgen für Rassenpolitik und Eugenik war. Die in Jena tätigen Wissenschaftler standen noch unter dem Einfluss von Haeckels Lehrtätigkeit, widmeten ihre Bücher den Männern an der Front und konnten auch nach 1945 ihre Forschungen ohne nennenswerte Einschränkungen fortsetzen, weil ihre reine Lehre angeblich nur von den Nazis diskreditiert wurde.[4]

Verwunderlicher ist die Begeisterung der Linken für den „General-Feldmarschall des Darwinismus" (Haeckel über sich selbst). August Bebel, Carl v. Ossietzky, Kropotkin und W.I. Lenin waren nicht die einzigen, die Haeckel Thesen begierig aufgriffen und glaubten, mit ihnen eine Waffe für den Klassenkampf in der Hand zu halten. Dies gelang nur, indem sie – im Gegensatz zu den Nazis, die die Selektionsaspekte und den „Kampf ums Dasein" der Evolutionstheorie überbetonten – das Prinzip der ständigen Fortentwicklung im Tier- und Pflanzenreich auf die Menschen übertrugen, und zwar zum einen auf die Menschen als biologische Wesen (die Eugenik als Verbesserung des Menschen war auch unter Sozialisten vor 100 Jahren sehr beliebt und das nicht nur in der politischen Polemik, wie bei Bebel, der sich gegen den Krieg mit dem Argument aussprach, dass dabei die stärksten, wehrtüchtigen Männer sterben würden und somit das eigene Volk degenerieren), zum anderen auf die menschlichen Gesellschaftsformation: Es schien ein natürliches Gesetz der Evolution zu sein, dass der Kapitalismus quasi von alleine vom Kommunismus abgelöst würde.

Aus dem gleichen Grund freundete sich auch das liberale Bürgertum schnell mit dem Sozialdarwinismus an. Er postulierte den evolutionären Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, das hieß Reformen statt Revolutionen. Ausserdem vermochte er gleichzeitig die eigene Stellung gegen das aufbegehrende Proletriat abzusichern, dem erklärt wurde, es wäre eine unterlegene „Rasse" oder würde sich aus Individuen zusammensetzen, die eben von Natur aus mit nicht so reichen Gaben ausgestattet wären.

Kommen wir zum Rassismus von Haeckel, der mit seinen diesbezüglichen Ausführungen im Gegensatz zu seiner sonstigen „Modernität" auffallend altmodisch und überholt klingt. Dies mag daran liegen, dass sich die Naturwissenschaften in den letzten 100 Jahren so rasant entwickelt und sich somit selbst überholt haben, d.h. dass sein biologistisches Argumentationsschema nach wie vor Gültigkeit beanspruchen kann, allerdings die Inhalte hoffnungslos überholt sind. Andererseits dürfte die kapitalistische Eigendynamik inzwischen viele der scheinbar natürlichen Unterschiede der „Völker" ad absurdum geführt haben, indem sie alle unter den gleichen globalen Verhältnissen vergesellschaftet hat. Nicht zuletzt zwang die Erfahrung des Nationalsozialismus zu einer kritischen Abkehr vom Sozialdarwinismus oder zumindest zu einer affirmativen Modernisierung.

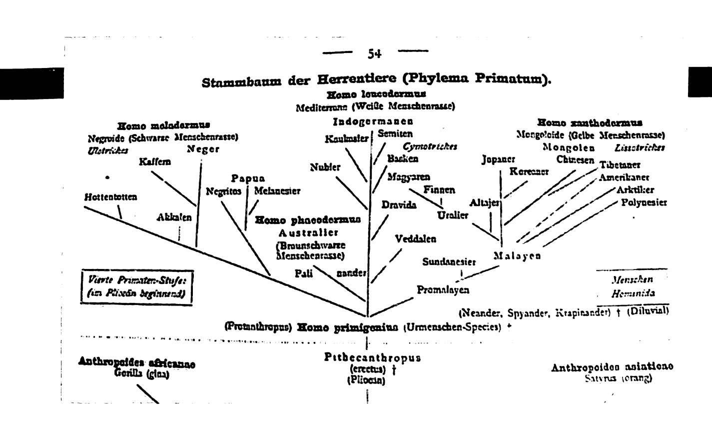
Haeckel ist einer der ersten, der den Menschen vom Affen abstammen läßt[5] und einen Stammbaum der zehn verschiedenen „Menschenrassen" aufstellt. Er nimmt die Kategorisierung anhand der Merkmale Haarbildung (Woll- und Schlichthaarige), Hautfarbe (schwarz, gelb, rot und weiß), Zahnstellung (Schief- und Gradzähnige) und Schädelbildung (Lang-, Kurz- und Mittelköpfe) vor. Es fällt auf, dass er die niedrigen „Menschenrassen" (Papua-Mensch, Hottentotten) nach diesem System eindeutig klassifizieren kann: Sie vereinigen genau die „Affenmerkmale" auf sich: starke Behaarung, dunkle Haut, lange Köpfe und vorspringende Vorderzähne. Bei der „zehnten und letzte(n) Menschenart (...) an der Spitze", dem weißen Menschen, gelingt ihm diese genaue Zuordnung nach biologischen Kriterien nicht mehr: Die „Weißen" sind nämlich nicht nur weiß, sondern auch „dunkel braungelb", welches gar in „schwärzliches Braun" übergehen kann. Auch die Schädelform variiert bei den „hochentwickelten Arten" beträchtlich, was nicht die Theorie zum Wanken bringt, sondern nur noch die Höherwertigkeit durch Vielfalt untermauern soll: „Die Schädelbildung ist mannichfaltiger als bei allen übrigen Arten." (Die höchste Menschenart wird deswegen auch „die meisten anderen Species im Kampfe um das Dasein früher oder später besiegen und verdrängen". Die niedrigen gehen „mit raschen Schritten ihrem völligen Aussterben entgegen", die mittleren werden „begünstigt durch die Natur ihrer Heimath, der sie sich besser als die (weißen) Menschen anpassen können, den Kampf um's Dasein mit diesen noch auf lange Zeit hinaus glücklich bestehen")

Haeckel muss also auf kulturelle und soziale Zuschreibungen zurückgreifen, um überhaupt seine scheinbare naturwissenschaftliche Einteilung vornehmen zu können: „erhob sich nur wenig über die tiefe Stufe der ursprünglichen Bildung", „die affenartigen Ureinwohner Australiens", „in vielen körperlichen und geistigen Beziehungen stehen diese (...) Stämme auf der tiefsten Stufe menschlicher Bildung", „Wie sich die weitere Verzweigung des indogermanischen Zweiges, aus dem die höchst entwickelten Kulturvölker hervorgingen, auf Grund der vergleichenden Sprachforschung im Einzelnen genau verfolgen läßt, hat August Schleicher in sehr anschaulicher Form genealogisch entwickelt." An diesem Punkt fliegt Haeckels Theorie endgültig auf. Er hat sich gar nicht die Mühe gemacht, akribisch körperliche Merkmale zu vergleichen (eine Arbeit, zu der seine Jünger im Dritten Reich noch genügend Gelegenheit haben sollten),

aber langes Haar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01. 06. 2000
Gothics : "... Doch gibt es keine Einheitlichkeit im scheinbar dunklen Einerlei ..."
Gruftis : "... Ihre schwarze Kleidung hob die Gruftis, wie sich seinerseits noch nannten, aus dem Einheitspastell ostdeutscher Textilien hervor. ..."

Punks
Die mit dem Slang-Ausdruck für "Müll" im November 1976 in London begründete Bewegung wollte mit allen Wertsystemen der modernen Gesellschaft brechen.
Man versuchte, die Organisationsformen der Gesellschaft als Lüge zu entlarven, obgleich man auch über Alkohol, Liebe und Sex sang.
Die Haare werden im Irokesen-Schnitt getragen. Beliebte Haarfarben sind Blau, Grün, Rot und Schwarz. Auch hier gibt es die Möglichkeit, das Haar ganz abzuscheren oder als Dreadlocks zu tragen. Punks tragen meist keinen Bart.





sondern lediglich einer schon bestehenden rassistischen Sprachtheorie einen biologistischen Anstrich gegeben. Kein Wunder also, dass er Chinesen, Japaner, Tartaren, Türken, Finnen und Ungarn aufgrund der gleichen Sprachfamilie der achten Menschenart („Homo mongolicus") zuordnet.

Im „Phyletischen Museum"[6] zu Jena, welches von Haeckel gegründet wurde und heute „die stammesgeschichtliche Entwicklung der Organismen, einschließlich des Menschen" verdeutlichen will, wird genau an diese Sprachfamilien-Theorie angeknüpft. Neben der entsprechenden Schautaufel mit dem Stammbaum der „Menschenrassen" – ein Begriff der laut Erklärung des Museums, als „nicht mehr legitim" gilt (und nicht etwa als falsch!), „da der biologisch verbrämte Rassenbegriff ‚negride Rasse' oder ausschließlich politisch motivierte Rassenbegriffe wie ‚Jude' verhängnisvolle Folgen hatten und haben."; empfohlen wird als Ersatz der Begriff „Ethnie" – heißt es: „Die Sprachfamilien, von denen es heute etwa 12 gibt, entstehen parallel mit den weltweiten Wanderungen von Bevölkerungsgruppen. (...) Die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern erlauben es demnach, einen linguistischen Stammbaum zu erstellen. Dieser stimmt mit den genetischen Befunden der jeweils zusammengehörigen Bevölkerungsgruppe weitgehend überein. Biologisch verwandte ethnische Gruppen sprechen auch verwandte Sprachen." Besser hätte das Haeckel sicher nicht sagen können! Weil nun allerdings der dumpfe Antisemitismus in Jena, unweit von Buchenwald, als nicht mehr legitim gilt, wurde zur Aufrechterhaltung der Theorie die semitische Sprachfamilie einfach aus dem linguistischen Stammbaum gekürzt – bei Haeckel kam sie noch vor. Ob er diese kleine Korrektur an seinem Original bedauert, sei dahingestellt. Ein bekennender Antisemit war er schon deshalb nicht, weil zu seiner Zeit die Antisemiten noch traditionell religiös argumentierten und in Haeckel einen gefährlichen Protagonisten des Werteverfalls sahen. Erst später griffen die Antisemiten Haeckels wissenschaftliches Instrumentarium begierig auf.

Erschreckend modern erscheint Haeckel allerdings auf einem anderen Gebiet: der Ökologie. Er erfand nicht nur diesen Begriff für die Interaktion der einzelnen Lebewesen mit ihrer Umwelt, sondern füllte ihn mit einer Naturmystik, die in der deutschen Innerlichkeit, inzwischen im Gewand der Esoterik, bis heute Bestand hat. Haeckel rückt der Natur zum einem mit seinem kalten wissenschaftlichen Instrumentarium zu Leibe und klassifiziert alles, was ihm begegnet – neben über 4.000 Einzellern z.B. auch das Schönheitsempfinden des Menschen in 8 Stufen: Ganz unten die einfache und die „rhythmische Schönheit", ganz oben, noch vor der sexuellen, die „landschaftliche Schönheit". Anderseits ergötzt er sich an der Natur, hält alle Materie, auch die anorganische, für beseelt, frönt der Landschaftsmalerei und verkauft die Bilder mit den von ihm entdeckten Einzellern, die er liebevoll nach seiner ersten Frau oder Fürst Otto von Bismarck benennt, als Kunst und setzt diese bloßen Abbilder der Natur mit Naturerkenntnis in eins.

Auf dem diesjährigen Grenzcamp in Jena wird es – natürlich in landschaftlich reizvoller Umgebung – eine Veranstaltung zu Haeckel geben. Aber auch aus anderen Gründen lohnt sich ein Besuch...

Martin Vogt

Antirassistische Gruppe Leipzig (antira-leipzig@nadir.org)

Literatur und Zitatnachweis:
Welträtsel und Lebenswunder. Ernst Haeckel – Werk, Wirkung und Folgen, Ausstellungskatalog des Oberösterreichischen Landesmuseums (1998)
Ernst Haeckel: Die Welträthsel, Natürliche Schöpfungsgeschichte (im Volltext unter: http://caliban.mpiz-koeln.mpg.de/~stueber/stueber_library.html)

[1] Weitere Informationen über die geplanten Schill-Y-Out-Days in Hamburg, das Summercamp als Fortsetzung der Cross Over-Konferenz in Bremen und dem europaweiten antirassistischen und antikapitalistischen Camp in Strasbourg entnehmen sie bitte der Tagespresse bzw. folgenden Internetseiten: www.noborder.org, www.summercamp.squat.net, www.borders.org/borders/kein, www.nadir.org/nadir/kampagnen/landinsicht

[2] Freigeistige Aktion/Deutscher Monistenbund, www.freigeistige-aktion.de

[3] konkret 03/1999

[4] siehe dazu auch: Susanne Zimmermann: Die Medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus, Ernst-Haeckel-Haus-Studien, Band 2 (2000)

[5] Um die Abstammung plausibel zu machen, macht er die Affen „schlauer" als sie sind und gleichzeitig differenziert er die Menschen extrem aus, um die Grenze zwischen Affe und „Wildvölkern" zu minimieren. Später versteigt sich Haeckel gar zu der These, dass die Haustiere, u.a. weil sie weiter zählen könnten, zivilisierter und fortgeschrittener seien als die „Wildvölker". So erscheint es nur folgerichtig, dass der Euthanasie-Propagandist der Neuzeit, Peter Singer, gleichzeitig großer Affenliebhaber ist und sich für ihre Erhaltung einsetzt.

[6] www.zoo.uni-jena.de



Antizionistische Vereinigungen

In Berlin wird mal wieder tiefergelegt. Und zwar ganz tief. Dahin wo's modrig, matschig und eben auch braun wird. Dass ein Teil der Befreiungs-Frontkämpfer die Unterstützung „nationaler" Befreiungskämpfe vor allem unter dem Aspekt „national" betrieb und betreibt, ist seit den 90er Jahren kein Geheimnis mehr. Das Seltsame und gleichzeitig Faszinierende daran war und ist, das ungebrochene Selbstbild „links" zu sein. Dieses seltsame Phänomen ist inzwischen so wahrnehmungsresistent und verbreitet, dass Kundgebungen unter der Beteiligung von Vertretern nationaler Sozialismen und Faschisten keine erkennbaren Probleme mehr zu verursachen scheinen, wie die Palästina-Demo in Berlin Ende April medienwirksam zeigte.

Nun ja – eine Demo ist eine öffentliche Veranstaltung und jede/r kann kommen: Seltsam bleibt, dass kein Grübeln über das Thema einer Veranstaltung einsetzt, das derartige Koalitionen hervorruft. Dass zudem wenig Erkennbares unternommen wurde, diese zu verhindern, bringt den logischen Schluss, diese Distanzierung auch nicht wirklich gewollt zu haben. Desweiteren bleibt die Frage, wenn der Konsens ein anderer gewesen wäre, wieso dann die entsprechenden Gruppen nicht unverzüglich von der Kundgebung ausgeschlossen wurden oder – wenn dies nicht möglich war – die Kundgebung nicht sofort beendet wurde?

In diesen Rahmen passt sich der bewaffnete Überfall auf eine Diskussionsveranstaltung zu Antisemitismus und Palästina-Konflikt nahtlos ein, erinnerte er doch stark an braune Auseinandersetzungsformen. Die marginalen mentalen Unterschiede zu den heldenhaften Schlägertruppen des nationalen Sozialismus werden die Beteiligten vielleicht noch zu ihrer Selbstrechtfertigung definieren wollen – im Vertrauen, die Eigenwahrnehmung ist dort die gleiche.
Nun hält sich hartnäckig das Gerücht, dieses Rollkommando hätte zum Teil aus einschlägig bekannten Figuren der Organisationen „Linksruck" und „RIM" bestanden. Die fehlende Verurteilung der Aktion durch diese Gruppierungen scheinen das zu bestätigen und verstärken das ohnehin dubiose Licht, in dem sie stehen.

An der ganzen wieder aufflammenden Auseinandersetzung über linken Antisemitismus ist nur die oben bereits erwähnte Tatsache neu, dass die Distanzierung der sich antizionistisch sehenden linke Gruppen von den antizionistischen rechtslastigen und faschistischen Gruppierungen langsam unter der Wahrnehmungsschwelle versinkt. Und die Bemerkung, dass das Verhältnis von Antizionismus zu Antisemitismus kaum von der sprichwörtlichen Tendenz „man schlägt den Sack und meint den Esel" freigesprochen werden kann, ist bittere Notwendigkeit.

Die enorme Eskalation der Auseinandersetzung hat ihren Ursprung in dem Bedürfnis einfacher Gemüter, Konflikte dualistisch in „die Guten" und „die Bösen" eindeutig auflösen zu müssen. Da einige „Szene"-Figuren eine einfache Antwort zu brauchen scheinen, sind sie bei den Kampfgefährten und Feindbildern der deutschen Väter und Großväter angekommen. Dazu kommt wohl die durch rassistische Gegenklischees bedingte Blindheit gegenüber diversen internationalen Kampfgefährten, deren politische Orientierungen und Zielsetzungen wohl nicht mehr richtig wahrgenommen werden.
Zu bemerken bleibt noch, dass manche PalästinasolidaritätsaktivistInnen inzwischen Forderungen vertreten, die sie in anderen Regionen als revisionistisch, reaktionär usw. bezeichnen würden. Hier wird die einfache Tatsache ignoriert, dass ein Nationalstaat „Palästina" genauso gut oder schlecht ist, wie jedes nationalstaatliche Konstrukt und deshalb genauso bekämpft werden müsste. Natürlich ist die Erkenntnisresistenz innerhalb des Antiimperialismus hinsichtlich der fatalen Theorie nationaler Befreiungskämpfe immens, aber warum sollen nicht auch einmal Wunder geschehen.

Tobias Faßmeyer (ZAG)

Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

Liebe Freunde und KollegInnen!

Die Idee zur Einberufung einer neuen „Berliner Konferenz" stammt ursprünglich von einem Vorschlag des nigerianischen Ministerpräsidenten Olusegun Obasanjo. Sie wurde auf dem evangelischen Kirchentag im Juni 2001 in Frankfurt aufgegriffen. Eine entsprechende Resolution wurde auf dem dortigen Afrika-Forum verabschiedet. Die Frage der Entschädigung für koloniales Unrecht wurde von afrikanischer Seite auf der UN-Antirassismus-Konferenz in Durban Ende August/Anfang September 2001 mit Nachdruck vertreten. Die internationale „Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika" brachte den Vorschlag für eine neue Berliner Konferenz auf dem NGO-Forum in Durban ein und stieß dort auf großes Interesse. Nach unserer Meinung ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir die Gedanken und Vorschläge von NGOs, kirchlichen und anderen Basisgruppen erörtern sollten in Richtung auf eine „Neue Berliner Konferenz" für das Jahr 2004, 120 Jahre nach der alten „Berliner Konferenz". Wir laden Euch deshalb nach Berlin zu einem ersten Planungsgespräch ein.

Sinn und Bedeutung einer solchen „Neuen Berliner Konferenz" stützen sich aus unserer Sicht auf die inhaltlichen Grundaussagen,

- dass die beteiligten 16 Staaten (Europa und USA) die koloniale Aufteilung Afrikas vollzogen und mit der Generalakte von Berlin vom 26.2. 1885 in einem internationalen Vertrag besiegelt haben,
- dass die Ungleichheit zwischen Nord und Süd und viele Entwicklungsdefizite Afrikas ihre Wurzeln in der damaligen Unterwerfung dieser Länder durch die Kolonialmächte haben und
- dass die Verantwortung dieser Kolonialmächte für die Schäden aus Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus mit einer solchen Konferenz erinnert und aufgearbeitet werden müssen.

Unsere vorläufigen Ideen zu dem Planungsgespräch mit offener Agenda sind wie folgt:

1. Das Ziel ist die mögliche Gründung einer Initiativgruppe.
2. Die Initiative der „Neuen Berliner Konferenz" soll von einem breiten Bündnis interessierter nichtstaatlicher Organisationen, kirchlicher Gruppen, Gewerkschaften und anderer Verbände/Vereine/Stiftungen getragen werden.
3. Sie soll in Übereinstimmung und in enger Zusammenarbeit mit afrikanischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen erfolgen.
4. Die Initiative soll eine breite nationale und internationale Unterstützung anstreben.
5. Sie soll in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer speziellen Gremien (besonders des NGO-Forum) vorbereitet und durchgeführt werden.
6. Sie sollte aufgrund der symbolischen Bedeutung in Berlin stattfinden, und möglichst am 14. November 2004 um 12.00 Uhr beginnen, genau 120 Jahre später, und zwar auf Initiative der deutschen Bundesregierung als Rechtsnachfolgerin des Kaiserreiches, das 1884 unter Bismarck nach Berlin eingeladen hatte.

Wir bitten um Ihre Reaktion per Rückmeldefax bis zum 7. April. Mit solidarischen Grüssen, im Namen der vier koordinierenden Organisationen der internationalen „Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika",

Theo Kneifel, KASA, Heidelberg

PS: Bitte weitersagen und die Einladung an mögliche Interessierte weiterleiten.

International Campaign on Apartheid-Caused Debt in Southern Africa

KASA û c/o Werkstatt Ökonomie
Theo Kneifel
Obere Seegasse 18
D-69124 Heidelberg
Tel. (0 62 21) 78 55 45

Fax (0 62 21) 78 11 83

E-mail Theo.Kneifel@woek.de
Home http://www.woek.de

medico international
Hans Branscheidt
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel. (01 77) 73 21 20 0 û
(0 69) 9 44 38 27
Fax (0 61 71) 7 32 69 û
(0 69) 43 60 02
E-mail medicobranscheidt@t-online.de
Home http://www.medico.de

KOSA Koordination Südliches Afrika
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel. (0521) 62802; Fax. 63789
Welthaus@aol.com
www.welthaus.de

Solidaritätsdienst-International
Grevesmühlener Straße 16
D-13059 Berlin
Tel. (030) 9286047; Fax 9286003)
SODI-interrnational@t-online.de
www.sodi-de

Heidelberg, den 19.3.02, Initiative „Neue Berliner Konferenz 2004"
Einladung zu einem ersten Planungsgespräch am 16.April 2002 in Berlin, Berliner Missionswerk, Georgenkirchstraße 70, 10.30 – 16.00



Die Globalisierungsfalle?

Globalisierung scheint mittlerweile überall stattzufinden. Zumindest werden in allen Bereichen Bezüge zu diesem Begriff konstruiert. Seien es die Tomaten aus dem Supermarkt oder der Walkman aus dem Internet. Beides kommt seit Jahr und Tag aus Spanien oder Singapur, doch nun ist das alles irgendwie mit der Globalisierung ursächlich verflochten. Was das nun ist, wovon alles und jeder betroffen ist, scheint niemand zu wissen?

Ein Megathema ist es in jedem Fall. Von links, über bürgerlich liberal, bis rechts. In der Kritik, in der Befürwortung oder in der Verteufelung. Was die einen als Hauptwiderspruch für sich entdeckt haben, stellen andere als heilsbringende Gesamtlösung dar oder aber als das Ende aller Werte und Traditionen.

Und dennoch: in der sogenannten Anti-Globalisierungsbewegung sind all diese Positionen auf dubiose Weise vereint. Reformer, neben Revolutionären, neben Wertkonservativen, neben Traditionalisten, neben Ökos, neben Ultrarechten. Wie kann das angehen?

Wir versuchten, mit diesem Schwerpunkt einen Einblick in diese neue „Bewegung" zu erhalten, deren Kraft gerade aus dieser „Vielfältigkeit" der Richtungen resultieren soll. Wie es da um das Thema Rasissmus bestellt ist, war für uns von besonderem Interesse. Doch es scheint schlicht nicht mehr aktuell zu sein. Selten findet man in Publikationen, die sich der Globalisierung widmen, Bezüge zu diesem „Nebenwiderspruch". Es ist nicht mehr passend, von so schnöden Dingen wie Kapitalismus, Ausbeutung, Patriarchat oder eben Rassismus zu reden. Die Debatte um „political correctness" hat dazu geführt, sich auf andere Begriffe vergangenerer Tage zurückzubesinnen; als da wären: Das Finanzkapital, die Tyrannei des Kapitals, etc...

Wenn dann als radikales Gegenmodell zur Globalisierung eine landwirtschaftlich geprägte Regionalisierung der Gesellschaft favorisiert wird, in welcher die sich selbst versorgende Gemeinschaft die kleinste Einheit darstellt, ist es zudem nicht mehr arg verwunderlich, dass auch Ultrarechte in der „Bewegung" zu finden sind.

Real Life Economics

Die Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung führt in Süd wie Nord zur Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen. Während sozialstaatliche Absicherung und formale Beschäftigungsverhältnisse abgebaut werden, entstehen an den Rändern der Gesellschaft neue Formen des sozioökonomischen Gegen- und Miteinanders: real life economics. Ob diese vielfältigen Aktivitäten im Bereich der so genannten Schattenwirtschaft die Keimzelle neuer sozialer Bewegungen werden oder zur Barbarisierung führen, hängt von der Richtung ihrer Politisierung ab.

Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung sind nahezu sämtliche Politiken „nachholender Entwicklung" gescheitert. Der globalen Konkurrenz des transnationalen Kapitals ausgeliefert, werden die meisten Länder des Südens wie des Ostens stärker als je zuvor auf den Status der „Peripherie" erniedrigt. Wo er nicht vollständig zusammengebrochen ist, fungiert der postkoloniale Entwicklungsstaat als Vermittlungsagentur der „Strukturanpassungsprogramme", durch die der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank die globale Durchsetzung von Freihandel und Marktwirtschaft erzwingen. Damit sind die Hoffnungen – oder besser: die Illusionen – hinfällig geworden, die mit ihm verbunden waren. In der Hand siegreicher Befreiungsbewegungen sollte der Staat zum Instrument der planmäßigen Entwicklung der jeweiligen Nationalökonomie werden. In einem ersten Schritt sollten die Grundbedürfnisse der Menschen gesichert, auf lange Sicht der „Anschluss" der entkolonialisierten Gesellschaften an die Erste Welt der „Industrienationen", wenigstens aber an die Zweite Welt der staatssozialistischen Länder erreicht werden. Der im Prozess der kapitalistischen Globalisierung erzwungene Bankrott dieses Entwicklungsmodells hat jedoch Millionen von Menschen so radikal marginalisiert, dass ihre (Wieder-)Eingliederung in einen industriellen Verwertungsprozess nicht einmal mehr vorgesehen ist. Weil weder der zur Beute von Eliten verkommene Entwicklungsstaat noch dessen niederkonkurrierte Ökonomie für diese Menschen Verwendung haben, suchen sie ihr Auskommen in den „informellen Sektoren" der so genannten „Schattenwirtschaft", also jenseits staatlicher oder „formeller" privatkapitalistischer Sektoren der Ökonomie. Wo selbst dies nicht mehr möglich ist, sind Krieg oder Migration die letzte Chance eines immer prekäreren Überlebens.

Umkehr der Perspektive

Diese Dynamik des Globalisierungsprozesses beschränkt sich nicht auf die „klassische" Peripherie, die Länder des Südens. Längst lässt sich eine zunehmende „Peripherisierung" in großen Teilen der Metropolen ausmachen. Auch hier ist dies mit einer Transformation der Staatlichkeit und einem Prozess der De-Industrialisierung verbunden, wenn auch unter anderen materiellen und ideologischen Ausgangsbedingungen. Dabei spiegelt sich das Schicksal des postkolonialen Entwicklungsstaats im Abbau des metropolitanen, fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Dessen strategisches Ziel lag in der „sozialpartnerschaftlichen" Institutionalisierung der Klassenkämpfe durch die Integration der IndustriearbeiterInnen in die bürgerliche Gesellschaft. Ziel

Basics der Globalisierung

IWF (Internationaler Währungsfond)

Der Internationale Währungsfond, eine Sonderbehörde der Vereinten Nationen, wurde 1945 gemeinsam mit der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) auf der Grundlage der Beschlüsse der UN-Währungskonferenz von Bretton Woods (1944) gegründet.

In dieser Konferenz von Bretton Woods sicherten sich die USA ihre wirtschaftspolitische Vormachtstellung in der Nachkriegsära, indem das Abkommen eine enge Verflechtung von US-amerikanischer Wirtschaft und Weltwirtschaft unter US-amerikanischer Vorherrschaft zur



Perspektiven der Globalisierung und der internationalen Solidarität

der heutigen De-Regulierung des Sozialstaats ist jedoch nicht – wie von den Neoliberalen behauptet – die Entstaatlichung der Gesellschaft, sondern deren Unterwerfung unter eine neue Form der Staatlichkeit. Die zentrale Aufgabe des postfordistischen „Wettbewerbsstaats" liegt in der „Flexibilisierung" der Arbeitskraft zugunsten ihrer bestmöglichen Verwertung in der Weltmarktkonkurrenz. Infolge der dabei erzielten Produktivitätssteigerungen kommt es zur dauerhaften „Freisetzung" nicht mehr verwertbarer Arbeitskraft. Unter dem Druck struktureller Massenerwerbslosigkeit werden jetzt auch in den Metropolen informelle Arbeitsverhältnisse durchgesetzt, in denen ein existenzsicherndes Einkommen oft nicht mehr erzielt wird.

In diesem Prozess kehrt sich die Perspektive der Entwicklung um: Bildete bisher der Norden das Modell der „nachholenden Entwicklung" des Ostens und Südens, so gleichen sich die Verhältnisse in der Metropole jetzt tendenziell denen der Peripherie an. Wachsende Zonen der Verelendung umschließen vereinzelte Wohlstandsinseln, die sich quer zur Spaltung von Metropole und Peripherie in allen Ländern finden, z.T. gegenläufig zum Verelendungsprozess erst entstehen. So bildet sich ein archipelisiertes Weltsystem heraus, das von immer enger vernetzten Zentren der kapitalistischen Akkumulation – etwa den Global Cities – gesteuert und von ihrer unbesiegbar gewordenen Militärmacht imperial gesichert wird.

Wiederkehr der Proletarität?

In den 90er Jahren versuchte der Historiker Karl Heinz Roth, diesen Prozess mit der These von der „Wiederkehr der Proletarität" sozialrevolutionär zu deuten. Roth zufolge kommt es „bei allen auch weiter fortwirkenden Differenzierungen (...) (zu) einer weltweiten Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen Erster, Zweiter und Dritter Welt ebenso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur „nationalen" Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen." Da unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus nationalstaatlich begrenzte Emanzipationsmodelle sinnlos geworden seien, kann soziale Emanzipation für Roth „nur noch international gedacht und praktiziert werden".1

Tatsächlich aber hat die tendenzielle „Nivellierung der Klassenlagen" gerade nicht zur Herausbildung eines geeinten Weltproletariats geführt. Im Gegenteil, im härter werdenden Kampf um die Ressourcen des Überlebens verschärfen sich die rassistischen, ethnizistischen und sexistischen Spaltungen: Wo tendenziell alle von Verelendung und Entrechtung bedroht sind, kommt es immer häufiger zu einer mörderischen „Ethnisierung des Sozialen". Deren Gewalttätigkeit nimmt in dem Maß zu, in dem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zur wichtigsten Möglichkeit der Überlebenssicherung werden. Dies gilt sowohl individuell – weil man als „Kämpfer" einer Straßengang, einer Bürgerkriegspartei oder als Söldner einer Privatarmee den eigenen Lebensunterhalt verdient – als auch institutionell, wenn in den Bürgerkriegsstaaten und -ökonomien der Peripherie Kriminalität und Krieg zum Normalzustand der „Zwischenkriegsgesellschaften" werden.

> **Wo tendenziell alle von Verelendung und Entrechtung bedroht sind, kommt es immer häufiger zu einer mörderischen „Ethnisierung des Sozialen"**

Im Schnittpunkt zwischen der „Nivellierung der Klassenlagen" und der „Ethnisierung des Sozialen" finden sich die MigrantInnen. Auf ihrem Weg in die prosperierenden

Folge hatte. Ziel der Konferenz war es, nach Ende des Zweiten Weltkrieges Welthandel und internationalen Zahlungsverkehr neu zu ordnen und zu stabilisieren. Das neue Weltwährungssystem beruhte auf der Gewährung möglichst freier Konvertierbarkeit der Währung bei festen Wechselkursen. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, für Ihre Währungen entweder Goldparitäten oder aber Paritäten zum US-Dollar, der selbst eine Goldparität aufwies, zu vereinbaren. Damit wurde der US-Dollar zur neuen Leitwährung der Weltwirtschaft.



Archipele des Weltsystems markieren sie die Richtung, in der sich dessen Krise ausbreitet. Im Umgang der jeweiligen „Einwanderungsländer" mit „ihren" MigrantInnen zeigt sich erneut das Dilemma des Proletarisierungsprozesses: Obwohl die sozialen Kämpfe dagegen an jedem Ort als internationalistische Kämpfe zu führen wären, handeln die Proletarisierten im ideologischen Bann von Lokalismen, Nationalismen oder Rassismen. Deren Gemeingefährlichkeit steigert sich mit dem Grad ihrer Fiktionalität. Deshalb beginnt konsequente internationale Solidarität heute mit der Bereitschaft zur „bedingungslosen Gastfreundschaft" (J. Derrida).
Roth ist insoweit zuzustimmen, als eine Neubestimmung sozialer Emanzipation und internationaler Solidarität ihren Ausgang in der Transformation der nationalen Staatlichkeit und der weltweiten Durchsetzung informeller bzw. prekärer Arbeitsverhältnisse nehmen muss. Internationale Solidarität ist heute folglich erstens nicht mehr vom Norden auf den Süden zu richten, damit sich dieser an jenen „angleichen" kann. Zweitens kann sie nicht mehr auf die vorgeblich emanzipativen Entwicklungspotenziale nationaler Staatlichkeit und sozial verrechtlichter Lohnarbeitsverhältnisse setzen – gleich, ob diese eine privatkapitalistische oder staatssozialistische Tendenz aufweisen. Das aber heißt, noch immer mit Karl Heinz Roth gedacht: Die Koordinaten sozialer Emanzipation können vor allem dort gefunden werden, wo Millionen von Menschen in die Proletarität de-regulierter sozialer Verhältnisse gezwungen werden.
Allerdings muss die „weltweite Nivellierung der Klassenlagen" mit ihrer Fragmentierung, ja sogar Atomisierung zusammengedacht werden. Daraus folgt, dass die Proletarisierten nicht in traditionsmarxistischer Weise als welthistorisches, homogenes Kollektivsubjekt gedacht werden dürfen, das sich lediglich seiner selbst bewusst zu werden hätte. Die Proletarisierten stehen vielmehr in einem pluralen Antagonismus zum Bestehenden: er widerspricht den herrschenden Verhältnissen auf der Grundlage von Positionen, die einerseits selbst von Widersprüchen, Gegensätzen und Brüchen durchzogen und andererseits trotz allem Teil dieser Verhältnisse sind. Er ist vom sozialen Ressentiment und den darin herrschenden Ideologien durchdrungen. Erst eine solche illusionslose Bestandsaufnahme frei von jedem sozialrevolutionären Romantizismus kann in den real life economics der Marginalisierten auch Politiken des Überlebens erkennen, deren subversive Potenziale solidarisch zu entwickeln wären.

Autonomie in der Schattenwirtschaft

Mit der Informalisierung der Arbeit treten eine Vielzahl bisher verdeckter, randständiger, historisch scheinbar überwundener oder aber gänzlich neuer Formen der Arbeit neben die „klassische" fordistische Lohnarbeit. Neben der „Schwitzbudenausbeutung" in den weltmarktorientierten Billiglohnzonen (wie z.B. in der Maquiladora-Industrie Lateinamerikas) finden sich verschiedene Formen von Saison-, Teilzeit- Heim- und Leiharbeit sowie der häuslichen und der Subsistenzproduktion, häufig kombiniert mit „formaler" Erwerbslosigkeit. In der Grauzone zwischen Informalität und Kriminalität breiten sich Zwangsarbeitsverhältnisse, ja sogar neue Formen von Sklavenarbeit aus. Letzteres gilt nicht etwa nur für die peripheren Schattenökonomien, sondern auch für nicht wenige der polnischen oder portugiesischen Bauarbeiter oder der thailändischen oder russischen Prostituierten, die illegalisiert in Deutschland leben und arbeiten.
Im informellen Sektor können sich soziale Gruppen häufig nur dann reproduzieren, wenn ihre Angehörigen gleichzeitig in verschiedenen Arbeitsverhältnissen ausgebeutet werden bzw. sich selbst ausbeuten. Selbstausbeutung gehört wesentlich zur informalisierten Arbeit, die deshalb auch als „lavoro autonomo", als „selbstständige Arbeit" bezeichnet wird. So sind die genannten polnischen oder portugiesischen Bauarbeiter formell freie Unternehmer, faktisch aber Sklaven ihrer Auftraggeber. Dasselbe gilt für die zahllosen selbstständigen ProduzentInnen und KleinstunternehmerInnen überall auf der Welt, die oft von einem einzigen Auftraggeber abhängen, ohne dessen Nachfrage sie sofort erwerbslos wären. Gleichwohl sind viele selbstständige ArbeiterInnen formell im Besitz der Produktionsmittel, die ihnen ihre Form der „kleinen Warenproduktion" oder der Dienstleistung ermöglichen.

Basics der Globalisierung

Seit 1971 sind diese Regelungen schrittweise außer Kraft gesetzt worden, 1973 wurden freie Wechselkurse eingeführt. Der IWF wurde damals zum Zweck der Wechselkursfestsetzung und Stabilisierung der Währungen und Währungsbeziehungen gegründet, um Finanzkrisen zu vermeiden. Dies gehört heute nicht mehr zu seinen Aufgaben, denn die Wechselkursfestsetzung regelt sich heute beinahe ausschließlich über die Währungsmärkte.
Von 1982 an widmete der IWF einen großen Teil seiner Ressourcen der Lösung der weltweiten Schuldenfrage, die durch übermäßige Kreditaufnahme der Entwik-

Der wachsenden Bedeutung der selbstständigen Arbeit entspricht ihre ideologische Aufwertung. Selbstständige ArbeiterInnen sind ideale Adressaten der neoliberalen Ideologie. Schließlich wird die De-Regulierung überall durch einen „Befreiungsdiskurs" begründet, der die Subjekte aus staatlicher „Bevormundung" zu Eigenverantwortung, schöpferischem Handeln und permanentem Wagemut aufruft.

Suche nach dem besseren Leben

Konnten die Industrieproletariate noch eine weitreichende soziale Autonomie ausbilden, die sich in den Klassenkompromissen der fordistischen Ära sogar institutionell niederschlug, so kann in der Informalität davon oft nur insoweit gesprochen werden, als sich jenseits einer staatlich garantierten Rechtssphäre bandenförmige, z.T. auf unmittelbarer Gewaltausübung beruhende korporative Strukturen herausbildeten. Was man korporativ erkämpft oder erreicht, gilt nur für die eigene „gang" und wird rigoros gegen die verteidigt, die nach der Logik der Selbstständigkeit nur Konkurrenten sein können. Hier liegt der Grund für die Bündnisse, die der neoliberal radikalisierte Individualismus mit ethnizistischen, rassistischen oder sexistischen Ideologien eingeht.
Keinesfalls zufällig kommt auch hier dem Schicksal der MigrantInnen eine exemplarische Rolle zu: Flüchtlinge aus einer zerfallenden oder verwüsteten Gesellschaft, sind sie zugleich die Abgewiesenen und Ausgeschlossenen der Gesellschaften, die sie durchqueren, um irgendwo einen Ort des „besseren" Lebens zu finden. Ihre Ungeschütztheit bringt sie dazu, die eigene Existenz gegen den Zwangscharakter herrschender Vergesellschaftung zu behaupten, immer auch gegen die anderen, selbst gegen die Mitreisenden; und dennoch sind sie darauf angewiesen, offene soziale Beziehungen auf der Basis von Gegenseitigkeit einzugehen. Daran ist nichts zu romantisieren. Gleichwohl definieren ihre Grenzüberschreitung und die Weise, wie ihnen Gastfreundschaft gewährt oder verweigert wird, was „Gesellschaft" ist und werden kann. Dem entspricht, dass Informalität und Prekarität – oder allgemeiner: Proletarität – nicht nur Resultate von Verelendung und Entrechtung sind, sondern in sich jederzeit auch individuelle wie kollektive Befreiungsmomente tragen können: Befreiung aus traditionalen Zwangsbindungen der Herkunft, der Verwandtschaft, des Geschlechts, der Kaste und Klasse, der Ethnisierung, Nationalisierung oder Rassifizierung. Diese Befreiungsmomente mögen der üblichen „politischen Korrektheit" ebenso häufig widersprechen wie der exklusiven Liberalität der bürgerlichen Moderne. Dennoch erweitern sie faktisch den Möglichkeitsspielraum derer, die sie sich erkämpfen.
Real life economics werden aus der Not geboren, die Verwertung der eigenen Arbeitskraft an den Rändern der Politischen Ökonomie selbst organisieren zu müssen. Dabei funktioniert die auf Lohnarbeit gegründete kapitalistische Produktionsweise immer nur in Koexistenz mit nicht-kapitalistischen – vornehmlich denen der traditionellen SubsistenzproduzentInnen und der in die Reproduktion eingeschlossenen Frauen. Zugleich finden sich Informalität und Prekarität in sehr unterschiedlichen sozialen Lagen, die von Angehörigen der gehobenen Mittelklasse europäischer Metropolen bis in die townships, favelas und gecekondus der Peripherie reichen. Deshalb finden sich die Spaltungen und Ausgrenzungen der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse auch in den Netzwerken der Informalität. Im Rahmen fortschreitender Globalisierung ergeben sich entlang dieser Ein- und Ausschlüsse – grob differenziert – drei „Entwicklungs"-Modelle.

Neuer Ausgrenzungsimperialismus

Das erste Modell kann als „Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus" (R. Kurz) der Globalisierungsgewinner bezeichnet werden. Die gegenwärtig als außerordentliches Krisenphänomen erscheinende Marginalisierungdroht zur gewöhnlichen Lebens- und Reproduktionsweise ganzer Bevölkerungen zu werden. Dies würde zuerst eine Perfektionierung jener Grenzregimes erfordern, die die Zonen des Reichtums kontrolliert von den Zonen der Marginalität trennen. Genau darin besteht das im Kosovo praktisch gewordene, 1999 auch explizit erklärte Ziel der neuen NATO-Strategie. Auf längere Sicht verlangt dieses „Entwicklungs"-Modell den Bruch mit der universalistischen, auf das „größtmögliche Glück der Meisten" verpflichteten Leitideologie der westlichen Liberaldemokratien. Mit neoliberaler Entsolidarisierung und militärhumanistischem Menschenrechtsdiskurs ist dieser Schritt in einer Mischung aus

„Ökonomie des Bürgerkriegs"

klungsländer entstanden war. Er arbeitet mit verschuldeten Mitgliedern Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung aus, was meist ein Zwang zur Integration in das System des internationalen Kapitalismus nach sich zieht. Der IWF beeinflusst gezielt die Wirtschaftsentwicklung in bestimmten Ländern, so z.B. die Einrichtung freier Marktwirtschaften in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, hierfür wurden extra eine Reihe neuer Fonds aufgelegt. Vorgeworfen wird dem IWF (und auch der Weltbank) heute, dass sie durch ihre Politik die Entwicklungsländer für ausländische Investoren und deren spekulative Interessen öffnen und



Perfidie und schlechtem Gewissen bereits eingeleitet. In Ländern wie Algerien oder Angola, im Kongo wie in Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia, aber auch in Tschetschenien und Jugoslawien deutet sich ein zweites Modell an. Hier sind die real life economics der Marginalisierung zu einer „Ökonomie des Bürgerkriegs" (J. Rufin) barbarisiert. Im Kampf um die Restressourcen ihrer heruntergewirtschafteten Länder haben sich die Führungseliten des Entwicklungsstaats clan- oder bandenförmig gespalten. Amtierende Regime und in der Regel von unterlegenen Konkurrenten geführte „Rebellenbewegungen" nehmen die eigene Bevölkerung zur Geisel. Dabei geht das Gewaltmonopol vom „Staat in Auflösung" auf die warlords über, die in ihrem Herrschaftsbereich teilweise offen sklavenhalterische Produktionsregime errichten.

Da in vielen afrikanischen Ländern mehr als die Hälfte aller Jugendlichen erwerbslos sind, ist der Dienst in der Armee oder in den Banden der warlords für große Teile der männlichen Bevölkerung zur einzigen Verdienstquelle geworden – und zwar gleichgültig, ob der Erwerb aus Soldzahlungen oder aus unmittelbarem Raub einschließlich der räuberischen Aneignung von Frauen stammt. Zwischen den Fronten kommt privaten Söldnerarmeen eine immer wichtigere Rolle zu. In bestimmten Gebieten etablieren ausländische NGOs „humanitäre Korridore" oder „save heavens", in denen ein stets gefährdeter Status Quo einen Restbestand an ziviler Reproduktion ermöglicht: hier geht die Bürgerkriegsökonomie in eine Ökonomie der humanitären Hilfe über. Der Krieg ist in bürgerkriegsökonomischen Gesellschaften nicht mehr die gewaltsame Unterbrechung der friedlichen Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens, sondern eine eigengesetzlich regulierte Produktionsweise barbarischen Typs.

Die Realität der real life economics lässt sich in den beiden bislang skizzierten „Entwicklungs"-Modellen darstellen. Die Übergänge zwischen beiden Modellen sind fließend; Mischformen finden sich z.B. in den von sozialer Gewalt durchherrschten großstädtischen „no-go-areas". Selbstverständlich müssen auch die Zonen der Bürgerkriegsökonomie sicherheitsimperialistisch eingegrenzt werden – auch hier mit den unvermeidlichen ideologischen Konsequenzen für die BewohnerInnen der „entwickelten" Zitadellen, die das Gerede vom „Chaos" oder den „ethnischen Konflikten" für bare Münze nehmen

Emanzipation durch Bewegung?

Das dritte „Entwicklungs"-Modell der real life economics entsteht dort, wo ihre Spaltungen und Ausgrenzungen zum Anlass einer Politisierung in emanzipativer Tendenz werden. Solche Politisierung ist die Voraussetzung dafür, dass aus den real life economics Keimformen neuer sozialer Bewegungen werden können. Bewegungen, die im Unterschied zu den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Industrieproletariate ihren „Sitz" in allen Sphären der Lebenswelt haben und deshalb zum Medium werden können, in dem sich die Überlebensstrategien von Individuen und sozialen Gruppen zu Strategien der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auswachsen. Dass es gerade die Spaltungs- und Ausgrenzungslinien, mithin die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Proletarität selbst sind, an denen sich Politisierung entzündet, belegt noch einmal, dass die Marginalisierten nicht das endlich wiedergefundene „revolutionäre Subjekt" sind. Die Proletarität ist selbst ein umkämpftes Terrain und insofern Entstehungsherd vielfältiger und mehrdeutiger Antagonismen. Nehmen diese eine emanzipative Tendenz ein, so ist diese stets das Resultat von Widerstreit und fortdauernder Auseinandersetzung.

Spielräume einer solchen Entwicklung finden sich oft dort, wo sich die „informellen Sektoren" der Marginalisierung mit dem „Dritten Sektor" der sozialen Arbeit im weitesten Sinn des Begriffs überlappen. Der Zerfall der Sozialstaatlichkeit und der formalen Ökonomie haben den Institutionen des Dritten Sektors – darunter fallen z.B. Menschenrechts- und Entwicklungs-NGOs, Non-Profit-Unternehmen, kommunale, politische, religiöse oder karitative Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, aber auch grassroots-Selbstorganisationen – in nicht wenigen Gebieten der Welt quasi-staatliche Funktionen zugewiesen.

Der Dritte Sektor spielt sowohl in neoliberaler wie in antikapitalistischer Perspektive eine zentrale strategische Rolle. Umkämpft ist dabei, ob und inwieweit NGOs die Rolle von „erweiterten Staatsapparaten" (Gramsci) des neoliberalen Regimes oder von Knotenpunkten organisierter gesellschaftlicher Gegenmacht spielen. Gegenwärtig ist beides der Fall, und das nicht selten im Praxisfeld ein und derselben NGO. Welche Option sich durchsetzt, ergibt sich zum einen aus den Machtverhält-

Basics der Globalisierung

Ihnen versagen, ihre einheimische Wirtschaft durch Zölle oder Auflagen zu schützen. Was die Struktur des IWF betrifft, so berechnen sich die Stimmanteile in der Organisation nach den Finanzeinlagen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Bei derzeit 179 Mitgliedsstaaten haben allein die EU ca. 25% der Stimmstärke inne, während die USA über etwa 20% verfügt. Ein Mitglied mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann Devisenkredite aus dem aus Zahlungen der Mitgliedsländer zusammengelegten Fonds beantragen, es zahlt dafür ei-

nissen in und zwischen den NGOs und zum anderen aus ihrem Verhältnis zu Staatlichkeit und Kapital sowie zu ihren „Klienten“, zu sozialen Bewegungen und grassroots-Selbstorganisationen. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt dabei, dass die Arbeiterlnnen und Angestellten des Dritten Sektors oft selbst prekär beschäftigt sind und von daher einerseits auf staatliches oder privatwirtschaftliches funding, andererseits auf solidarische Partizipation an sozialen Kämpfen angewiesen sind. Hinzu kommt, dass die Angehörigen vieler Süd-, aber auch nicht weniger Nord-NGOs zuvor Aktivistlnnen sozialer Bewegungen oder linker Organisationen waren.

Social movement unionism

Erste politische Artikulationen dieses dritten „Entwicklungs“-Modells, das auf die fragile Verbindung zwischen real life economics, der „gesellschaftlichen Linken“ des Dritten Sektors und sozialen Massenprotesten gestützt ist, finden sich in den Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, den Bewegung der Landlosen in Brasilien, den grassroots-Organisationen südafrikanischer townships oder den nicht zufällig von Feministlnnen bestimmten NGO-Zusammenschlüssen beispielsweise des postsandinistischen Nicaragua. Im fragilen Bündnis mit einzelnen Gewerkschaften praktizieren diese Bewegungen jenen neuartigen Typ eines lokal organisierten und zugleich global vernetzten sozialen Widerstands, der als social movement unionism bezeichnet wird: „In der heutigen sozialen Welt verabschieden sich politische Parteien von umfassenden sozialen Programmen, während Gewerkschaften in die Rolle von politischen Akteuren geraten. Vielerorts gibt es andere, zwischen solchen Kategorien angesiedelte oder sie überlappende Organisationen der Arbeiterklasse – die Arbeiterzentren in den USA, Erwerbslosenorganisationen in Europa, Volksbewegungen in lateinamerikanischen Städten, die „Civics“ in Südafrika und soziale Bewegungen von Frauen und anderen unterdrückten Gruppen fast überall.“ Drittes gemeinsames Merkmal ist, dass ihr Konzept des social movement unionism die simple Aufteilung der Lebenswelt in „Ökonomie“ und „Politik“ ablehnt.

„Die Veränderung der Welt hat kein Subjekt.“

Das beeindruckendste Beispiel einer aus der Marginalisierung erwachsenen Rebellion neuen Typs stellt zweifellos der Marcha por la Dignidad Indígena dar, der im Frühjahr 2001 zum bisherigen Höhepunkt des Kampfes des Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) und der mit ihm symphatisierenden Massenbewegung wurde. Im Bruch mit einer „revolutionären“, auf die „Eroberung“ der Staatsmacht gerichteten Strategie einerseits und einer auf die parlamentarisch-repräsentative Teilhabe an der Staatsmacht gerichteten „reformistischen“ Strategie andererseits folgt die acción zapatista einer „Strategie der permanenten Rebellion“. Diese soll die real life economics lokaler gesellschaftlicher Autonomien mit den Organisationen der Industrieproletariate und den Einrichtungen der „Zivilgesellschaft“ und des Dritten Sektors verbinden, und zwar in landesweiten und internationalen Mobilisierungen. Diese zielen auch dann nicht auf die Beteiligung an der Staatsmacht, wenn sie auf den Staat einwirken und Gesetze, Abkommen, administrative Maßnahmen oder institutionelle Veränderungen bewirken. Im Idealfall zeichnet sich dabei eine Subversion der globalen kapitalistischen Herrschaft ab, die diese „von unten“ in Frage stellen könnte: nämlich gleichzeitig von jedem Ort der Welt aus.

Gerade angesichts der Erfolge der acción zapatista zeigt sich freilich, dass hier erst ein Anfang gemacht worden ist. Wie die erreichten subjektiven und lokalen Autonomien für sich offen gehalten und untereinander frei assoziiert werden und wie sie dadurch zur Demokratisierung und zur Überwindung der sie umschliessenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse führen können, wird noch auszukämpfen sein. Dabei gilt Louis Althussers Satz: „Die Veränderung der Welt hat kein Subjekt.“

von der medico-Projektgruppe real life economics

Anmerkungen:

1 Karl Heinz Roth, Die Wiederkehr der Proletarität. Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektiven der Linken. Nachdruck der 1994 erschienenen Dokumentation, hier: S. 33.

2Der „Dritte Sektor“ der sozialen Arbeit wird vom „Ersten Sektor“ der Privatwirtschaft und dem „Zweiten Sektor“ der staatsbürokratischen öffentlichen Dienste unterschieden.

3Kim Moody, Das neue Proletariat. Gewerkschaften im globalisierten Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/99, S. 43.

Die Projektgruppe real life economics ist eine interne Arbeitsgruppe der Hilfsorganisation medico international. Der Beitrag ist in Teilen bereits publiziert und zwischenzeitlich mehrfach überarbeitet worden.

nen unter dem Marktwert liegenden Zinssatz. Das Mitglied, dessen Währung eingesetzt wird, erhält nahezu die gesamten Zinszahlungen, nur ein kleiner Rest verbleibt beim Fonds.

Weltbank (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

Die Weltbank ist ebenfalls eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, gleichzeitig mit dem IWF gegründet.

Globalisierung von unten!

Ein Interview mit Maria Mies

Maria Mies, emeritierte Professorin der Soziologie, ist Expertin für weltweite Wirtschaftszusammenhänge. Sie ist seit 1997 in der Antiglobalisierungbewegung aktiv und arbeitet seit den sechziger Jahren zu feministischen, ökologischen und zu Dritte-Welt-Themen.

ZAG: Frau Mies, das Wort Globalisierung ist ein Begriff, der mittlerweile eine inflationäre Anwendung in nahezu allen gesellschaftsrelevanten Bereichen findet. Kaum jemand aber hat eine genaue Vorstellung davon, was Globalisierung eigentlich bedeutet.
Was steckt für Sie hinter diesem Begriff?
Maria Mies: Ich zitiere da immer Percy N. Barnevik, den ehemaligen Präsidenten des multinationalen Konzerns ABB (Asea Brown Bovery Group), der (sinngemäß) gesagt hat: „Ich definiere Globalisierung als die Freiheit für meine Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, zu kaufen und zu verkaufen, was sie will – und dabei nur die geringstmöglichen Einschränkungen zu akzeptieren, die aus Arbeitsgesetzen oder aus anderen gesellschaftlichen Übereinkünften stammen." Das ist für mich die kürzeste, genaueste und korrekteste Definition dieser neoliberalen, konzerngesteuerten Globalisierung.

Was bedeutet das Ihrer Meinung nach für Arbeiter?
Maria Mies: Das bedeutet für Arbeiter weltweit, dass Arbeitsrechte sukzessive dereguliert und liberalisiert werden. Dies geschieht beispielsweise durch Aufweichung von bestehenden Gesetzen, wie es beim Kündigungsschutz für schwangere Frauen im Juni 2000 durch die ILO geschehen ist. Oder aber, indem ein Billiglohnsektor geschaffen wird, um die Konkurrenz der Billiglohnländer zu kontern. Gewerkschaftlich garantierte Rechte kann man damit natürlich ebenfalls aushebeln.

Globalisierung wurde im letzten Jahrzehnt von der internationalen Politik als alternativloses Allheilmittel gegen die „Miseren" in der Welt gepriesen.
Hat sich Ihrer Ansicht nach dieses Bild seit Seattle gewandelt?
Maria Mies: Nach Seattle hat sich in dieser Hinsicht schon etwas geändert. Dort protestierten Leute, die zeigten, dass sie nicht mehr an dieses von Margaret Thatcher geprägte TINA -Syndrom glauben. Das wird umso deutlicher, je mehr Menschen an dieser weltweiten Protestbewegung teilnehmen.
Insbesondere in Porto Alegre, wo jedes Jahr im Januar ein weltweites Sozialforum stattfindet. Dort wird darüber nachgedacht, wie eine andere Welt möglich ist, d.h. also, es wird nicht mehr einfach geglaubt, dass es keine Alternative gibt. Und das ist ein großes Hoffnungszeichen.

Basics der Globalisierung

Das in der Satzung niedergelegte Hauptziel der Bank ist die Hilfe bei Wiederaufbau und Entwicklung der 151 Mitgliedsstaaten durch Bereitstellung von Investivkapital zu im Vergleich zum privaten Bankgewerbe deutlich günstigeren Konditionen. Private Auslandsinvestitionen sollen durch Garantien oder Beteiligungen an Krediten gefördert werden. Die BRD ist seit 1951 Mitglied.
Die Bank gewährt nur Mitgliedsländern Kredite, und zwar zur Finanzierung besonderer Projekte. In den Anfangsjahren ihres Bestehens gewährte die Weltbank Kredite hauptsächlich an die kriegszerstörten europäischen Länder. Diese nutzten sie zum Wiederaufbau der Industrien, die durch den Zweiten Weltkrieg beschädigt oder zerstört waren.
Seit Ende der Sechziger Jahre jedoch sind die meisten Kredite an wirtschaftliche Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika vergeben worden. Der Schwerpunkt lag dabei offiziell auf Projekten, die den unmittelbar ärmsten Menschen helfen sollten, ihre eigene Produktivität zu erhöhen und dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen (Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Gesundheitsdienste) durchzuführen sowie für direkte Hilfen bei Familienplanung und Nahrungsmittelhilfen. Allerdings ist die Kreditpolitik der Weltbank eng an

Sie entwerfen in Ihrem Buch „Globalisierung von unten" und auch in anderen Publikationen ein Gegenmodell zu dem Programm der neoliberalen Globalisierung. Wie sieht dieses aus?
Maria Mies: Nun, von „oben" ist weder von der Wirtschaft, noch von der Politik eine Veränderung zu erwarten – auch nicht von der Wissenschaft, das ist mir in den Jahren meines Engagements in der Protestbewegung klargeworden. Deshalb nenne ich das Buch auch „Globalisierung von unten", denn das ist der einzige Ansatz für eine wirkliche Veränderung.
Das von mir favorisierte Gegenmodell beinhaltet u.a. die Vorstellung, dass die Ökonomie lokalisiert werden muss. Damit ist eine Rückführung unserer Wirtschaft auf viel kleinere Einheiten gemeint, die dann wieder unter der Kontrolle lokaler Gemeinschaften sein können. Das muss nicht zwingend ein Nationalstaat sein. Vor allen Dingen geht es darum, dass die Menschen wieder die Kontrolle über die Grundbedingungen ihres unmittelbaren Lebens zurückgewinnen.

In Ihrem Buch sprechen Sie direkt von einer sog. Subsistenzwirtschaft als Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Wie würde diese aussehen?
Maria Mies: Dieses Modell kommt der von Colin Hines favorisierten lokalen Ökonomie sehr nahe. Bei einem Besuch von Bauern in Bangladesch z.B., die in einer Subsistenzwirtschaft leben, wurde mir vorgeführt, dass eine solche lokale Ökonomie sehr viel erfolgreicher als die moderne Landwirtschaft ist. Sie produzieren das meiste, was sie brauchen selbst und tauschen es untereinander aus. Was sie nicht brauchen, das verkaufen sie und sind damit unabhängig von multinationalen Konzernen.

Sie konzentrieren sich dabei hauptsächlich auf Lösungen in Drittweltländern. Wie soll Ihrer Meinung nach Subsistenzwirtschaft in Industrieländern aussehen?
Maria Mies: Zuerst einmal muss da gefragt werden, was und wieviel wir für ein „gutes Leben" brauchen. Dieses gute Leben muss für alle gelten und darf nicht mehr auf Ausbeutung der dritten Welt, der Natur oder der Frauen basieren. Es darf auch nicht mehr auf der Ausbeutung der Zukunft, also der nächsten Generation basieren. Ein erster Schritt wäre, dass Produzenten und Konsumenten zusammengebracht werden, wie es in Verbraucher-Erzeuger-Kooperativen schon geschehen ist. Das heißt einerseits: Kontrolle durch den kritischen Verbraucher, der sich fragt, wo sein Essen herkommt, und andererseits: gerechte Preise für die Erzeuger. Gerade diese Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten ist ja durch die Globalisierung weltweit auseinandergerissen.

Was für eine Rolle spielen für sie dabei Forschung und technische Entwicklung?
Maria Mies: Wenn andere Prinzipien einer Wirtschaft akzeptiert sind, brauchen wir auch eine andere Technik und Wissenschaft. Es müsste sozusagen eine ganz neue Technologie erfunden werden. Nicht dass Computer überflüssig werden, oder Autos. Die Frage wäre, wieviel wir davon brauchen. Denn die sozialen Verhältnisse stecken in der Technologie und diese sind momentan Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, die alle auf unendliches Wachstum zielen. Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie folgen dem Wachstumsmodell.

Die Anti – Globalisierungsbewegung scheint sich auf nationalstaatliche Strukturen und Staat als Regulationsinstrument rückzubesinnen. Hier gibt es durchaus Berührungspunkte mit der extremen Rechten.
Maria Mies: Das wird der Bewegung oft vorgeworfen: Wenn du nicht für Globalisierung bist, dann bist du für den Nationalstaat. In diesem Argument steckt der Fehlschluss, dass die Globalisierung per se schon einen Internationalismus darstellt und den Nationalstaat überwinden könnte. Doch das passiert nicht. Im Gegenteil - der Nationalstaat wird ja gleichzeitig aufrecht erhalten, mit seiner Polizei, seinem Militär, seiner Repressionsgewalt und seiner Steuerhoheit. Das globalisierte Kapital braucht für seine Finanztransaktionen den Nationalstaat. Dieser wird nicht ad acta gelegt.

politische und wirtschaftliche Interessen der USA und anderer Industrieländer geknüpft; so ist Kredithilfe oft nur dann zu erhalten, wenn die berüchtigten Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP´s) als marktwirtschaftlich konforme Politikreformen durchgeführt werden. Diese politisch-ökonomischen Maßnahmen haben in vielen Fällen zu einer weiteren Verarmung der notleidenden Bevölkerung der Dritten Welt geführt. Eine Forderung an die Weltbank ist daher ein genereller oder teilweiser Schuldenerlass. Seit Beginn der neunziger Jahre ist die Weltbank entscheidend an der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung Osteuropas beteiligt.

Die Finanzmittel der Weltbank entstehen vorwiegend durch den Verkauf von Anteilsscheinen. Die Mindestzahl von Anteilen, die ein Land kaufen muss, richtet sich nach der relativen Stärke seiner Volkswirtschaft. Wie beim IWF werden auch hier die Stimmanteile nach den Finanzeinlagen der Mitgliedländer berechnet. Seit 1947 wurde immer Gewinn erwirtschaftet. Die Weltbank hat zwei Tochtergesellschaften: die 1956 gegründete Internationale Finanzierungsgesellschaft und die seit 1960 bestehende internationale Entwicklungsorganisation. Erstere fördert private Unternehmen in Ihren Mitgliedsstaaten, insbesondere in den Entwicklungsländern und gewährt

Was den Staat als Regulationsinstrument betrifft, so bin ich nicht der Meinung wie beispielsweise Oskar Lafontaine, dass ein Zurück zum Keynesianismus möglich wäre. Man muss erst mal fragen, warum der Keynesianismus gescheitert ist.

Oder ob selbst der Sozialstaat je eine andere Funktion gehabt hat, als dem Kapitalismus entsprechende Strukturen zu bieten?
Maria Mies: Und ob er nicht sogar dem Kapital Zutritt zu Bereichen ermöglichte, die es vorher nicht hatte. Schließlich haben Sozialdemokraten am Ausverkauf der Städte, an der Privatisierung dessen, was eigentlich der Sozialstaat zu tragen hätte, mitgewirkt.

Haben sie denn selbst in ihrem Modell einen Staatsbegriff?
Maria Mies: Ich fange nicht mit dem Staat an. Ich fange auch nicht mit der Politik an. Zuerst brauchen wir eine andere Ökonomie. Diese Ökonomie muss unter der Kontrolle der Menschen sein, die konkret an ihr teilhaben. Eine globale Kontrolle über eine globale Ökonomie kann es nicht geben, zumal, wenn sie demokratisch sein soll. Die Ökonomien, die ich mir vorstelle, könnten die Größe eines Nationalstaates haben, könnten aber auch kleiner sein oder auch ein Block sein, wie die EU. Wichtig ist aber, dass diese eine andere Form von Demokratie entwickeln, in der eine größere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Die parlamentarische Demokratie, wie wir sie jetzt haben, reicht nicht aus.
Wir müssen einmal verstanden haben, dass wir große multinationale Konzerne nicht brauchen, weil wir uns im Sinne eines „guten Lebens", der sozialen Gerechtigkeit für alle und der Erhaltung der Natur selbst versorgen können.

Wie würden sich denn ihrer Meinung nach die in der gegenwärtigen Gesellschaft immer weiter etablierenden Rechtstendenzen in einer „lokalisierten" Gesellschaft auflösen? Geschieht nicht auch bei diesem Modell eine Trennung zwischen drinnen und draußen, zwischen zugehörig und fremd?



Maria Mies: Eigentlich nicht. Die Unterscheidung zwischen Fremden und uns macht keinen Sinn.
Ich habe dazu in meinem Buch dieses Beispiel von den „Internationalen Gärten in Göttingen" geschildert. Dort fangen verschiedene Menschen aus verschiedenen Ländern an, ihre eigene Subsistenzwirtschaft kommunal aufzubauen. Sie bringen das mit, was sie aus ihren Ländern kennen, backen Brot oder pflanzen an, wie sie es gewohnt sind. Gerade das ist eine ungeheuere Bereicherung und schafft tatsächlich eine neue internationale Gemeinschaft.

Und dort gibt es für Sie auch wieder den Begriff „Heimat"?
Maria Mies: Ja, allerdings. Und der ist absolut notwendig.

Warum?
Erstmal ist dieser Begriff der Heimat total entwertet worden. Besonders auch von der Linken, die mit diesem Begriff sofort Faschismus assoziiert.
Es ist aber doch so, dass Menschen nirgendwo mehr verwurzelt sind. In der globalisierten Wirtschaft ist dies auch fast unmöglich geworden, besonders für junge Leute. Sie müssen dahin gehen, wo es Jobs gibt und können kaum noch eine feste Beziehung aufbauen. Sie sind somit isolierte einzelne.
Meiner Meinung nach ist diese Heimatlosigkeit die Ursa-

Basics der Globalisierung

Kredite, wo strenge Garantiebedingungen der Weltbank nicht erfüllt werden können. Die Internationale Entwicklungsorganisation gewährt hingegen zinsverbilligte Darlehen an jene Länder, die keine Kredite zu marktüblichen Zinssätzen gewährt werden. Alle drei Institutionen sind rechtlich und finanziell getrennt, aber die Weltbank und die Internationale Entwicklungsorganisation teilen sich dieselben Mitarbeiter.

Und was die WTO, GATS und GATT angeht....

Gleichzeitig mit IWF und Weltbank wurde das GATT (General Agreement on Tarifs and Trade), das allgemeine Zoll- und Freihandelsabkommen vereinbart. GATT legte Regeln für den internationalen Handel fest und war ein Forum, bei dem internationale Zölle zwecks laufender Senkungen diskutiert werden konnten. Bis zur Uruguay-Runde beschränkte sich das Abkommen fast ausschließlich auf den internationalen Handel mit Waren und Gütern. Es gab acht GATT-Verhandlungsrunden. Die letzte und wichtigste war die Uruguay-Runde (1986-1994), im Rahmen derer zusätzlich beschlossen wurde, die Welthandelsorganisation (WTO) ins Leben zu rufen. Die WTO ist ein völkerrechtlich anerkanntes internationales Or-

che für den Rechtsextremismus. Die Leute sind alle unsicher, es gibt keine Sicherheiten mehr. Auch der Staat gibt jetzt keine Sicherheiten mehr. Und wenn sich dann Männer in rechten Männerbünden zusammenschließen, bilden diese eine Art Ersatzfamilie. Das sagen sie ja auch oft so. Sonst haben sie nirgendwo mehr ein Stück Heimat. Das ist nicht nur eine Sache von Sicherheit, sondern auch von emotionaler Verbundenheit mit einem Ort oder einer Community. Und unter Umständen auch mit Traditionen – auch solche, die man selber macht. Ein neues Heimatgefühl muß praktisch neu geschaffen werden bei uns.

Aber in der Zeit des sog. Wirtschaftswunders, als die Menschen hier in Deutschland sich sicher fühlten und eine „Heimat" hatten, war der Rassismus ungebrochen.

Maria Mies: Ja, nur ist die Frage, ob diese Tatsache ursächlich mit dem Heimatgefühl in Verbindung steht oder ob dies eigentlich noch Reste des Faschismus waren.

Meiner Meinung nach hängt das nicht ursächlich zusammen. Ich würde eher sagen: Nur ein Mensch der eine Heimat hat, kann wirklich kosmopolitisch sein und sich für Fremde öffnen. Dass jeder Fremde von vornherein als Feind definiert wird, wie das heute oft der Fall ist, ist absurd.

Wenn Sie den europäischen Raum verlassen, werden Sie merken, dass die Gastfreundschaft in fast allen arabischen Ländern, oder im Hinduismus, weit verbreitet ist. Die Fremden sind nicht die Feinde. Dem muss etwas vorausgegangen sein, nämlich Aggressionen, Kriege, Eroberungen. Feinde werden gemacht. Das ist Teil der patriarchalen Geschichte. Und unsere Deutsche Geschichte ist voll davon. Das heißt also, es liegt nicht am Begriff der Heimat, dass jemand rassistisch ist.

Nun, da lässt sich der Schulterschluss mit Rechten wohl kaum vermeiden. Denn der Heimatbegriff wird ja gerade dort sehr stark favorisiert.

Maria Mies: Ja klar, aber wissen Sie, ich denke, das ist im Grunde genommen die Schuld der Linken. Weil diese den Begriff der Heimat, der eine ganz tiefe emotionale Wirkung hat oder zumindest im Menschen sehr tief emotional verwurzelt ist, einfach den Rechten überlassen hat. Jeder der noch ein Gefühl für seine Heimat hat, ist der Linken zufolge ein Rechter. Das ist natürlich ein riesiges Potential für so Leute wie Le Pen oder Haider.

Aber in der Analyse der Linken werden mit dem Begriff der Heimat immer Dinge fest geschrieben, die es so nicht gibt. Die Identifikation mit diesen Festschreibungen, schafft dann zwangsläufig etwas Eigenes und etwas Fremdes. Dass dieses dem Eigenen feindlich gegenübersteht, entspringt notwendigerweise dieser Logik.

Maria Mies: Nun, die Bestimmung des Fremden als Feind hängt mit der ganzen modernen und postmodernen Philosophie in Europa zusammen. Was Sartre mal gesagt hat: „L' autre c'est l' enfer." Das ist so in den Köpfen heutzutage. Jeder andere bedroht das Ich. Das ist bei Hegel schon zu finden. Aber das stimmt nicht. Der andere ist nicht die Hölle. Der andere kann eine unheimliche Bereicherung sein, genauso wie die Vielfalt der Natur eigentlich die Grundlage des Lebens ist und nicht der Kampf eines jeden gegen jeden. Das ist Darwinismus pur.

Das Interview führten Jana Seppelt und Albert Zecheru

Veröffentlichungen (u.a.):
„Patriarchat und Kapital" (1988)
„Ökofeminismus" (1995 - zusammen mit Vandana Shiva)
„Eine Kuh für Hillary: Die Subsistenzperspektive" (1997 - zusammen mit V. Bennholdt-Thomson)
„Lizenz zum Plündern" (zusammen mit Claudia von Werlhof)
„Globalisierung von unten" (2001)

---

gan, das die Einhaltung der neuesten Regeln des internationalen Wettbewerbs (das Welthandelsabkommen, WTA) kontrolliert. Die WTO hat derzeit 134 Mitglieder. Die Verhandlungen über die Mitgliedschaft Chinas sind weit fortgeschritten, die Aufnahme wird erwartet.

Neben der Gründung der WTO zählte aber die Ausweitung der Geltungsbereiche des GATT-Abkommens zu den wichtigsten Ergebnissen der Uruguay-Runde – das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services). Seither fallen auch Landwirtschaft, Dienstleistungen und intellektuelle Urheberrechte unter das Welthandelsabkommen. In zahlreichen Unterabkommen werden unter anderem indirekte Handelsbarrieren, wie technische Handelsbarrieren, sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen miteinbezogen. Damit wurde der Weg geebnet, in weiteren Ministerkonferenzen auch Umweltgesetze und Gesundheitsstandards nicht mehr ausschließlich im nationalen bzw. EU, sondern im globalen Kontext zu regeln – zumindest in jenen Bereichen, in denen neue Marktzutritte verhandelt werden.

Diese Gespräche wurden wie geplant im Februar 2000 auf den Weg gebracht. Der Weg sieht vor, eine Abschlussvereinbarung bis Dezember 2002 zu erreichen.

Megaprojekte und Neokolonialisierung

In Kolumbien ist ein neuer interozeanischer Kanal geplant

Nordwestkolumbien ist geradezu prädestiniert für eine wirtschaftliche Erschließung und ein Kanalbauprojekt zwischen Atlantik und Pazifik. Angesichts eines zunehmenden Warenflusses und Handelsverkehrs in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung sind solche Megaprojekte von hoher Bedeutung. Für die Durchsetzung ökonomischer Interessen wird nicht davor zurück geschreckt, – wie bereits die spanischen Eroberer vor 500 Jahren – die Bevölkerung zu vertreiben und die dem im Wege stehenden sozialen Bewegungen mit grausamer Gewalt zu beseitigen.

Es ist Weihnachten 2000 in Juradó, in einer Gemeinschaft der indigenen Emberras an der Pazifikküste Kolumbiens. Wie wohl Millionen von anderen Menschen auf der Welt ist Armando Achito mit seiner Familie und Freunden zu Hause. Paramilitärs platzen um 6:30 h morgens in seine Wohnung und erschießen ihn mit 4 Schüssen. Auf dem Rückweg machen sich die Paramilitärs durch weitere Schüsse hörbar und nehmen die zur Kommunikation notwendige Funkanlage mit. Armando war ein indigener Anführer und organisierte seit Jahren den Widerstand für die Anerkennung des Rechtes auf Leben und Selbstbestimmung seiner Gemeinschaft in dieser Gegend, die jedoch genau dort liegt, wo die Mündung des interozeanischen Kanals geplant ist. Die Botschaft ist klar: wer hier Widerstand organisiert, wird mit der gleichen Bestrafung bedroht, also haut ab, bevor die nächsten dran sind. Manchmal wird auch ein ganzes Dorf pauschal bedroht. Einige Tage davor mussten nicht weit von dort, im Norden des Caucas, 6000 Menschen fliehen, die meisten aus Schwarzen Gemeinschaften. In Kolumbien wird die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlingen auf fast 2 Millionen Menschen geschätzt, etwa die Hälfte aus Schwarzen Gemeinschaften. Im letzten Jahr gab es 30.000 Mordopfer wie Armando Achito.

Panamakanal zu klein

Der uruguayanische Schriftsteller Eduardo Galeano wird öfters zitiert: „Das Problem Lateinamerikas ist nicht Armut sondern Reichtum". Die geopolitisch und strategisch wichtige Lage Kolumbiens ist unbestritten, es ist eine Handelsdrehscheibe des Weltmarktes. Das Land hat Zugang zu beiden Ozeanen und ist die natürliche Brücke zwischen Nord- und Südamerika. Die Bedeutung dieser Region hatten schon die spanischen Eroberer erkannt, als sie auf Möglichkeiten zur Verbindung von Atlantik und Pazifik hinwiesen. Um die Kontrolle über diese Gegend zu erhalten, forcierten die USA bereits 1903 die Abtrennung Panamas von Kolumbien. Der Panamakanal war immer nur eine von mehreren möglichen Varianten für die Verbindung der Weltmeere. Andere Varianten in Mexiko, Nicaragua und Kolumbien sind seit Jahrzehnten im Gespräch. Erst nach der Eröffnung des Panamakanals 1914 verzichteten die Nachbarstaaten auf eigene Projekte. Dass der mit mehreren Schleusen arbeitende

Basics der Globalisierung

Das Mandat von GATS ist die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen". Im Klartext bedeutet dies den Abbau der staatliche Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Ihr Ziel ist, es Regierungen unmöglich zu machen, öffentliche Dienste ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen auf einer gemeinnützigen Basis zu betreiben.

GATS wird es der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe gesetzlicher Zwänge einzuschränken. Jede Regierung, die den Regeln der WTO zuwider handelt, wird Sanktionen erfahren.

Jana Seppelt (ZAG)

Interessante Texte zum Thema:
http://www.gipfelsturm.net
http://www.global2000.at/index1.htm?/pages/twto_hintergruende.htm

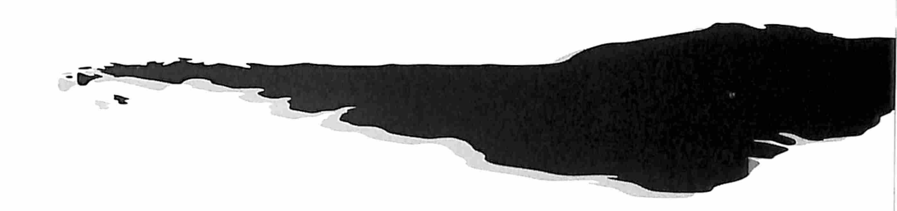
Panamakanal jedoch beschränkte Kapazitäten hat, wurde bereits vor 30 Jahren erkannt und ließ die anderen Varianten wieder aufleben. Nach den Vorstellungen der internationalen und nationalen InvestorInnen, in deren Auftrag Planungskommissionen in den verschiedenen Ländern tätig sind, sollte es nach der Übergabe der Kontrolle der panamesischen Kanalzone (am 1.1.2000) in die Hände der Regierung Panamas nicht mehr lange dauern, bis für den internationalen Warentransport auch andere Optionen zur Verfügung stehen.
Nun soll es so weit sein. Der technisch veraltete Panamakanal ist für die wachsenden Warenströme in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung zum Nadelöhr und Hindernis geworden. Schiffe mit mehr als 60.000 Tonnen Ladung können ihn gar nicht passieren, üblich sind aber heute bis zu 250.000 Tonnen transportierende Schiffe. Auch kleinere Frachter stauen sich an den Schleusen des Kanals und müssen tagelange Wartezeiten in Kauf nehmen. Für die „just in time"- Wirtschaftslogik ist der Panamakanal ein Alptraum.
Die geopolitischen Verhältnisse haben sich im Laufe der Jahre ebenfalls stark verändert. Die südostasiatischen Märkte und Wirtschaftsstandorte Japan, Taiwan, Südkorea etc. und insbesondere das bald in die WTO eintretende China haben stark an Bedeutung gewonnen. Zentralamerika bekommt als geographische Schnittstelle zwischen Nord- und Südamerika, aber auch zwischen Europa und Südostasien eine wichtigere Bedeutung, nicht nur als Transportknotenpunkt, sondern auch als Produktionsstandort. Diese neoliberale Entwicklung passt wunderbar in den Vorstellungen des Freihandelsabkommen der Amerikanischen Staaten (FTAA), das im April 2001 in Quebec, Kanada, auf dem „Summit of the Americas" von 34 Staatschefs verhandelt wird und entspricht den Erwartungen der Regierungen, die sich Investitionen in der Maquila-Industrie erhoffen.

Neue Wirtschaftszonen erschließen

Die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme drängen also auf den Bau eines Kanals und die Erschließung der Zone. Beim Bau eines leistungsstarken interozeanischen Kanals handelt es sich in der Regel um sogenannte „trockene Kanäle", also moderne Eisenbahntrassen und Autobahnen, die die Häfen der Pazifikküste mit Häfen an der Atlantikseite verbinden sollen.
Der im Untergrund lebende und mehrmals mit Tod bedrohte kolumbianische Ökonom Hectór Mondragón weist insbesondere auf vier „Land-Fluss-Häfen"-Verkehrswege hin und die dortigen Entwicklungen:
A – Der interozeanische „trockene" Kanal Atrato-Truando (benannt nach den anliegenden Flüssen) mit seinen Verbindungen zur Eisenbahnstrecke Medellín-Buenaventura und die Autobahnen des Pazifiks nach Medellín und Pereira
B – Die Autobahn Urabá-Maracaibo und die Verbindung Antioquia – Venezuela
C – Die Verbindung der Flüsse Orinoco, Meta mit der Stadt Buenaventura
D – Die Verbindung des Flusses Rio de la Plata-Amazonas-Napo-Putumayo-Tumaco, mit einem großen Hafen in Puerto Asís.

„Das Problem Lateinamerikas ist nicht Armut sondern Reichtum"

„In der Region der zwei ersten Zonen (A+B) haben die größten gewalttätigen Vertreibungen stattgefunden. Um die Kanaltrasse sowie um die geplante Autobahn Urabá-Maracaibo findet ein riesiger Prozess der Enteignung statt. Land wird massiv gekauft, begleitet durch eine starke Präsenz von Paramilitärs, die durch die Käufer finanziert werden. Zwischen 1985 und 1994 haben die Vertreibungen ca. 700.000 Menschen betroffen, während im Zeitraum von 1995 bis 1999 die Zahl der Vertriebenen bei über einer Million liegt. Sogar die kolumbianische Regierung gibt zu, dass zwischen 1996 und 1998 381.755 Menschen vertrieben wurden. Folglich liegt die Zahl der Vertriebenen zwischen 1985 und 1997 weit über 1.7 Mio. Menschen." Mondragón weist auch auf die zahlreichen Massaker hin und spricht von „sozialem Genozid". „Sie müssen anfangen, dieses Wort zu gebrauchen" sagte er bei einer Anhörung vor EU Parla-



ment-arierInnen im Dezember 2000.
Da Kolumbien nicht über das notwendige Kapital verfügt, um selbst Bauherr der Projekte zu werden, ist eine gemischte private und öffentliche Finanzierung vorgesehen. Es wird versucht, ausländische Konzerne und InvestorInnen für das Projekt zu gewinnen. Angesichts der Vielzahl interozeanischer Projekte in Zentralamerika sollen den InvestorInnen möglichst günstige Anlagebedingungen geboten werden. Ökologische Bedenken und Sozialstandards bleiben dabei als erstes auf der Strecke – kein Wunder, schließlich geht es hier um Milliardensummen. Die Ingenieursvereinigung Asociación de Ingenieros del Valle schätzt in einer Studie den jährlichen Gewinn eines Kanals auf 1,314 Milliarden US-Dollar, die Sociedad Geográfica de Colombia gar auf 1,878 Milliarden US Dollar (Periódico 1997). Hinzu kommen noch weitere große Projekte zur Ausbeutung von Rohstoffen und anderen Ressourcen. In der Region Chocó lagern Gold, Platin, Silber, Bauxit, Mangan, radioaktives Kobalt, Zinn, Chrom, Nickel, Kupfer, Edelhölzer, und es gibt große Fischbestände. Die Erdölreserven in Kolumbien sind gewaltig. Mit gutem Grund verkünden Geschäftsleute: „Wir wollen aus dieser Region ein gigantisches Unternehmen machen." (siehe Kolumbien-Monatsbericht 1997, S.4)

Angegriffen von den Paramilitärs

Die im Schussfeld der Paramilitärs stehende Bevölkerung des Gebietes zwischen den Ozeanen lebt vorwiegend von der Landwirtschaft. Die Region gilt im Land als eine der ärmsten und ist von jeglicher Entwicklung ausgeschlossenen. 70 Prozent der Bevölkerung hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt nur 55 Jahre. Am schlimmsten ist die Situation der Gemeinschaften im Departement Chocó, deren BewohnerInnen (90 Prozent Afro-KolumbianerInnen, 5 Prozent Indigena der Kuna, Embera, Wounan, Noanamá und Katía sowie 5 Prozent Weiße und MestizInnen) zu Hunderten an heilbaren Krankheiten sterben. Den schwersten Angriff auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung stellen jedoch die Aktivitäten der Paramilitärs dar. Diese arbeiten Hand in Hand mit der Regierung und der korrupten Oligarchie. Seit die kolumbianische Regierung unter Präsident Pastranas, forciert durch die USA, den so genannten „Plan Colombia“ beschloss spitzt sich die Lage enorm zu. Das mit etwa 7 Milliarden Dollar veranschlagte Konzept zur definitiven Befriedung des südamerikanischen Andenlandes soll nach offizieller Verlautbarung vor allem das Geschäft mit den Drogen bekämpfen, sowie durch „Sozialprogramme“ die „Demokratisierung“ fördern.



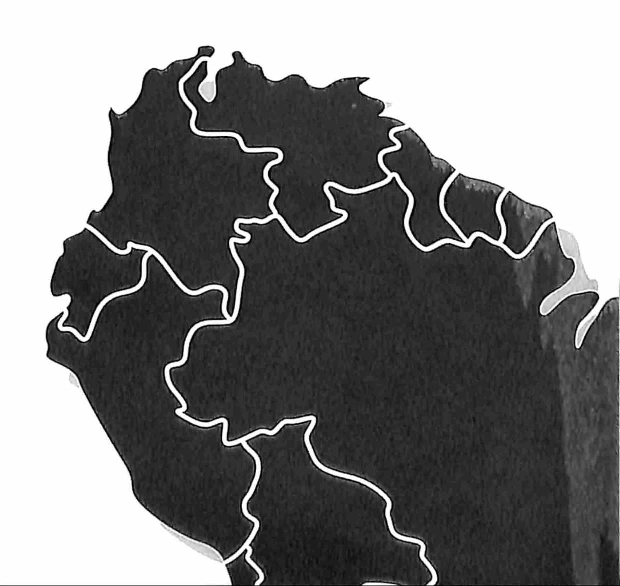
Die wirtschaftlichen Interesse dieser Gegend liegen jedoch auf der Hand. Die bäuerlichen, indigenen und insbesondere die schwarzen Gemeinschaften dieser Gegend leisten täglich Widerstand gegen diese Megaprojekte und die neoliberale Entwicklung. Ihr Widerstand ist hauptsächlich ein kultureller Widerstand für die Anerkennung ihrer Autonomie, Selbstbestimmung über das Land, auf dem sie leben und das Recht der Erhaltung einer Lebensform, die mit Kapitalismus wenig zu tun hat. Diese Forderungen wurden bereits Anfangs der 90er Jahre – nach einem breiten Prozess der sozialen Auseinandersetzung – in der Verfassung niedergeschrieben. Die Schwarzen Gemeinschaften haben zudem bereits mehrere Gebiete „titulisiert“, das heißt auf dieser Rechtsgrundlage als kollektives Eigentum und autonom erklärt. Doch die wirtschaftlichen Interessen sind zu groß, und es gilt die Region zwischen den Ozeanen zur Ruhe zu bringen, auch wenn diese eine Friedhofsruhe ist.

Kontakte knüpfen

Das Thema ist in den industrialisierten Ländern noch unbekannt. Die Indigenen und Schwarzen Gemeinschaften haben gerade erst angefangen, Kontakte in Europa und Nordamerika zu knüpfen und sich im Rahmen der jungen antikapitalistischen Proteste gegen die mächtigen Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank bekannt zu machen. Sie rufen Zusammenhänge aus Europa und Nordamerika dazu auf, sie im Widerstand zu unterstützen und selbst in ihren Ländern autonome Gebiete aufzubauen. Sie schlagen weiter vor, in den Gebieten der Schwarzen Gemeinschaften, in denen diese Megaprojekte vorgesehen sind, „Schutzzonen“ mit einer massiven internationalen Präsenz von UnterstützerInnen aufzubauen. Diese würden mit ihnen zusammen leben und dadurch zivilen Ungehorsam leisten – für ein selbstbestimmtes Leben und gegen eine der grausamsten Ausdrucksformen des Kapitalismus, die Neokolonialisierung, die Umweltzerstörung und Ermordung von Menschen im Namen wirtschaftlicher Interessen. VertreterInnen der Schwarzen Gemeinschaften besuchen zur Zeit Europa, informieren über ihre Situation und möchten langfristig die politische und logistische Grundlage für ein solches „acompañamiento“ (Begleitung) in die Wege zu leiten.

Anmerkung:
Der Text ist schon über ein Jahr alt, und es hat sich in Kolumbien seitdem einiges getan.
Kontakte wurden zum Teil schon geknüpft. So gab es nicht nur durch Europa eine Tour von Leuten des PCN, sondern auch von anderen sozialen Bewegungen durch Europa und Nordamerika. Rund um den 20. April fand dann anlässlich einer IWF / Weltbanktagung ein Protest in Washington D.C. statt, bei dem es vor allem um den Plan Colombia, aber auch um andere Aktionspläne zur Aufstandsbekämpfung (wie den Plan Puebla Panama) und die FTAA ging.
Ein weiterer Protest war das „Permanente internationale Camp für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte“, dass vom 14. bis 20.03.2002 in Ecuador an der Grenze zu Kolumbien stattfand – und bei dem es zu starker Repression auch gegen internationale TeilnehmerInnen kam. Mehr dazu unter: http://www.so36.net/ecuador/
weitere Links zu Kolumbien: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/; http://www.kolumbien-aktuell.ch

Dieser Text wurde u.a. im megafon und im TATblatt (Wien) abgedruckt und findet sich in ähnlicher Form im Internet unter: http://www.no-racism.net/global/colombia



Krieg in Kolumbien

Tod und Vertreibung der schwarzen Bevölkerung - ein Aufruf des PCN (Prozess Schwarze Gemeinschaften)

Kolumbien ist ein Land mit 37 Mio. EinwohnerInnen, von denen 30% (dh. 9 210 000) Schwarze sind, die von den importierten Sklaven abstammen. Durch den Prozeß von Kampf und Widerstand seit mehr als 3 Jahrhunderten haben sie ihre Befreiung erreicht und sind in die Berge, Täler und Küstengebiete geflohen, die von den Eroberern noch nicht erreicht wurden. Während des Prozesses der Anpassung und des Überleben in einer unbekannten Welt durch Hunderte von Jahren konnten die freien Schwarzen ihre eigene Welt und Kultur erschaffen.

Nach dieser Phase von Befreiung haben Ausschluß und Rassismus die Beziehungen der Kolumbianer zu der schwarzen Bevölkerung geprägt. Dieser Ausschluß drückt sich unter anderem aus durch die Ausbeutung der Ressourcen in unseren Gebieten durch große Konzerne, die Entfremdung von unserer Kultur, die unterdrückenden Bedingungen absoluter Armut und die Verweigerung aller sozialen, politischen und kulturellen Rechte.

Heute, in dem Krieg, in dem sich Kolumbien seit mehreren Jahrzehnten befindet, sind die Schwarzen zu einer stillen Vernichtung verdammt, die durch den Staat und ökonomische Interessengruppen betrieben wird – dieselben, die der Bevölkerung die individuellen und kollektiven Rechte verweigern. Diese Situation hat sich entwikkelt aus der Entwurzelung, Fesselung, Export und Verkauf wie Tiere in Amerika, über die sich die mächtigen nördlichen Länder ihre Herrschaft über die eroberten Gebiete gefestigt haben. Zu Beginn des neuen Jahrtausend sieht sich die schwarze Bevölkerung mit einem Ethnozid konfrontiert, der von den verschiedenen Akteuren des Krieges vorangetrieben wird.

Die Gebiete, in denen gewaltsame Vertreibungen stattfinden, entsprechen den strategischen Zonen des Krieges. Eine Million Schwarze sind jetzt bereits von ihrem Land vertrieben worden, das von Außenstehenden besetzt wurde, die die Autoritäten der bewaffneten Gruppen und des Staates akzeptieren. Diese sind Protagonisten eines ökonomischen und politischen Modells basierend auf Ausschluß, das seit Jahrhunderten Zerstörung und Tod für die VertreterInnen einer jahrtausendenalten Kultur bedeutet.

Das historische Projekt der schwarzen Bevölkerung hat seine eigene kulturelle, territoriale, ökologisch und soziale Basis. Unser Kampf besteht in der Verteidigung jener Gebiete, in denen wir seit uralten Zeiten leben, erschaffen und wiedererschaffen durch die Geschichte in Kolumbien und Amerika. Die Schwarzen fordern von der Regierung kollektive Landbesitzrechte; wir kämpfen für die Stärkung unserer Identität und Autonomie mit den Forderungen der Möglichkeit zur freien Entscheidung für unsere eigenen Lebensform. Der kolumbianische kapitalistische Staat hat die schwarzen organisierten Gemeinschaften (für die die Verteidigung ihrer Gebiete als Grundlage für unsere Lebensform und unsere kulturelle Prinzipien wie die der Identität existentiell ist) in Opfer von Rassismus, Armut, Marginalisierung und militärische Ziele von bewaffneten Gruppen, die die Interessen der Politiker, Großgrundbesitzer, Drogenhändler und Geschäftsleute verteidigen, verwandelt. Diese suchen nach Zielen für ihre irrationale Ausbeutung von Bodenschätzen, der Zerstörung der Biodiversität, der Einführung von Tourismus, Häfen, Kanälen, agroindustriellen Projekten, industriellem Holzschlag, Energieinfrastruktur....

Nach der Sklaverei ist Vertreibung der größte kriminelle Angriff gegen die schwarze Bevölkerung Kolumbiens und Amerikas. Vertreibung ist ein Ergebnis von Einschüchterung und Massakern. Dies endet in Unsichtbarkeit, dem Verlust von Gebieten und natürlichen Ressourcen, von Familienzusammenhalt, von Selbstachtung und dem Recht, unser Leben in Frieden und Einklang mit unseren Traditionen, Sitten und kulturellen Bräuchen zu leben.

Die schwarze Bevölkerung fordert die verschiedenen Akteure des Krieges in Kolumbien auf, den bewaffneten Konflikt zu stoppen, unsere Autonomie und unsere fundamentale Rechte zu achten und nicht in unseren Gebieten zu kämpfen. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, uns zu unterstützen, Solidarität zu zeigen und mit uns zu kämpfen, um in dieser kapitalistischen Welt die Lebensräume der schwarzen Gemeinschaften zu verteidigen: denn diese Gebiete sind der Raum, in dem wir sein und existieren können; in dem unsere Ideale und unsere eigene Geschichte in Freude, Hoffnung und Freiheit weiterleben wird.

Prozess der Schwarzen Gemeinschaften – PCN (Proceso de Comunidades Negras)
Prag, 26. September 2000
PCNKolombia@hotmail.com

Gewerkschaften, rechte Orientierungen, Standortwettbewerb

Die Beschlusslage der Gewerkschaften gegenüber Rechtsextremismus und Rassismus, gegenüber rechten bzw. rechtsradikalen Parteien ist eindeutig. Auch galten die Gewerkschaften und ihre Mitglieder lange Zeit als immun gegenüber rechtsradikalen Orientierungen. „GewerkschafterInnen sind antifaschistisch und stehen politisch links." Seit einigen Jahren nun wird immer deutlicher, dass auch Mitglieder von Gewerkschaften rechtsradikale Parteien wählen, sich dies vorstellen können oder allgemein rechtsextremen Orientierungen anhängen. Das Ausmaß und vor allem die Ursachen für das Eindringen rechtsradikaler Anschauungen in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft ist allerdings bisher wenig erforscht und noch weniger in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit diskutiert.

„...fast ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglied- zwischen 18 - 24 J. erwägt die Wahl einer rechtsextremistischen Partei."

1980 noch bescheinigte die SINUS-Studie den Gewerkschaften, dass ihre Mitgliedschaft weit weniger als andere Berufsgruppen anfällig für rechtsextreme Einstellung sei. Mit den Wahlerfolgen der Republikaner 1983 änderte sich jedoch das Bild. Alle damaligen Wahlanalysen ergaben, dass abhängig Beschäftigte überproportional die REP's gewählt haben, auch Gewerkschaftsmitglieder waren entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. „Hatte der Rechtsextremismus in den fünfziger und sechziger Jahren allenfalls Zugang zu den unorganisierten Randbereichen der Arbeiterschaft, so war er in den achtziger Jahren zum Entsetzen von SPD und Gewerkschaften in ihr Zentrum eingedrungen." Anfang der neunziger Jahre wurde von einer Tübinger Forschungsgruppe eine inzwischen häufig zitierte Jugendstudie durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass „Auszubildende, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, stärker rechte Orientierungen befürworten, im Vergleich zu ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen". Eine Studie von Infratest dimap, die 1998 im Auftrag des WDR 2 durchgeführt wurde, ergab ein ähnliches Bild. Demnach war der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern, die sich prinzipiell vorstellen konnten bei der Bundestagwahl im September DVU, REP's oder NPD zu wählen, signifikant höher als bei allen Wahlberechtigten. „Das alarmierendste Ergebnis der Studie von Infratest dimap: 32%, also fast ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18 – 24 Jahren erwägt die Wahl einer rechtsextremistischen Partei."

Tatsächlich existieren von gewerkschaftlicher Seite zahlreiche Initiativen, Zeitungen, Bildungskonzepte, die gegen Rechtsextremismus arbeiten. Auch gibt es inzwischen eine Reihe betrieblicher Antidiskriminierungsinitiativen, die jedoch bei weitem nicht ausreichend sind. GewerkschafterInnen werden sogar selber Opfer faschistischer Angriffe (so z.B. der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Elmshorn). Insofern gewinnt man bei der Betrachtung von Gewerkschaften und Rassismus durchaus widersprüchliche Eindrücke. Einerseits eine gute Beschlusslage, sowie viele Initiativen, die von den Gewerkschaften sogar selber angestoßen werden. Andererseits ein zunehmendes Eindringen rechter, autoritärer, rassistischer oder rechtsradikaler Orientierungen in die Mitgliedschaft. Da in den oben dargestellten Untersuchungen GewerkschafterInnen stärker zu rechten Positionen neigten als Nichtmitglieder, muss nach den spezifischen Ursachen für einen „gewerkschaftlichen Rechtsextremismus" gefragt werden.

Die Kommission Rechtsextremismus des Deutschen Gewerkschaftsbunds kommt in ihrem Bericht zu der Auffassung, dass „die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend [liegen] und die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der Mehrheitskultur [spiegeln]". Dies heißt kurzum, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften würde lediglich ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen. Die erwähnte Tübinger Studie kommt zu anderen Ergebnissen: „Die Untersuchung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Leistungsorientierung und politisch rechten Orientierungen gibt. Insbesondere steht die Leistungsorientierung in einem engen Bezug zum Konventionalismus. Bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit werden nicht in Frage gestellt und gegenüber denjenigen, die den herrschenden Normen nicht entsprechen, besteht Ausgrenzungbereitschaft." Diese Leistungsorientierung wird von Gewerkschaften in der Regel nicht in Frage gestellt. Standortwettbewerb mit einer einhergehenden gewerkschaftlichen Absicherung ist gängige Praxis. Dies betrifft nicht nur den internationalen Standortwettbewerb, sondern auch den zwischen verschiedenen Betrieben oder Betriebsteilen eines Unternehmens in der Bundesrepublik. Die Teilnahme der Gewerkschaften am „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" ist ein Ausdruck der grundsätzlichen Zustimmung zum Wirtschaftsstandort Deutschland. Obwohl letztlich unglücklich darüber, stimmen die Gewerkschaften Standortvereinbarungen in den Betrieben zu, die Lohnsenkungen oder Arbeitszeiterhöhungen beinhalten. Das Ergebnis ist Entsolidarisierung der Beschäftigten und eine Ideologie des Wettbewerbs, in dem die Ellenbogen ausgefahren werden. „Auch die Gewerkschaften, die für eine internationale Perspektive stehen wollen und müssen, sind vom Standortwahn wie von einem Virus infiziert. Die Standortideologie und eine auf finanzielle Interessen reduzierte Gewerkschaftspolitik,

einhergehend mit mangelnden Zukunftsperspektiven, hinterlassen bei der gewerkschaftlichen Klientel Spuren und begünstigen die Gefahr eines ausgeprägten Alltagsrassismus und Wohlstandschauvinismus." (Reinhard Hahn, Gewerkschaftssekretär beim IG Metall-Vorstand) Die Gewerkschaften „produzieren" nun nicht direkt rassistische oder ausgrenzende Orientierungen bei ihrer Mitgliedschaft. Es ist eher die Krise und Orientierungslosigkeit der gewerkschaftlichen (Tarif-)Politik und Praxis, die entsprechende Spuren hinterlässt. Dies trifft nicht nur auf nationale oder internationale Standortfragen zu, sondern auch auf den Umgang mit innerbetrieblichen Diskriminierungen. So finden sich nichtdeutsche KollegInnen überwiegend in den unteren Lohngruppen wieder, werden in den betriebliche Hierarchien benachteiligt und sehen sich durch die Wiedervereinigung einer massiven Arbeitsplatzkonkurrenz ausgesetzt.

In der Forschung und in der Literatur finden sich fünf verschiedene Ansätze zum Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus/Rassismus. Der erste Ansatz besagt, dass Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gegen rechte Orientierungen immunisieren würde. Diese These wurde seit den ersten Wahlerfolgen der Republikaner in den achtziger Jahren zumindest teilweise widerlegt. Der zweite Erklärungsansatz lautet, so wie es bspw. dem Bericht der Rechtsextremismuskommission des DGB zu entnehmen ist, dass die gewerkschaftliche Mitgliedschaft ein Spiegelbild der Gesellschaft sei und sich somit gesellschaftliche Stimmungen auch in den Gewerkschaften im selben Verhältnis „spiegeln" würden. Die dritte These lautet, „dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unbeliebter (ausländischer) Konkurrenz versprechen". Dieser Ansatz findet sich in der Tübinger Studie. Die vierte These geht von einer indirekten oder auch teilweise direkten Urheberschaft der Gewerkschaften durch eine nationalistische oder wohlstandschauvinistische Politik aus. Der fünfte Ansatz besagt, dass gerade Modernisierungsverlierer oder solche die sich bedroht fühlen, eine besondere Neigung zu rechten Orientierungen haben und entsprechend stark in den Gewerkschaften vertreten sind. Es ist anzunehmen, dass alle Thesen in gewisser Weise zutreffen und zwar auf jeweils sehr unterschiedliche Gruppen von Mitgliedern. Empirische Befunde gibt es wenige. Auch gerade die Frage, ob die nach wie vor „linke Mentalität der Gewerkschaftsmitglieder [] irgendwo Brücken oder Andockmöglichkeiten für autoritäre, nationalistische oder ethnozentristische Einstellungen bereithalten" ist bisher nicht nachgegangen worden.

Ob es sich bei den GewerkschafterInnen mit rechten Einstellungen nun um ModernisierungsverliererInnen handelt, ob bestimmte Gruppen gerade den Schutz der Gewerkschaften suchen oder es sich um das Abbild „normaler" gesellschaftlicher Stimmungen handelt, die Gewerkschaften müssen den Kampf gegen Rassismus und Faschismus mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft neoliberaler Ideologie, gegen die sozialen Auswirkungen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz verbinden. Gewerkschaften müssen in diesem Sinne wieder zu einer sozialen Bewegung werden, die ihrer Mitgliedschaft eine Perspektive im – oder besser gegen den – Kapitalismus anbietet. Das bedeutet auch, den Kampf gegen eine sozialdemokratische Bundesregierung zu führen. „Was Schröder [] anbietet, ist mehr internationale und innernationale Ungleichheit und ein Bündnis der Regierung mit den Gewerkschaftsspitzen für eine nationalkapitalistische, exklusive Solidarität mit den Arbeitgebern. Hier gilt es, Deutschland für den Kampf der nationalen Ökonomien auf dem Weltmarkt fit zu machen, weil nur die Fittesten überleben. Was, im internationalen Rahmen, aus den weniger Fitten wird, interessiert nicht."

Genau dies kann nicht die Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik sein. Die Gewerkschaften müssen sich gegen das neoliberale Paradigma behaupten, um die Interessen der abhängig Beschäftigten zu vertreten, um die eigene Existenzberechtigung nicht zu verlieren und der inneren Zersetzung durch rechte oder rassistische Orientierungen entgegen zu wirken.

Stefan Müller

[1] 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben..." Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek bei Hamburg, 1981.

[2] Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg im Mai/Juni 2000. (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, FU Berlin, FB Politikwissenschaft) Berlin, April 2001: 6

[3] Reinhard Hahn, Hans-Werner Horn: Eine neue Rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen. Sonderdruck für IG Metall-Vorstand und SPD-Vorstand (Hg. vom IG Metall Vorstand, Abt. Jugend) 1996. Vgl. Josef Held, Hans-Werner-Horn, Athanasios Marvakis: Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer. Opladen 1996.

[4] Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2. Köln, August 1998. Vgl. hier auch: Claudia Dammann: DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen Rechts. Rechtsextremes Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern. In: Sozialismus, 26. Jg. (2) 1999: 30-36.

[5] Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft ...: 31.

[6] Zu empfehlen ist hier u.a.: „RAG – Rundbrieg antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen." Kontakt: DGB-Jugend- und Kulturetage im Olof Palme Jugendzentrum, Brunnenstr. 125, 13555 Berlin RAG@omega.berlinnet.de

[7] Vgl. Beate Brüggermann, Rainer Riehle: Alltägliche Fremdenfeindlichkeit im Betrieb und gewerkschaftliche Politik. Berlin, Freiburg 2000; sowie eine Reihe von Betriebsvereinbarungen unter www.igmetall.de/betriebsräte

[8] DGB-Bundesvorstand: Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus. Berlin, Mai 2000: 32f.

[9] Hahn, Horn: Rechte Jugend ...: 45.

[10] Reinhard Hahn: Eine neue rechte Jugend? Oder: Was haben Gewerkschaften, Kapitalismus und Rassismus gemein? In: Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 1, 2000: 5 – 6.

[11] Vlg. im folgenden Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus ...:5 –16.

[12] Ebd.: 9

[13] Richard Stöss: Gewerkschaftlicher Rechtsextremismus. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 53 (1) 2002: 55 – 60, hier: 57f.

[14] Bodo Zeuner: Sozialdarwinismus oder erneuerte Solidarität ? Die politische Zukunft der Gewerkschaften (Vortrag zur Auftaktveranstaltung 2001 vor BildungsarbeiterInnen der ÖTV, Bezirk NW II am 19.1.01 in Bochum). In: www.polwiss.fu-berlin.de/erwachsenenbildung/veröffentlichungen/oetv.htm

Antiglobalisierungsbewegung antirassistisch beeinflussen!

Ein Interview mit Liz Fekete vom Institute for Race Relation (London)



Das Institut für Race Relation wurde 1956 als Teil des königlichen Instituts für Internationale Beziehungen gegründet. 1958, nach den berühmten sogenannten Rassenunruhen in Notting Hill wurde es selbstständig. Das Institut war damit die erste Einrichtung in Europa, in dem die Beziehungen zwischen verschiedenen Einwanderergruppen zum Subjekt wissenschaftlicher Untersuchungen wurde. Die damals 35 Mitarbeiter des Institutes publizierten Hunderte von Büchern weltweit. Zentraler Fokus war die Analyse der britischen Regierungspolitik in Bezug auf die Einwanderung. Gedacht war es als unabhängige Einrichtung. Da das Geld jedoch im wesentlichen aus der Wirtschaft und von Stiftungen wie der Ford Stiftung kam und nicht von der staatlicher Seite, gab es von Beginn an Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitarbeitern und den Geldgebern darüber, wie die wissenschaftliche Arbeit durchzuführen sei. Durch das Einwanderungsgesetz aus dem Jahr 1962 polarisierten sich diese Meinungen. Der Grund war, dass dieses Gesetz in seinem Kern rassistisch war, da die Einwanderungsbeschränkungen nur die Bürger des sogenannten „Neuen Commonwealth" betrafen, also nur die Einwanderung aus Asien, Afrika und der Karibik, während Australier, Kanadier und Neu Seeländer ausgeklammert blieben. Nach dem Einwanderungsgesetz und der offen rassistischen Politik der Regierung prangerte man diese Politik in vielen Veröffentlichungen offen an, was zu einer offenen Konfrontation zwischen Leitung und Mitarbeitern führte. Ergebnis war eine „Palastrevolution". 1971 sprachen sich bei einer Wahl alle Mitarbeiter dafür aus, das Institut in Eigenregie weiterzuführen. Die aus dem humanistisch eingestellten Spektrum kommenden Geldgeber entzogen dem Institut daraufhin ihre finanzielle Unterstützung. So wurde das Institut in einer alten Garage in Kings Cross neu gegründet. Es wurde von einem Forschungsinstitut über Migration zu einem Institut gegen Rassismus umgestaltet. Die Hauptaufgabe sieht das Institut in einer engen Verknüpfung von Praxis und Theorie. Man arbeitet direkt und eng mit den „Black" Communities zusammen gegen den institutionalisierten, staatlichen Rassismus. Wichtigste Zeitschrift ist die Veröffentlichung der Periodika „Race and Class".

Das Interview mit Liz Fekete, Öffentlichkeitsarbeit und Europakoordinatorin des Institute for Race Relation in London führte Christoph Burgmer.

Worauf konzentriert sich in Zeiten des Neoliberismus ihre antirassistische Arbeit in Großbritannien?

Derzeit existiert in Großbritannien keine einheitliche antirassistische Bewegung mehr. Es gibt verschiedene Bewegungen. Durch die Wahlerfolge der BNP, der Britischen Nationalpartei im Norden des Landes in jüngster Zeit formiert sich als Antwort darauf eine stärkere antifaschistische Bewegung. Die antirassistische Arbeit konzentriert sich auf Flüchtlinge und Flüchtlingsrechte. Die Motivation für das Engagement ist häufig nicht der Antirassismus, sondern der Widerstand gegen den Abbau von Flüchtlingsrechten. Dennoch ist diese Bewegung nicht so stark, was man an der beschränkten Fähigkeit zur Mobilisierung, zum Beispiel für Demonstrationen, sehen kann. Diese Bewegung wird eher von NGOs und anderen legalistischen Organisationen geprägt. Es gibt eine antirassistische Strömung, die den Rassismus und das rassistische Handeln der Polizei bekämpft. Diese Gruppen existieren schon lange. Sie überwachen und veröffentlichen Polizeiübergriffe.

Warum ist die antirassistische Bewegung in Großbritannien derzeit schwach?

Eine wichtige Sache ist, dass ein Teil der antirassistischen Bewegung sich in eine neue Bürgerrechtsbewegung integrierte. Dies geschah nach der Ermordung des

afro-karibischen Jungen Stephan Lorrance in Südost London durch Rassisten vor einigen Jahren. Die Mörder sind aufgrund von Lücken in unserem Justizsystem niemals verurteilt worden. Es fand damals eine offizielle Untersuchung statt und der Innenminister bekannte erstmalig öffentlich, dass es institutionalisierten Rassismus in der Polizei gibt. Daraus wurde eine Bürgerrechtsbewegung, was positiv ist. Sie unterstützt die Familien und die Opfer der Justiz. Sie hat jedoch die Tendenz, sich nur mit Einzelfällen zu beschäftigen und wurde nie eine Massenbewegung. Warum die antirassistische Bewegung dennoch so schwach ist, lässt sich gerade gegenüber einem deutschen Fragesteller nicht so eindeutig beantworten.

Denn die deutsche antirassistische Bewegung schaut immer in Richtung Großbritannien, und hat vielleicht eine etwas idealistische Vorstellung der antirassistischen Bewegung in Großbritannien. Teilweise ist das so, weil es hier größere und aktivere Minderheiten gibt. Sie sind zum Teil politisch sehr engagiert in Bezug auf soziale Gerechtigkeit. Dennoch ist die Frage berechtigt. Wir finden uns in einer neuen Situation wieder. Die Massenmobilisierung der „black" Communities ist lange nicht mehr so stark wie früher, wenn es darum geht, Diskriminierung zu bekämpfen. Viele der ehemaligen Aktivisten sind inzwischen in der lokalen Verwaltung beschäftigt oder in politischen Parteien aktiv, innerhalb des parlamentarischen Systems.

Die Generation der 70er ist in der offiziellen Politik aktiv. Die neuen Auseinandersetzungen innerhalb der Communities beginnen erst langsam, politische Formationen hervorzubringen. So existiert die Mobilisierung der 70er und 80er nicht mehr. Dazu kommt, dass sich auch in den Flüchtlingsgruppen erst langsam politische Organisationsformen herausbilden.

Sind „weiße" britische Jugendliche an antirassistischer politischer Arbeit interessiert?

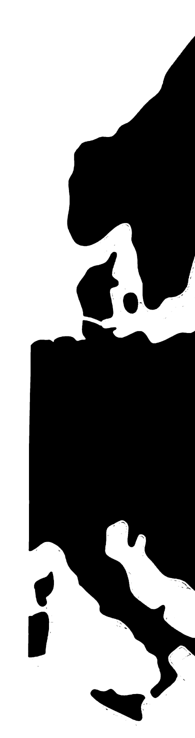
Das ist ein Teil der Schwierigkeit. Man erreicht die jungen „weißen" oder „asiatischen" Jugendlichen hauptsächlich über zum Beispiel „antirassistische" Musik oder über Sportveranstaltungen. Sie interessieren sich für den Antirassismus, aber das Interesse definiert sich mehr über eine kulturelle Beteiligung. Das Problem besteht eher darin, dass sich Jugendliche nicht mehr für linke Politik interessieren. Ideen von Massendemonstrationen werden als politischer Protest wird als linkes politisches Engagement verstanden. Es gibt da nur die Antiglobalisungsbewegung, die Umweltbewegung und vielleicht noch die anarchistische Bewegung, woran „weiße" Jugendliche interessiert sind. Sie verstehen sich jedoch nicht notwendigerweise als links. Das Besondere in Großbritannien ist, dass es keine Grüne Partei gibt. So bleibt den Jugendlichen, wenn sie sich politisch organisieren wollen, nur eine Anzahl kleiner trotzkistischer Parteien, was für viele Jugendliche schon längst nicht mehr sonderlich attraktiv ist. Die Krise in Großbritannien ist nicht so sehr eine Krise des Antirassismus als vielmehr die Krise linker Politik.

Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen antirassistischen Projekten und Organisationen in Europa und dem Institut für Race Relation in London aus?

Es gibt europäische antirassistische Projekte, die jeder kennt. Wir versuchen die Skinhead und Neonazibewegungen europaweit zu beobachten und uns darüber auszutauschen, darüber wie die Flüchtlingspolitik in den verschiedenen Ländern aussieht, Asylverfahren und rassistische Gewalt gegenüber Asylsuchenden und polizeiliche Gewalt. Da gibt es einen regen Austausch der verschiedenen Gruppen. Wir sind in Kontakt mit anderen Gruppen, insbesondere mit denjenigen, die sich gegen Ausweisung von Flüchtlingen wehren. Wir versuchen alle Fälle von Deportationen innerhalb Europas zu dokumentieren. Wir hoffen, dass wir diese Informationen bald im Internet zur Verfügung stellen können. Wir haben schon eine Webseite realisiert, die darüber informiert, in welchen Ländern es welche rechtsradikalen Parteien gibt, die lokal, regional und überregional an der Regierung beteiligt sind. Wir sind darüber mit lokalen Gruppen verbunden, wie in Orange oder Toulon in Frankreich. Dazu gibt es die Kontakte über Flüchtlingslager in Europa. Dennoch könnte es besser sein. Es gibt immer das Problem, vielleicht ist es in Deutschland ähnlich, dass wir leichter mit Gruppen aus Mittel- und Nordeuropa zusammenarbeiten können, als mit Gruppen aus Südeuropa wie Spanien, Italien oder Griechenland. Teilweise ist dies ein Problem der Sprache. Dazu kommt die Tendenz, dass man in Südeuropa nicht so sehr auf Großbritannien schaut, wie in Mittel- und Nordeuropa.

Was ist nach ihrer Meinung der Unterschied zwischen den antirassistischen Bewegungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien?

Meine Antwort klingt etwas vage oder abstrakt. Aber wenn man jemand aus der antirassistischen Bewegung aus Deutschland trifft, so weiß man, das er 100 Prozent überzeugt ist, und sie sind sehr, sehr ernst, was den Antirassismus betrifft. Das ist sehr angenehm und hat seinen Grund sicherlich in der Rezeption der deutschen Geschichte. Es gibt viel mehr theoretisches Interesse am Rassismus innerhalb der deutschen antirassistischen Bewegung. In Großbritannien existiert so etwas wie eine antitheoretische Haltung. Manchmal denke ich, dass unser Institut in Deutschland besser aufgehoben wäre als hier. Es gibt eine Art historischer und traditionsbedingter Verständnisprobleme zwischen deutschen und britischen Antirassisten. Das führt häufig zu Missverständnissen, wie zum Beispiel der Gebrauch des Wortes „race". In Deutschland begreift man dies vielleicht an sich schon als rassistisches Konzept, während wir es nur gebrauchen, um damit eine soziale Realität zu bezeichnen. Für „black" und „immigrant" gilt dasselbe. Mit Frankreich bestehen häufig nur Kontakte mit offiziellen und etablierten Gruppen wie „SOS racisme". Es ist schwierig, Kontakte mit Basisgruppen aufzubauen. Dort aber wiederum ist die Aufklärungstradition von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit so verankert, dass man sich dort leicht mit einem Chauvinismus konfrontiert



sieht, mit einer kulturellen Blindheit, die es nicht erlaubt, die besonderen Bedingungen verschiedener ethnischer und religiöser Minderheiten zu verstehen, und wie sie die soziale Wirklichkeit rezipieren. Ich denke da an das Beispiel der Verschleierung von jungen Musliminnen in Frankreich. Ab einem bestimmten Umschlagpunkt kann der Säkularismus in rassistische Diskriminierung umschlagen, wenn man so massiv gegen die kulturellen Rechte der Menschen ist.

Was sind die Ziele der antirassistischen Bewegung in der nahen Zukunft?
Am dringlichsten ist der Widerstand gegen die neue legislative Praxis gegenüber Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten. Damit schließen wir uns langsam mehr dem an, was antirassistische Gruppen auf dem Kontinent machen. Bis vor kurzem existierte die Ausweisung von Asylbewerbern in Großbritannien nicht. Das ist neu in den vergangenen zwei, drei Jahren. Aber jetzt gibt es auch hier die Aufnahmelager, besser gesagt Gefängnisse, die Widerstand erfordern. Ein zentraler Punkt ist die Frage der Einwandererkinder, die von der Regierung getrennt, separiert unterrichtet werden sollen, und nicht mehr im normalen Unterricht. Das ist die Folge der Lagerpolitik der Regierung. Das ist neue Apartheidpolitik. Man konzentriert sich jetzt darauf, sich für die Rechte der Flüchtlingskinder einzusetzen. Es gibt noch zwei weitere Punkte. Wie soll die Britische Nationalpartei bekämpft werden, die bislang scheinbar auf den Norden und dort auf die ehemaligen Industriestädte konzentriert ist und Wahlerfolge erringt. Zuletzt ist der zunehmende antimuslimische Rassismus zu beachten. Dieser ist die Folge des 11. Septembers und der Verkündigung des sogenannten „Krieges gegen den Terrorismus". Dazu benötigen wir eine stärkere internationale Verknüpfung der antirassistischen Bewegung. Das ist die größte Herausforderung für alle antirassistischen Gruppen in Europa. Denn es gibt viele antirassistische Bewegungen in Europa. Und es existiert die dringende Notwendigkeit, dass die Antiglobalisierungsbewegung antirassistisch beeinflusst werden muss und umgekehrt. Ein großer Teil der Antiglobalisierungsbewegung ist in bezug auf den Antirassismus äußerst vage. Aber wenn sie als ein zentraler Punkt nicht antirassistisch ist, kann sie selbst sehr schnell rassistisch werden. Le Pen, Haider und ihre europäischen Kumpane sind auch Antiglobalisierungsgegner. Wenn aber die antirassistische Bewegung keine globale Perspektive gewinnt, kann sie niemals verstehen, warum Flüchtlinge nach Großbritannien kommen und sie können diesen Rassismus nicht bekämpfen.

In Frankreich und Deutschland wird der Antisemitismus nicht nur wieder hoffähig, sondern er findet inzwischen auch Befürworter in der offiziellen Politik. Ist dies in Großbritannien auch so?
Dieser Level von Antisemitismus, wie er in Europa zu finden ist, existiert in Großbritannien nicht. Das hat seinen Grund in den Ereignissen im Nahen Osten. Es gab jedoch antisemitische begründete Anschläge. Es gibt tatsächlich in den wichtigsten politischen Parteikreisen keinen Antisemitismus. Weder Labour, Tories oder Liberale Politiker machen antisemitische Stellungnahmen. Sie sind pro Israel und haben fast keinerlei Interesse an den Rechten der Palästinenser. Ja, wir als linke Organisation sind uns der antisemitischen Gewalt bewusst, wie sie auch von der BNP propagiert wird. Sie hängt mit dem Krieg in Palästina zusammen.



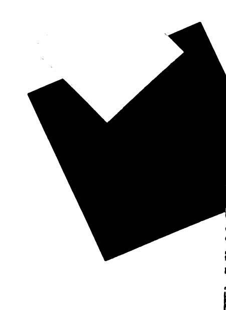
Einige Eckpunkte für eine unverkürzte Kapitalismuskritik

Nachfolgender Text wurde aus dem Reader „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik" der Gruppe I.n.Ka.K. (Institut für nachhaltige Kapitalismuskritik) entnommen. Im Vorfeld des Abgedruckten setzt sich I.n.Ka.K. mit den Defiziten der Kapitalismuskritik bei den Gruppen ATTAC und Linksruck auseinander. Am Ende folgt noch der Abschnitt „Perspektiven einer antikapitalistischen Bewegung". Wir geben hier lediglich den mittleren Textabschnitt „Einige Eckpunkte für eine unverkürzte Kapitalismuskritik" im Original wieder. Der / die geneigte LeserIn findet am Ende des Textes Bezugsquelle und Kontaktmöglichkeit.

Wie bereits in der Einleitung mit den Worten „solidarische Kritik" angedeutet, ist uns das Kritisieren deshalb wichtig, weil wir ja auch in einigen Punkten mit den hier behandelten Gruppierungen übereinstimmen, aber andere Punkte eben verbesserungswürdig finden. Gerade vereinfachende Polarisierungen, wie wir sie in den vorigen Kapiteln herausgearbeitet haben, wollen wir durch differenziertere Darstellungen ergänzen. Das bedeutet allerdings nicht automatisch, dass wir die grundlegende Stoßrichtung ablehnen. Uns geht es um Differenzierung, nicht um Relativierung. Diese Differenzierung komplexer, widersprüchlicher Prozesse sehen wir als offen und nicht abgeschlossen, als unerlässlich für weitere Diskussionen.

So sind im kapitalistischen System natürlich krasse soziale Ungleichheiten vorhanden, ja sie sind grundlegender Bestandteil, ohne die das System überhaupt nicht funktionieren könnte. Zu Ungleichheiten in sozialer Stellung und ökonomischer Verfügung kommt auch die Ungleichheit bei politischem Einfluss, Machtausübung und Entscheidungsbefugnis. Dies ist wichtig festzuhalten: dass einige Wenige über Viele bestimmen, dass es eine herrschende Elite gibt und beherrschte Klassen, dass Minderheiten unterdrückt werden, dass politische und ökonomische Macht verquickt sind usw. Für eine unverkürzte Kapitalismuskritik scheint uns allerdings wichtig, daraus nicht vereinfachend abzuleiten, dass es schlechtes und gutes Kapital gibt, oder dass die „bösen" Kapitalisten nach Willkür herrschen, und die Unterdrückten (resp. die Arbeiterklasse) ein gemeinsames Interesse und gleiche Zielvorstellungen eint. Wir wollen eine unverkürzte Kapitalismuskritik um die Punkte Widersprüchlichkeiten, ökonomische Macht und Fremdbestimmung, Staatskritik, Warenform und kapitalistische Vergesellschaftung gruppieren, und kurz anreißen, wie wir alle selbst in der kapitalistischen Logik verfangen sind und diese in uns selber überwinden müssen.

1) Die Widersprüchlichkeit im Prozess der Globalisierung, in der Erhaltung von Macht und generell im kapitalistischen System, zeigen Systemzwänge einerseits und Veränderungspotential andererseits. In den Herrschenden und Beherrschten spiegeln sich diese Widersprüche wider: Herrschende haben die Macht, mit ihren Handlungen Fakten für weniger Machtvolle zu setzen, sie also zu zwingen, sich anzupassen nach ihrem Willen. Trotzdem sind aber auch diese Mächtigen in einem System eingebunden, was sie zu bestimmten Handlungen treibt, wollen sie ihre Rolle in diesem System erhalten. Demgegenüber sind Beherrschte oft gezwungen zu gehorchen und werden unterdrückt, doch spielen auch sie selber in anderen Rollen die Herrschenden oder reproduzieren Machtverhältnisse und sind nicht nur Opfer.



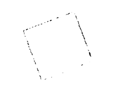
Aus diesen Widersprüchen folgt, dass statt von einheitlichen Klasseninteressen besser von vielfältigen Interessen einzelner Klassenfragmente ausgegangen werden sollte und dass keine Klasse an sich schon ein revolutionäres Potential gepachtet hat, sondern Bewusstseinsprozesse stattfinden müssen auf dem Weg zur grundlegenden Veränderung der bestehenden Verhältnisse.

2) Kritik am produktiven Kapital:
Solange produktives Kapital danach verteilt und investiert wird, was als „wirtschaftlich" gilt, also konkurrenzfähig ist, strategisch neue Märkte erschließt, die Produk-

tivität erhöht, Kosten einspart usw., solange wird es nicht dazu kommen, dass nach den Bedürfnissen der Menschen das Kapital verteilt wird. Die Bedürfnisse und Bedürftigkeit sind einfach kein Kriterium bei der Kapitalakkumulation, sondern Profit als Selbstzweck, damit der Markt und das kapitalistische System weiter laufen kann. Dass dabei hier und da auch mal „sinnvolle" Investitionen getätigt werden, sei gar nicht bestritten. Diese sind aber ein Abfallprodukt der Profitmaximierung.
Kapital ist demnach dann produktiv, wenn es Profit und Produktivität steigert. Genauso wenig wie die unsichtbare Hand des Marktes Kapital zum Wohle ALLER Menschen einsetzt, so wenig kann dies von einem zentralen Planungsstab für die ganze Bevölkerung eines Landes erwartet werden. Damit die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen Selbstzweck wird und nicht irgendwelchen Strategien für Wachstum und Entwicklung untergeordnet wird, scheint es uns unerlässlich, dass Ressourcenverteilung und -verfügung selbstorganisiert und selbstbestimmt vor sich gehen. Es geht also um die Kritik an ökonomischer Macht und Kritik an der Fremdbestimmung, wenn über Andere entschieden wird, was mit den Ressourcen und der Umwelt ihrer Umgebung passieren soll.

3) Kritik am Staat:
Zuerst muss das Missverständnis des Staates als Repräsentant des Allgemeinwohls ausgeräumt werden. Abgesehen davon, dass auch dieses Bild sich auf völkischen Ideologien gründet, kann es nur mit einem solchen falschen Bild vom Staat dazu kommen, dass bei einer scheinbaren Bedrohung von außen (vom „herumvagabundierenden Finanzkapital" bis zu den Migrationsströmen) nach dem „starken" Staat gerufen wird. Abschottungsmechanismen, Ausschluss und Nationalismen werden dadurch gestärkt. Dieses Verständnis vom neutralen Staat liegt auch den Argumenten zugrunde, die durch den Prozess der neoliberalen Globalisierung eine Schwächung, gar ein Verschwinden des Nationalstaates befürchten und die totale Herrschaft des Marktes aufsteigen sehen. Sie wollen den Staat wieder stärken, anstatt zu sehen, dass der Staat entscheidend daran mitgewirkt hat, dass der Neoliberalismus zum politischen Projekt wird, mit Effekten auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Der Staat wandelt sich zum Wettbewerbsstaat (Standort-Debatte, Hegemonie auf dem Weltmarkt oder in der EU, usw.), der in bestimmten Bereichen eher stärker wird, bspw. in der Ordnungs- und Sicherheitspolitik, und der trotz aller Liberalisierung eher mehr reguliert, weil unregulierte „Deregulierung" das neoliberale Projekt gefährden könnte. Der „Allgemeinwohl"- These steht das Verständnis vom Staat als Repressionsapparat der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Beherrschten gegenüber. Allerdings geht die Funktion des Staates darin nicht vollständig auf, hier ist eine Differenzierung notwendig. So kann ein umfassenderes Bild vom Staat gezeichnet werden, wenn er als Ort oder besser Feld sozialer Kräfteverhältnisse und gesellschaftlicher Kämpfe verstanden wird. Während soziale Auseinandersetzungen die Grundlage aller gesellschaftlichen und politischen Prozesse sind, konzentrieren sich diese im Staat auf spezifische Weise. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Klassenkonflikte zu kanalisieren und damit den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen und zu bewahren. Damit wird ein differenzierteres Verständnis von Staat gewonnen, und zugleich die Möglichkeit der Veränderbarkeit staatlicher Strukturen eröffnet, denn der Staat moderiert nicht nur die Konflikte, er ist selber das umkämpfte Feld auf dem immer wieder Hegemonie reproduziert werden muss, auf dem Kämpfe gewonnen und verloren werden. Deshalb lohnt ein Kampf um Veränderung bereits im bestehenden Staat und im existierenden System, wir müssen nicht auf die Revolution warten, sondern jeden Tag einen revolutionären Kampf führen. Dazu gehört auch das Bewusstwerden unseres eigenen Eingebundenseins in das System und die Frage, inwieweit wir Aspekte des Kapitalismus, die wir ablehnen, nicht auch selber in unserem Denken (durch Erziehung, Bildung,...) und durch unsere Handlungen reproduzieren.

4) Kritik an Warenform und kapitalistische Vergesellschaftung:
a) Im kapitalistischen System werden alle Güter als Waren getauscht und in Geldwert gemessen. Auch Menschen, ihre Arbeitskraft und ihre übrigen Fähigkeiten werden als Ware gehandelt. Der Mensch muss sich und diese Fähigkeiten vermarkten und wird mit anderen Menschen in Konkurrenz gesetzt. Somit zählen nicht nur diese Güter, sondern auch nur dieses menschliche Können und diese Fähigkeiten, die sich vermarkten lassen und konkurrieren können. Damit wird unser ganzes Leben und Zusammenleben einer Verwertungslogik unterworfen. Die Konkurrenz untereinander und die Ausschlussmechanismen durch das Kriterium der Vermarktungsfähigkeit führen zu einer strukturellen Ungleichheit, denn es werden zwangsläufig Hierarchien aufgebaut.
Zur Warenform gehört auch die menschliche Arbeit, die im Kapitalismus genauso dem Konkurrenzprinzip und der Verwertbarkeit unterworfen wird. Das Subjekt, sofern es keine Subsistenzwirtschaft betreibt, muss sich mit seiner Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verdingen, wird entlohnt (meist in Geldform, weshalb sich hier eine Interessenskoalition mit Kapitalisten auftut, da allen etwas an Geldwerterhaltung, also stabilen Preisen und niedriger Inflation liegt; Entlohnung erfolgt immer unterhalb des Wertes, welches seine Arbeit schafft, sonst könnte kein Profit erwirtschaftet werden) und kauft sich mit dem Lohn die Güter, die es zum Leben braucht. Reproduktive Arbeit wird nicht entlohnt, nicht arbeitsmarktgängige Arbeit kann zur Grundsicherung der Subjekte nicht beitragen, wer keine Arbeit hat, ist nichts wert. Sowohl physisches Überleben als auch soziale Positionierung wird über die Arbeit und die Verwertbarkeit der individuellen Arbeitskraft determiniert. Ein Kernelement vollständiger Kapitalismuskritik liegt also im Begriff der Arbeit und in der Kritik an der Lohnarbeit.

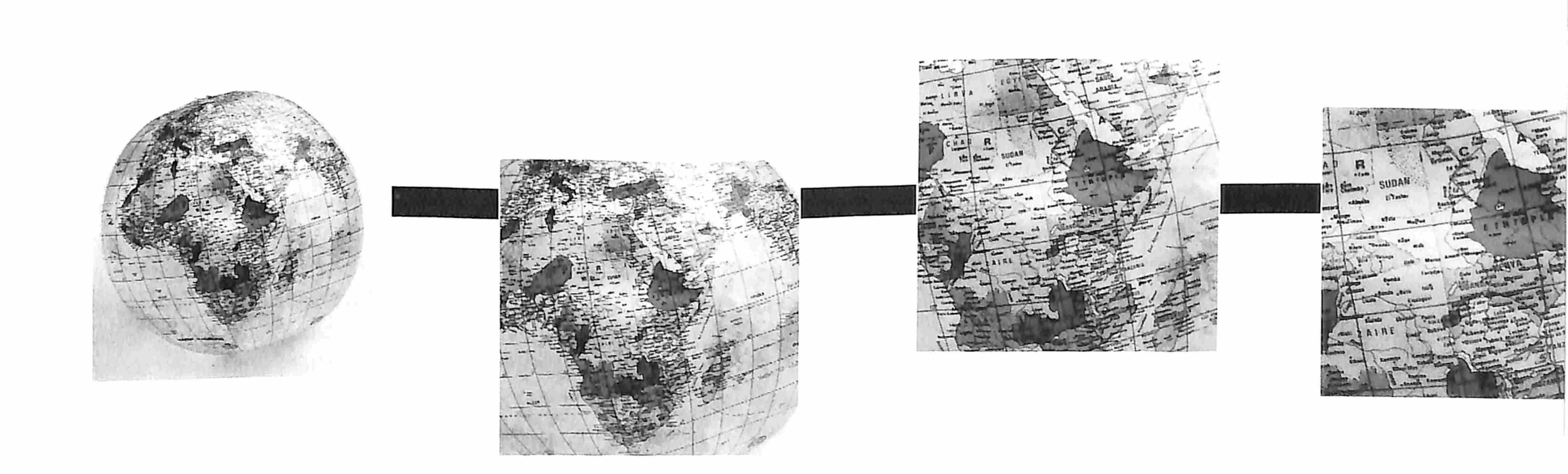


b) Kapitalistische Vergesellschaftung bedeutet, dass das ökonomische Prinzip des Kapitalismus (Warenform) zum gesellschaftlichen Prinzip wird, und dass das ökonomische Prinzip damit im gesellschaftlichen Zusammenhang permanent reproduziert wird. Wie eben schon beim Begriff Arbeit angedeutet, werden die Subjekte nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt, darüber läuft auch Ansehen und Stellung in der Gesellschaft, sie und ihre Arbeitskraft werden zu Waren, das Subjekt definiert sich über seine Verwertbarkeit. Diese Verwertbarkeitslogik herrscht überall vor: Die ganze Erziehung und die Schul- und Universitätsausbildung fördert die Verwertbarkeit, während andere Fähigkeiten verkümmern. Alles wird auf Verwertbarkeit zugerichtet, anderes ausgeschlossen, so auch Menschen, die nicht verwertbar sind: „Behinderte", „psychisch Kranke", Langzeitarbeitslose,... Dazu kommt noch, dass wir uns vom Kriterium der Verwertbarkeit unseren Alltag bestimmen lassen (Zeiteinteilung, Effizienzdenken bei jeder Tätigkeit,...), ja selbst unsere sozialen Kontakte und zwischenmenschlichen Beziehungen (was bringt mir die Beziehung zu einer Person?).
Kurz: Wir eignen uns die Verwertungslogik in unserem eigenen Inneren an. Damit kommt es nicht nur zu einer Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Sphären durch die Warenform, sondern mehr noch, auch zur Durchkapitalisierung unseres Inneren und unseres Denkens durch die kapitalistische Vergesellschaftung. Gerade deshalb sind Alternativen zum Kapitalismus so schwer zu denken und zu praktizieren.

Impressum
Der Reader „Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik" wurde herausgegeben von der Gruppe I.n.Ka.K. (Institut für nachhaltige Kapitalismuskritik). Alle hier abgedruckten Texte stehen ausdrücklich nicht unter Copyright. Wir würden uns aber über eine Mitteilung bei Verwendung freuen. Der Einzelpreis beträgt 0,77 €; ab 5 Exemplare 0,51 €. Alle Preise sind zuzüglich der real entstehenden Portokosten. Kontakt, Bestellungen, Kritik: I.N.KA.K.; c/o JUMP Postfach 30 61 3720327 Hamburg, Email: i.n.k.a.k.@gmx.de

(Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Klaus Kühnel, 22765 Hamburg.)

Wir über uns:
INKAK steht für Institut für nachhaltige Kapitalismuskritik und ist eine Gruppe aus Hamburg, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Weltwirtschaft, Kapitalismus, Herrschaft auseinandersetzt. Wir versuchen unsere Inhalte durch Veranstaltungen, Aktionen, Publikationen wie diese nach außen zu tragen. Uns ist dabei eine gute Mischung aus theoretischer Auseinandersetzung und praktischem Handeln wichtig. Deswegen beteiligen wir uns unter anderem an den Kampagnen zu Anlässen wie dem EU Gipfel in Göteborg und dem G8 Treffen in Genua. Wenn du von uns über Veranstaltungstermine informiert oder mit neuen Readern und Flyern zugemüllt werden willst, dann schicke uns am besten eine Email an i.n.ka.k.@gmx.de oder halt per Post an unsere Adresse (siehe oben).



Die Europäische Consulta - What`s that?

Weltweiter Protest gegen neoliberalen Kapitalismus

Die „Europäische Soziale Consulta“ (consultare (lat.) = beratschlagen) steht klar im Kontext der Proteste von Seattle, Prag und Genua. Diese Städte sind bereits zu Symbolen geworden in einem Kampf der sozialen Bewegungen gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung. Mehrere zehntausend Menschen gingen dort jeweils auf die Strassen, um ihren Protest gegen das jetzige System eindrucksvoll und entschlossen zu demonstrieren.

Profitlogik im alltäglichen Leben

Die Consulta ist eine Fortsetzung der weltweiten Proteste gegen neoliberale, kapitalistische Strukturen, die sich auf unser alltägliches Leben auswirken und nach und nach alle Lebensbereiche einer Profitlogik unterwerfen. Genannt seien hier beispielhaft die Umstrukturierung der Arbeitsämter und die geforderte Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, der Wohnungsleerstand und die hohen Mieten, die Umstrukturierung der Städte und Vertreibung von Obdachlosen und „Unangepassten“, die Einteilung der Menschen in (wirtschaftlich) „nützliche“ und „ausnützende“, die Abschottung und Diskriminierung gegenüber MigrantInnen, die Überwachung des sozialen Lebens, die neoliberale Bildungspolitik und der Leistungsdruck in den Schulen und an den Arbeitsplätzen0... und nicht zuletzt die kaum noch vorhandene kritische Presse.

Diskurs der „Globalisierungskritik“

Bei den großen und medienwirksamen Protesten gegen die internationalen Treffen der Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft geht es darum, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die globalen Institutionen des neoliberalen Kapitalismus zu lenken. Dadurch soll die Ungerechtigkeit und Anti-Demokratie der Weltwirtschaft verdeutlicht werden. Es soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie die „ökonomische Politik“ dieser Institutionen die Armut und Unzufriedenheit der Mehrzahl der Menschen dieser Welt erzeugt. Gleichzeitig ist das Anliegen der verschiedenen sozialen Bewegungen aber auch, den wachsenden weltweiten Widerstand gegen diese kapitalistische Politik zum Ausdruck zu bringen und damit einer globalen Bewegung der verschiedenen sozialen Bewegungen Kontinuität einzuhauchen.

Bis jetzt ist daraus ein weltweiter Diskurs der „Globalisierungskritik“ entstanden, der von Universitäten über soziale Initiativen bis in die (unkritische) Presse Einzug gehalten hat. Nicht einmal staatstragende Parteien oder WEF und Co können sich diesem Diskurs noch entziehen, was gleichzeitig auch eine enorme Gefahr in sich birgt. Zu schnell wird solch ein Diskurs vereinnahmt und von Organisationen und Institutionen zu politischen Machtkämpfen zweckentfremdet.

Was dann noch übrigbleibt und in „offizielle Politik“ verwandelt wird, ist nicht viel und lässt den Traum einer anderen Welt schnell platzen. Als Beispiel kann der „Weg durch die Institutionen“ der Grünen-Partei genauso genannt werden, wie der Seitenwechsel der Gewerkschaften vom Sprachrohr und Kampforgan der ArbeiterInnen zu einem „offiziellen Mitarbeiter“ der Regierung und Wirtschaft in Sachen Sozialabbau. Dies zeigt insbesondere das Engagement der Gewerkschaften im „Bündnis für Arbeit“ sehr deutlich, die darin eine gemeinsame Politik des Sozialabbaus zusammen mit der Regierung betreiben.

Das Projekt

Die „Europäische Soziale Consulta“ will hier ansetzen. Sie ist weder eine Organisation, noch erhebt sie Vertre-

tungsansprüche. Vielmehr stellt sie einen vernetzten, kollektiven Diskussionsprozess dar, der von den betroffenen Menschen selbst initiiert und weitergetragen wird, ohne ihre Stimmen an VertreterInnen abzugeben. Deshalb werden europaweit Einzelpersonen, soziale Initiativen, autonome Projekte und soziale Bewegungen aufgefordert zusammenzukommen, um miteinander der kapitalistischen Globalisierung von oben, ein Projekt der sozialen Globalisierung von unten entgegenzusetzen.
Dieses Projekt soll nicht versuchen Einfluss zu erringen oder kleine Verbesserungen zu erreichen. Vielmehr geht es bei der „Europäischen Sozialen Consulta" darum, über die breite, horizontale Vernetzung möglichst vieler und unterschiedlicher, fortschrittlicher und betroffener Menschen, Gruppen und Bewegungen konkrete Ideen und Projekte einer anderen Welt entstehen zu lassen.
Aus Barcelona kommt der Vorschlag, dabei in drei Schritten vorzugehen: Zunächst die Idee der Consulta einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Als nächster Schritt lokale Hearings oder Versammlungen einzuberufen, um zusammen mit allen interessierten Menschen aus einem möglichst breiten Spektrum der Gesellschaft (v.a. denjenigen, die bis heute keine politische Stimme haben oder nicht wahrgenommen werden) zusammenzukommen und in einem langfristigen Projekt zu überlegen und zu diskutieren, wie eine andere Welt möglich ist.
Es ist ein „utopisches" Projekt, doch in einer Zeit wie dieser, die durch anhaltenden Sozialabbau, Krieg, Repression und Einschränkungen der Meinungsfreiheit gekennzeichnet ist, wird es den Menschen schwer gemacht, Alternativen zu entwickeln. Nicht nur deshalb ist die Consulta ein vielversprechender Versuch zusammenzukommen, um verschiedene Erfahrungen und Ideen auszutauschen.
Wie bereits beschrieben ist das Ziel des Projektes, keine Beratung der PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse, sondern eine Alternative zu ihrem jetzigen System und ihrer Politik aufleben zu lassen. Und diese Alternative birgt der Prozess in sich. Dieser soll die Möglichkeit einer offenen, horizontalen Selbstorganisierung der Menschen in lokalen Versammlungen ermöglichen und erfahrbar machen. Die lokalen Versammlungen selbst sind dabei autonom und beschäftigen sich v.a. mit den Problemen vor Ort, stellen diese jedoch gleichzeitig in einen breiteren, globalen Zusammenhang und durch eine europaweite dezentrale Vernetzung auch in eine breitere, europaweite (im besten Falle natürlich globale) Diskussion.

Perspektive: Erstes europaweites Treffen

Als nächster gemeinsamer und europaweiter Schritt ist angedacht, parallel zur Wahl des EU-Parlaments, bei der die Wahlbeteiligung in Deutschland bekanntlich bei weit unter 50% liegt, ein europaweites Treffen aller engagierter Menschen, Initiativen, autonomer Projekte, sozialer Bewegungen und den lokalen Versammlungen einzuberufen. Dort sollen die verschiedenen lokalen Diskussionsprozesse zusammengeführt und damit das jetzige politische System in Frage gestellt werden. Gleichzeitig wird eine Alternative der sozialen Vernetzung von unten aufgezeigt werden. Eine Alternative, die auf Partizipation statt Hierarchien setzt. Eine Alternative, die auf Selbstbestimmung statt Machtklüngelei setzt.

Perspektive: neue Netzwerke

Als weiterer Effekt entstehen aus dem Prozess der „Europäischen Sozialen Consulta" Netzwerke des Austauschs und der Solidarität. Durch den Austausch unter verschiedenen Gruppen und Menschen können neue Ideen entstehen, die Freiräume und konkrete Projekte ermöglichen. Außerdem entstehen durch die Vernetzung neue Mobilisierungsmöglichkeiten für große Aktionen und Proteste, sowie Ansatzpunkte des kollektiven Handelns über bisherige politische und gesellschaftliche Schranken und Grenzen hinweg.

Die „Europäische Soziale Consulta" sind wir alle!

Die Consulta versteht sich als Prozess, insofern kann der vorliegende Text nur als ein aktueller Diskussionsstand verstanden werden. Es ist also auch eins der zentralen Anliegen der Consulta, dass ihr euch zusammenschließt und Gruppen bildet, um gemeinsam zu diskutieren und Ideen zu entwickeln. Nur wenn das gelingt und wir uns wieder kennen lernen und uns über unsere Situationen, Probleme und Erfahrungen austauschen, kann sich aus der Consulta viel entwickeln und entsteht Raum zum Träumen und Kraft zum Kämpfen.
Unser Leben ist noch nicht komplett verkauft, doch es kommt darauf an dafür zu kämpfen, nur so können wir leben!

Kontakt: consulta-berlin@gmx.de
www.consultaeuropea.org

eine Consulta-Initiativgruppe in Berlin / März 2002



Globalisierung und Widerstand

Dieses Buch bietet einen fast vollständigen Überblick über die deutschsprachige Globalisierungsdebatte (Beiträge von Altvater/Mahnkopf, Krätke, Bischoff, Butterwegge) und bezieht auch den frankophonen Bereich (Chesnais zur Tobinsteuer) sowie den angelsächsischen Sprachraum (Young zu „class, gender und race") ein. Ergänzt werden die Artikel durch umfangreiche Diskussionsbeiträge über die von vielen NGO`s vorangetriebene Schuldenstreichungskampagne. Rezensionen zum Schwerpunktthema vervollständigen den vielstimmigen, aber durchaus kontroversen Einstieg in aktuelle Globalisierungsdiskurse.

Bischoff beschreibt in seinem Beitrag die Auswirkungen der deregulierten Finanzmärkte auf den Umbau der Gesellschaftsordnung. Wie aber die Macht der Finanzwelt brechen und eine erneute Regulierung auf internationaler Ebene einführen? Francois Chesnais fordert die Einführung der sogenannten Tobin-Steuer, die die Spekulationen einschränken und kurzfristige Kapitalbewegungen unter Kontrolle bringen soll. Altvater/Mahnkopf erörtern die Schwierigkeiten bei der Einführung der Tobin-Steuer, weil die Wirkungsweise nicht leicht einzuschätzen ist. Allerdings fordern sie auch ein reduziertes Tempo für die globalen Finanzmärkte, um die finanziellen Instabilitäten durch eine Belastung kurzfristiger Kapitalbewegungen geringer werden zu lassen. Auch weisen sie darauf hin, dass eine Verteilung des Steueraufkommens nicht konfliktfrei ablaufen wird, sehen aber, dass auf monetärem Wege ein Teil der Ungleichheit der Einkommen durch diese Transfers kompensiert werden könnten.

Mit der wachsenden Ungleichheit unter Frauen setzt sich Brigitte Young auseinander. Die Verfügbarkeit von weiblichen Hausangestellten, die schlecht bezahlt und oft ohne Aufenthaltserlaubnis sind, ermöglicht erst die Flexibilisierung und Individualisierung des Arbeitsmarkts und den Einbezug der Frauen ins Erwerbsleben. Dies schafft im Haushaltsbereich zwei Kategorien von Frauen, die professionelle Frau und ihre „Magd". Immer mehr Migrantinnen arbeiten in nicht–deklarierten Jobs in der haushaltsorientierten Dienstleistungsindustrie, wie zum Beispiel in der Reinigung und Kinderbetreuung. Sie werden Teil der Unterstützungsstrukturen, die einheimischen Frauen berufliche Karrieren erlauben. Dass diese Entwicklung mit einer Verschärfung des rassistischen Diskurses einhergeht, erstaunt nicht.

Für Christoph Butterwege entstand in den neunziger Jahren ein Nährboden für Standortnationalismus, der für die GlobalisierungsverliererInnen Europas den modernisierten Rechtspopulismus und Rechtextremismus attraktiv macht. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken (Riesterrente) und Flexibilisierung allgemeiner Arbeitsverhältnisse und –zeiten sind Meilensteine für eine durch Konkurrenz und Kommerz geprägte Gesellschaft. Die Kürzungen und Zwangsmaßnahmen wurden zu Beginn der neunziger Jahre an Flüchtlingen „ausgetestet" und später auch auf bestimmmte Gruppen der einheimischen Bevölkerung angewendet (Personenkontrollen ohne konkrete Verdachtsmomente, Platzverweise usw.). Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert die Entwicklung nach rechts in vielen Gesellschaftsbereichen, wie z.B. an den Hochschulen, und verstärkt die Tendenz zur Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und sogenannten Randgruppen. „Neuer Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus gehören zu den negativen Begleiterscheinungen eines Denkens, das sich mit dem eigenen Wirtschaftsstandort identifiziert und dessen Schicksal auf den Weltmärkten geradezu hypostasiert." (S. 76). Dieses Deckmäntelchen „Standortnationalismus" zwecks Sicherung bzw. Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gibt den Führungskräften aus Wirtschaft und Politik die Möglichkeit, von der Bevölkerung größere materielle Opfer und eine höhere Arbeitsmoral zu fordern oder sie für eine Senkung von Löhnen und Gehältern bzw. Sozialleistungen zu gewinnen. „Nationale Tugenden" sollen die Überlegenheit des jeweiligen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften sicherstellen. Es ist daher sicherlich kein Zufall, dass Ausgrenzung und rassistische Gewalt im Zeitalter der Globalisierung drastisch zunehmen. Man kann dazu auch die Wahlergebnisse in den europäischen Ländern anführen, die diesen Trend eindrucksvoll unterstreichen und eindeutig auf eine „Festungsmentalität" setzen.

Elke Frye (ZAG)

Widerspruch Heft 38, Globalisierung und Widerstand, 228 S., 12 €.
Redaktion@widerspruch.ch / www.widerspruch.ch

GLOBALisierung von unten

Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne: Ein Buch von Maria Mies

Neoliberalismus. Ein oft zitierter Begriff; wenn es um die aktuellen politischen Veränderungen der sozio-ökonomischen Verhältnisse auf der Welt geht.

Wie kommt es, dass einer bloßen Wirtschaftstheorie solch eine Beachtung geschenkt wird? Das Buch von Maria Mies, mag darüber Aufschluss geben.
Weltweit neue Qualitäten in der Ausbeutung der Arbeitskraft diagnostiziert die Autorin in ihrem Buch:
Hart erkämpfte Rechte, die diese bisher einschränkt haben, werden peu à peu wieder zu Fall gebracht. Von der sogenannten Sozialstaatlichkeit in manchen Ländern scheint sich ausschließlich die Staatlichkeit als pure Kontrollstruktur zu etablieren. Die „soziale Marktwirtschaft" büßt in diesen Ländern immer mehr ihre soziale Komponente ein. Weltweit entwickelt sich eine von „Märkten" bestimmte Ökonomie, in der die Protagonisten nur noch eins vor Augen haben: den Profit.
Für Maria Mies ist diese Globalisierung ausschließlich von „oben" gesteuert. Im dritten Kapitel ihres Buches „Wogegen richtet sich der weltweite Protest?" analysiert sie mit den Worten Susan Georges diese Entwicklung: „Die Neoliberalen haben im Gegensatz zu den Fortschrittlichen verstanden, dass Ideen Folgen haben. Aus einer winzigen Keimzelle an der Universität von Chicago mit dem Wirtschaftsphilosophen Friedrich von Hayek und seinen Studenten, wie Milton Friedman, haben die Neoliberalen und ihre Geldgeber ein riesiges internationales Netzwerk von Schriftstellern und Public Relations-Lohnschreibern geschaffen, um ihre Ideen und ihre Doktrin zu entwickeln, zu verpacken und unerbitterlich für sie die Werbetrommel zu rühren...
Sie haben diese außerordentliche leistungsfähige ideologische Kadertruppe aufgebaut, weil sie verstanden haben, worüber der italienische marxistische Denker Antonio Gramsci sprach, als er den Begriff der kulturellen Hegemonie entwickelte. Wenn man die Köpfe der Menschen besetzen kann, werden ihre Herzen und Hände folgen. [...] die ideologische und Propagandaarbeit der Rechten war absolut brillant."
Das Bild, das hier vom kapitalistischen System gezeichnet wird (Susan George redet lieber von einem „globalen Tyrannensystem der Großkonzerne"), eröffnet eine bedenkliche Perspektive. Denn wenn der Mensch als von ein paar finanzstarken Theoretikern geblendet dargestellt wird, ist das nicht nur eine verkürzte Kritik (vom latenten Antisemitismus, dem hier Vorschub geleistet wird, einmal ganz abgesehen), sondern bringt zugleich das Missionarentum auf den Plan. Beispielsweise durch „eine Art ökonomischer Alphabetisierung", wie es der von der Autorin zitierte Bob Dolen betrachtet: „Wir Organisatoren folgen einem Axiom: Wir klären die Leute auf, um sie zu organisieren. Wir organisieren sie nicht, um sie aufzuklären [...] Was bei dem Treffen in Seattle seinen Höhepunkt fand, war eine ganze Menge Bildung und Aufklärung." Der hier suggerierte Unterschied ist keiner. Aufklärung kann schnell zur Verklärung werden. Zumal, wenn diese von einem fehlgeleiteten Subjekt ausgeht, auf das eine eingeschworene agierende Elite Einfluss nimmt.
Im letzten Kapitel des Buches „Alternativen zur konzerngesteuerten Globalisierung" stellt Mies u.a. das von ihr favorisierte Modell der Subsistenzwirtschaft, der sich selbst versorgenden Gemeinschaft,0 vor. Unter dem Motto „Schützen wir das Lokale, global!" soll das „lokalisierte" Wirtschaften „im Einklang mit der Natur" nicht nur als schlichtes Gegenmodell zu einer „globalisierten" Wirtschaft verstanden werden, sondern als gänzlich neues Lebensmodell, in dem Dinge wie Rechtsextremismus oder das Patriarchat der Vergangenheit angehören.
Doch egal was man von den Analysen, Diagnosen und Visionen der völlig verschiedenen Anti-Globalisierungsgruppen, die in Seattle, Genua oder Barcelona den oberen Zehntausend die Stirn bieten auch halten mag, das Buch von Maria Mies liefert in jedem Fall einen gut zu lesenden Überblick über diese Widerstand leistenden Gruppierungen.

Maria Mies; GLOBALisierung von unten; Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne; ROTBUCH Verlag; ISBN 3-434-53084-3, 13,- €

Albert Zecheru (ZAG)



Racism: the hidden cost of September 11

Zum 11. September gibt es inzwischen eine große Zahl an Veröffentlichungen. Warum dann diese lesen, ist sie doch in Englisch? Weil es sie nicht auf deutsch gibt! Kern der Veröffentlichung ist die Untergrabung der demokratischen Traditionen in den USA und der EU anlässlich des Anschlags. Am gravierendsten sind diese Auswirkungen auf Asylbewerber, Migranten (vor allem arabische) und europäische Muslime zu spüren. Die negativen Folgen des „Kriegs gegen des Terrorismus“ sind vor allem wachsende Diskriminierung und zunehmender Eurozentrismus.

Liz Fekete, Racism: the hidden cost of September 11, a special issue of the European Race Bulletin, Institute of Race Relations, London 2002. Käuflich erwerbbar: The Institute of Race Relations, 2 Leeke Street, London, WC1X9HS, UK, 22 S., Preis: 5 £



Nationalismus, Rassismus, Krieg

Dieser Band ist fast schon ein kleines „Who is Who“ der linken Diskussion zum Themenkomplex Nationalismus. Er spiegelt die verschiedenen Aspekte der Diskussion wieder und geht vor allem auch auf deutsche und schweizerische Entwicklungen ein. Die Beiträge beschränken sich nicht auf die Analyse, sondern versuchen auch Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

WIDERSPRUCH – Heft 41, Nationalismus, Rassismus, Krieg. Zürich 2001. erhältlich im Buchhandel oder über: Pf. CH-8026 Zürich, Fon/Fax +41/(0)1/273 03 02, Email: vertrieb@widerspruch.ch, Web: www.widerspruch.ch, 208 S., Preis: 25, – Fr.



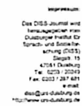
... in der mitte angekommen

Als „national befreite Zone“ gilt Mecklenburg-Vorpommern in der Wahrnehmung der westdeutschen Öffentlichkeit. Wieviel daran wahr ist und welche Gegenaktivitäten es gibt, wie sich die Situation für MigrantInnen darstellt, und was für ein Erwartungsdruck auf der Jugendarbeit lastet werden untersucht. Ein lesenswertes Heft nicht nur für Meck-Pomms... „in der mitte angekommen“, argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.v. (Hg.), Berlin 2002, erhältlich bei: rat reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 80 S., 3 € zzgl. VK


DISS-Journal

Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 9 (2002)

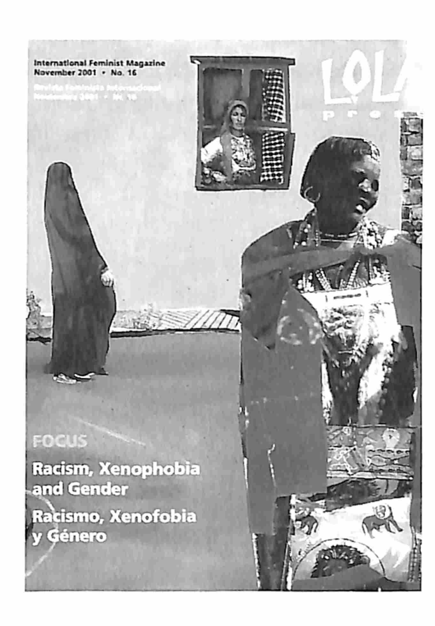
„Radikal umdenken“



„Radikal umdenken“

Das DISS-Journal zum 11. September untersucht die Auswirkungen auf eine drohende neue „Normalität“. Der Schwerpunkt „Krieg und Terror“ geht auf den radikalen Umschwung in unserer Gesellschaft, der als Folge der Anschläge sich abzeichnet, ein. Die Motivation des Heftes ist es, „Denkanstöße zu liefern, Erklärungen anzubieten, Beiträge zu leisten, um interventionsfähig zu werden“.

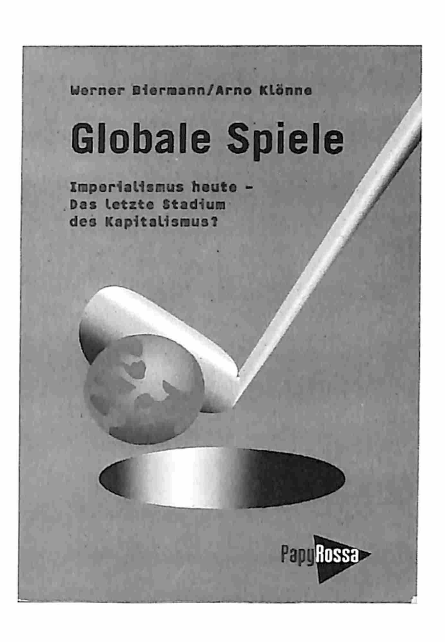
DISS-Journal 9 (2002), 24 S. erhältlich bei: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Siegstr. 15, 47051 Duisburg, Fon: 0203/ 202 49 Fax: 0203/ 287 881 Email: diss@uni-duisburg.de Web: www.uni-duisburg.de



Racism, Xenophobia and Gender

Auf ein Seminar geht dieses Heft zurück, das vor dem 11. September stattfand. Ziel war eine stärkere Globalisierung der Welt in humanitärer Hinsicht. Die Anschläge provozierten exakt die gegenteilige Reaktion. So sehen die Herausgeberinnen um so mehr die Notwendigkeit, aktiv gegen jede neue Form des Rassismus und der Diskriminierung vorzugehen. Dieses zweisprachige Heft (Englisch und Spanisch) soll bei diesem Kampf als Unterstützung dienen.

LOLApress, International Feminist Magazine, November 2001, No. 16, erhältlich bei: LOLApress Europa, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fon: 030/ 204 50 240 Fax: 030/ 204 50 241, Email lolapress@ipn-b.de



Global Games

Kurz, bündig, prägnant. So könnte dieses Taschenbuch charakterisiert werden – in Bezug auf das, was einem beim Lesen alles vermittelt wird. Auf 239 Seiten erhält der Leser einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen, die zum jetzigen Zustand in der Weltwirtschaft geführt haben. Dabei wird auch der ökonomisch weniger versierte Leser den aktuellen Stand des Kapitalismus besser durchblicken.

Werner Biermann/ Arno Klönne, Globale Spiele, Imperialismus heute – Das letzte Stadium des Kapitalismus? Erschienen im PapyRossa Verlag, Köln, ISBN 3-89438-227-9, 15,80 €

RAG 31

Gibt es ihn noch, den „Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen"? Ja, wieder, könnte man fast sagen, denn im letzten Jahr wurde nur einer von der DGB-Gewerkschaftsjugend Berlin – Brandenburg herausgegeben. Doch in diesem Jahr soll er wieder regelmäßig erscheinen. Schwerpunkte sind: Anti-Terror und Zuwanderungsgesetze, islamische Fundamentalisten und Neonazis, antirassistische Bildungskonzepte und Bradford in Aufruhr.

Zu beziehen bei: DGB-Jugend- und Kulturetage im Olof Palme Jugendzentrum, Brunnenstr. 125, 13355 Berlin oder unter www.berlin-brandenburg.dgb.de/jugend/rag als pdf-Datei



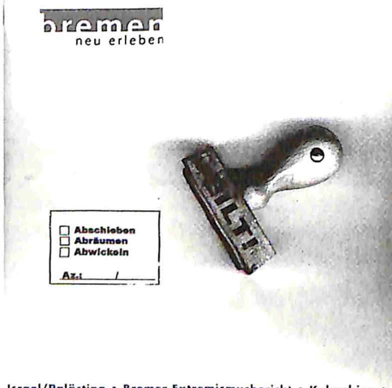
Interview

Im aktuellen Kassiber 49 gibt es neben den Bremer Spezialitäten ein interessantes Interview zur Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts mit Moshe Zuckermann. Er ist Professor am Cohn-Institut der Universität Tel Aviv und leitet dort das Institut für deutsche Geschichte. Zudem ist ein Diskussionsbeitrag zu den Deals von Angeklagten im RZ-Prozess zu finden.

bremer kassiber, stadtzeitung für politik, alltag, revolution; vzvun, stpaulistr 10/12, 28203 bremen, fax 0421 / 75682, e-mail: kassiber@brainlift.de



Nummer 49
Mai 2002
3 Euro



Israel/Palästina • Bremer Extremismusbericht • Kolumbien • Räumung des Waller Parzellengebiets • Grenzcamp-Debatte • RZ-Prozeß • u.v.a.m.

Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg
Nr. 32 Die Bilder-ZAG
Nr. 33 Konzepte antirassistischer Arbeit

2000
Nr. 34 Islambilder
Nr. 35 Schengenland
Nr. 36/37 Zimmer ohne Aussicht

2001
Nr. 38 Abschiebehaft
Nr. 39 Antisemitismus

2002
Nr. 40 Blitzkulturen

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues Antira Telefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30–21h, di 19–21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13h & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 14,– €.

❒ Auslandsabo zu 20,– €...
❒ Förderabo in Höhe von. ......€.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1999 (Nr. 30–33) oder
❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto

Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 14,– €, (Ausland 20,– €) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.